

(Dorn (F.D.P.))

- (A) meiner Rede zur ersten Lesung des Haushalts bei der Nennung eines Zitats den Journalisten Kleffner als - in Anführungsstriche gesetzt - "Hofberichterstätter" bezeichnet. Herr Kleffner hat mir mitgeteilt, daß er diese Formulierung als rüden Angriff und Beleidigung empfinde. Da ich nicht die Absicht hatte, Herrn Kleffner zu beleidigen, nehme ich das Wort "Hofberichterstätter" mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

(Vereinzelte allgemeiner Beifall - Lachen bei einigen Abgeordneten von F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, ich finde eigentlich, es ist nicht zum Lachen, wenn sich ein Abgeordneter in diesem Hause entschuldigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich rufe nun Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
(Haushaltsgesetz 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3500

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/3740

- (B) Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/3780

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/3801 bis 10/3815
zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1989
(Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG 1989)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/3502

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/3780

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 10/3800
Zweite Lesung

Neben den oben angegebenen Unterlagen liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/3870 bis

10/3890 21 Änderungsanträge sowie mit den Drucksachen 10/3891 bis 10/3894 vier Entschließungsanträge vor. Diese Anträge werden in die Beratung einbezogen, wobei die Abstimmung über die Änderungsanträge unmittelbar vor der Abstimmung über den entsprechenden Einzelplan, die Abstimmung über die Entschließungsanträge jedoch erst nach Verabschiedung des Haushalts in dritter Lesung erfolgt. Eine Zusammenstellung der vorliegenden Änderungsanträge und Entschließungsanträge liegt Ihnen vor. Ich empfehle Ihnen, diese Übersicht bei der Abstimmung zur Hilfe zu nehmen. (C)

Meine Damen und Herren, der im Ältestenrat vereinbarte Beratungsablauf ist in der Ihnen vorliegenden Tagesordnung ausgedrückt. Allerdings gibt es inzwischen hierzu offenbar eine Änderung.

Ich rufe zunächst einmal das Schwerpunktthema:

Generaldebatte bei Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -

auf. Daran anschließend wird über die weiteren Einzelpläne beraten.

Ich erteile jetzt Herrn Abg. Büssow für die Fraktion der SPD das Wort.

Büssow (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gehört, daß die CDU die Generaldebatte mit dem Einzelplan 05 eröffnen möchte. Aber ich denke, es ist schon richtig, daß wir hier erst einmal einen allgemeinen Einstieg finden. (D)

Unter der politischen Führung der SPD geht Nordrhein-Westfalen mit großen Schritten einer besseren Zukunft entgegen.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P.)

- Ich will Ihnen einmal sagen: Das Lachen auf der rechten Seite in der Parlamentsgeschichte Deutschlands, in der Weimarer Republik,

(Zuruf von der CDU: Da müssen Sie aber den Herrn Ministerpräsidenten miteinbeziehen!)

hatte die Demokratie vernichtet.

(Widerspruch bei der CDU - Weitere Zurufe von der CDU)

Aufbruch und Erneuerung prägen dieses Land, und dabei ist der Weg steinig und

(Büssow (SPD))

- (A) beschwerlich. Das soll nicht verschwiegen werden. Nordrhein-Westfalen ist im Umbau.

(Dr. Linssen (CDU): Herr Büssow, überlegen Sie, was Sie sagen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Daran arbeiten alle in unserer Bevölkerung mit. Die Richtung heißt Zukunft in einer Gesellschaft, wo jeder sein Auskommen findet und ein menschenwürdiges Leben finden kann.

(Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

In der Wirtschaftspolitik setzen wir Sozialdemokraten auf einen gestalteten Strukturwandel.

(Dorn (F.D.P.): Das können Sie nicht mit der Weimarer Zeit vergleichen! Wir sind keine Nazis!)

Das Land löst sich in seinen industriellen Kernbereichen

(Dorn (F.D.P.): Unerhört, unerhört!)

von den monostrukturellen Abhängigkeiten - -

(Dorn (F.D.P.): Ungeheuerlich! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Nagel?

(B)

(Zuruf von der CDU: In Weimar waren die Nazis auf der rechten Seite, Herr Büssow! - Hardt (CDU): Herr Rau ist hier der äußerste Rechte im Saal! - Zuruf von der CDU: Rüge! - Weitere Zurufe - Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, Sie können sich ja nachher zu Wort melden. - Eine Zwischenfrage möchte Herr Abgeordneter Nagel stellen. Ich erteile ihm das Wort.

(Zuruf von der F.D.P.: Wollen Sie das nicht einmal rügen? - Zuruf von der CDU: Das muß gerügt werden! Das ist ungeheuerlich!)

Nagel (CDU): Herr Kollege Büssow, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mich als Abgeordneter und als Mitglied einer demokratischen Partei aufs schärfste dagegen verwehre, mich in die rechte Ecke drängen und in diesem Zusammenhang mit Weimar vergleichen zu lassen?

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Büssow (SPD): Herr Kollege Nagel, ich bin dazu bereit. Wenn die Assoziation, die mein Begriff hier ausgelöst hat, Sie verletzt hat, möchte ich das zurücknehmen. Aber ich wollte damit zum Ausdruck bringen, Herr Dorn: Es gibt in der parlamentarischen Auseinandersetzung, wie ich finde, nichts Schlimmeres, als den politischen Gegner, der seine Meinung sagt - die kann man kritisieren, da kann man hart rangehen -, zu verlachen. Das finde ich nicht in Ordnung.

(C)

(Vereinzelt Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der CDU: Da müssen Sie den Ministerpräsidenten ansehen!)

In der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, setzen wir Sozialdemokraten auf einen gestalteten Strukturwandel. Das Land löst sich in seinen industriellen Kernbereichen von den monostrukturellen Abhängigkeiten und setzt auf eine Wirtschaftsstruktur mittelständischer Prägung bei Erhalt großindustrieller Unternehmensstruktur mit Zukunftsperspektive. Zukunftsgerichtete Wirtschaftszweige wie die Umwelttechnologien, die Informations- und Kommunikationstechniken und die High-Tech-Industrie investieren zunehmend in Nordrhein-Westfalen. Wir sehen, daß gerade im Ruhrgebiet eine große Aufbruchstimmung vorherrscht. Selbst der Bundeskanzler kam vor einigen Wochen in Dortmund nicht umhin, der Stadt seinen Respekt und seine Referenz zu erweisen.

Die Kombination von aufgeschlossenen und tatkräftigen Kommunen, phantasievollen Hochschulen und unternehmungsfreudigen Unternehmen sind das richtige Gemisch für eine in die Zukunft gerichtete Politik. Die in den 70er Jahren in Gang gesetzten Hochschulgründungen in unserem Lande erweisen sich heute als die Zukunftsinvestition in Nordrhein-Westfalen. Natürlich - das muß man hinzufügen - tragen wir an diesen Zukunftsinvestitionen nicht leicht. Damit sichern wir uns aber eine gute Ausgangsbasis und einen sicheren Standort in einem gemeinsamen Europa.

(D)

Techno 90, ZIM, die enge Kooperation der Landesregierung mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft, die Technologieförderungsprogramme des Landes und das Ja zur bemanneten Raumfahrtforschung, die großen Anstrengungen bei der Modernisierung und Anpassung der Verkehrsinfrastruktur, ob es sich dabei um die europäische Schnellbahn von Paris über Brüssel nach Köln - und hoffentlich über Düsseldorf nach Ranstad/Holland - handelt oder um die Zukunftssicherung des Rhein-Ruhr-Flughafens Düsseldorf mit seinen europäischen und außereuropäischen Verbin-

(Büssow (SPD))

- (A) dungen und die Weiterentwicklung des Köln-Bonner Flughafens: Immer, meine Damen und Herren, sind es die Landesregierung und die SPD-Fraktion, die unterstützen, helfen, anregen, vorbereiten, durchsetzen und entscheiden, wenn es um die wirtschaftliche Weiterentwicklung Nordrhein-Westfalens geht.

Erforderlich ist die aktiv gestaltende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, und sie ist erfolgreich, weil sie die möglichst große Zustimmung aller am Wirtschaftsprozess beteiligten Kräfte erreichen will.

Ein Beispiel ist die Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen. Hauptstandort für einen nationalen privaten Rundfunkveranstalter, Wunschstandort für viele andere nationale und internationale Rundfunkunternehmen ist Nordrhein-Westfalen mittlerweile geworden. Morgen beispielsweise lesen wir in einem Artikelgesetz die Änderung des Landesrundfunkgesetzes, daß nämlich auf Videotext bei privaten Veranstaltern auch Werbung zugelassen wird.

Das sind Initiativen, die nicht aus der CDU- oder der F.D.P.-Fraktion gekommen sind, sondern sie kommen aus der SPD-Fraktion, damit auch private Veranstalter in unserem Lande vernünftige ökonomische Bedingungen vorfinden, um zu produzieren und herzustellen.

- (B) Übrigens: Die Landesrundfunkanstalt hat in diesen Tagen mit großer Mehrheit für Nordrhein-Westfalen Werberichtlinien verabschiedet. Sie ist damit die erste Landesrundfunkanstalt, die die gemeinsamen Werberichtlinien beschlossen hat, die es den privaten Veranstaltern leichter machen sollen und die insbesondere bei Sportübertragungen notwendig sind.

Das ist auch Nordrhein-Westfalen! Die Entwicklung der Medienlandschaft in unserem Land mußte gegen die Opposition durchgesetzt werden.

Die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen setzt auf die Freisetzung endogener Energien, über die dieses Land in seiner Bevölkerung, bei seinen Arbeitnehmern, seinen Unternehmern, seinen Freiberuflern, seinen Handwerkern und natürlich bei den Sozialdemokraten als der führenden politischen Kraft verfügt.

Alle Fraktionen gemeinsam haben zur weiteren Modernisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltung die sogenannte Bürger-Kommission gegründet und unterstützt. Und auch wegen dieser gemeinsamen Anstrengung dieses

Hauses sind Ratschläge von außen, wie, das Land müsse sich entbürokratisieren, überflüssig wie ein Kropf. Herr Nagel, es ist Ihr Landesvorsitzender, der mit solchen Sprüchen über das Land zieht. (C)

In der Kommission "Mensch und Technik" haben wir es mit der Bewältigung der Zukunftsaufgabe "Wie verkraften wir Menschen die Rasanz des technologischen Fortschritts, und wie gehen wir damit um?" zu tun und haben Sozialdemokraten dieses Thema für unser Land politisiert und thematisiert. Das bedeutet auch, daß wir uns in gewissen Fällen Pausen auferlegen müssen, nämlich Pausen des Nachdenkens leisten müssen, wenn die Risiken einer Technik die Chancen nicht aufwiegen, die mit ihrem Nutzen angenommen werden. Bezogen auf die menschliche Natur, also auf die Belastungsfähigkeit des Menschen als Gattungswesen, dürfen wir nicht alles tun, was wir mittlerweile können, weil unser Können Grenzüberschreitungen unserer Natur möglich macht, die in vielen Fällen nicht reversibel sind.

Deshalb sind wir aus ethischen und weltanschaulichen Gründen der Auffassung, daß der Weg in die Kernenergie, Frau Thoben, der falsche Weg war. Für ein solches Denken ist die Zeitspanne einzelner Legislaturperioden von vier oder fünf Jahren zu kurz. Mit Erschrecken haben wir die Ergebnisse über Biblis gehört, die Nachrichten über die Fast-Unfälle und die Beinahe-Unfälle. Die größte Panne war wohl 1981, wie die Gesellschaft für Reaktorsicherheit jetzt mitgeteilt hat. Sie hat das Geschehen als den sogenannten B-Fall bezeichnet. Das Öko-Institut von Freiburg nennt es einen Beinahe-Gau. Über das Fernsehen und die Presse haben wir von diesem Beinahe-Gau erfahren, und es ist uns auch bestätigt worden. Die Halbwertszeiten - und diese Angaben stelle ich der Zeitspanne einer Legislaturperiode gegenüber - beispielsweise von Strontium 90 betragen 28,5 Jahre, von Cäsium 137 30,1 Jahre, von Plutonium 239 über 24 000 Jahre, von Jod 129 15,7 Millionen Jahre. Das zeigt, mit welcher Technik wir hier umgehen und mit welcher Sorgfalt und Verantwortung wir diese Technik handhaben müssen. (D)

Weil aber die Selbstgefährdungspotentiale der Welt immer größer werden, muß die Politik wieder zu einem Gestaltungspotential werden. Das widerspricht besonders der derzeitigen Politikauffassung der F.D.P. in Nordrhein-Westfalen. Die ist da mehr für das Laufenlassen nach dem Motto: Mal sehen, was passiert! In der CDU gibt es Kräfte, die sich noch nicht im klaren sind, wie man auf die Herausforderungen und Aufgabenstellungen

(Büssow (SPD))

- (A) einzugehen hat. Man muß allerdings auch hinzufügen, daß von der intellektuellen Nachdenklichkeit eines Kurt Biedenkopf oder eines Wanfried Denklinger in der CDU-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen wenig zu spüren ist - bei Herrn Blüm, meine Damen und Herren, schon gar nicht.

Bei unseren Zukunftsentwicklungen müssen wir also eine gehörige Portion Nachdenklichkeit aufbringen, um sie so zu gestalten, daß wir von den Entwicklungen nicht selbst überrollt werden. CDU und F.D.P. möchten nun seit der Sommerpause die SPD zwingen, von ihrem Grundsatzbeschuß gegen die Kernenergie Abstand zu nehmen. Das ist heute vormittag ja noch einmal angedeutet worden. Mit der Not der Menschen im Bergbau wollen Sie uns unsere Gesinnung abnötigen! Das ist schäbig, um so schäbiger, wenn man weiß, daß es gerade die Kernenergie ist, die die Kohle aus dem Weltmarkt und aus dem Wärmemarkt verdrängt. Die Kohle wird also nicht durch die Beschlüsse der SPD gefährdet, sondern durch die Weltenergiepreise und die eingesetzte Kernenergie.

(Widerspruch des Abg. Schumacher (Kall) (CDU))

- Das, Herr Schumacher, sind die Tatsachen.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- (B) Nun hoffen Sie auf die Unterstützung Ihres Pro-Atom-Kurses durch die Thematisierung der Weltklimakatastrophe. Man hätte es prognostizieren können, daß Frau Thoben heute morgen in der Kohledebatte auf die Klimakatastrophe zu sprechen kommt.

(Dr. Pohl (CDU): Das ist doch richtig!)

- Warten Sie ab, ob es richtig ist. - Ganz abgesehen davon, daß an den weltweiten CO₂-Emissionen die Bundesrepublik nur mit 3,5 % beteiligt ist, hilft nicht mehr Kernenergie, wie uns Klima- und Energieexperten mitteilten, was ja auch weniger Kohleeinsatz bedeuten würde, sondern helfen vor allem Energieeinsparungen. Am 4. November 1988 erläuterte Fritz Vorholz in "Die Zeit", daß nach amerikanischen Untersuchungen mit jedem Dollar, der in ein Kernkraftwerk investiert wird, gut 7 Kilowattstunden Atomstrom produziert würden. Der gleiche Dollar in Techniken zur Stromeinsparung investiert, hilft freilich 50 Kilowattstunden Strom einzusparen. Bessere Wärmedämmung, mehr Kraft-Wärme-Koppelung, effizientere Motoren oder die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene würden den Energieverbrauch drastisch drücken. Ein kostenloses Tempolimit

auf Deutschlands Straßen, das überhaupt nicht haushaltsrelevant wäre, würde die CO₂-Emissionen mit einem Schlag um 26 Millionen Tonnen vermindern. Der Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Christoph Zöpel, hat ja den Einstieg in eine Tempobegrenzung bis 130 Stundenkilometern für sofort verlangt. CDU und F.D.P. regieren in Bonn. Herrgott noch einmal, warum tun sie eigentlich nichts? (C)

Opposition, meine Damen und Herren, heißt ja nicht nur, gegen etwas zu sein, sondern meint ja auch, bereit zu sein, jeden Tag die Regierungsgeschäfte übernehmen zu können, und bedeutet schließlich, in den politischen Themenfeldern praktische Alternativen aufzuzeigen. Sie sind aber, um es in Ihrer Sprache zu formulieren, die Sie gut verstehen, in der Landespolitik so etwas wie ein Angebot, für das es in diesem Land keine hinreichende Nachfrage gibt. Weder hat Ihre Politik einen Tausch- noch einen Gebrauchswert. 1985 glaubte Herr Worms mit dem Möbelwagen-Argument Politik machen zu können. Um es noch einmal in Ihren Worten zu formulieren: Die Menschen, die hier geblieben sind, haben mehrheitlich SPD gewählt, nicht nur, weil sie annehmen durften, daß die Zukunft Nordrhein-Westfalen bei den Sozialdemokraten besser aufgehoben sei, sondern auch, weil wir die Zukunft sozial gestalten wollen - sozialer als ein kühles Machtbündnis zwischen CDU und F.D.P., wie uns Ihre Bonner Politik zeigt.

(Beifall bei der SPD)

Nach der neuesten Volkszählung leben mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen, als bisher angenommen wurde, nämlich 40 000. In Bayern hingegen, wohin Ihre Möbelwagen ja wohl gefahren sind, leben 132 000 weniger, in Baden-Württemberg 59 000 weniger. Auch bei den Aussiedlern, meine Damen und Herren, ist Nordrhein-Westfalen gefragt. Etwa 40 % der deutschen Aussiedler setzen auf eine Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Wir werden dabei helfen, daß diese Menschen bei uns Fuß fassen, wie wir übrigens allen Menschen helfen wollen, die Opfer der Wirtschaftskrise und trotz gut laufender Konjunktur arbeitslos sind, damit sie ihre Existenz selbstständig sichern können. (D)

Wir werden ja über die Aussiedler heute noch sprechen. Ich möchte nur eine Bemerkung dazu machen: Die Integration kann natürlich um so schneller gelingen, wenn alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sich gleichgewichtig an dieser Aufgabe beteiligen und nicht einzelne Städte durch Konzentration von Aussiedlern mit dieser Aufgabe überfordert werden. Das gilt übrigens auch für alle Bundesländer.

(Büssow (SPD))

- (A) Vor anderthalb Jahren hat sich die Landes-CDU einen neuen Hoffnungsträger zugelegt, außerhalb des Parlaments, Kollege Dr. Pohl! Nach publizistischen Anfangserfolgen in der freundlich gesonnenen Presse ist der "Dauerkumpel" Dr. Blüm schon etwas kurzatmiger geworden. Das "Westfalenblatt" schreibt am Vorabend des CDU-Landesparteitages am 11. November 1988 zur Blümschen Begriffskrobatik, die der Minister für Politik hält: "Knallfrösche reichen nicht". Gemeint waren die Politik und die Sprüche von Herrn Blüm. Die "Aachener Nachrichten" vom gleichen Tag überschreiben ihren Leitartikel mit: "'Kumpel Nobby' hat Probleme"; Untertitel: "Bezirkschefs der CDU in Nordrhein-Westfalen gehen zu Blüm auf Distanz". Am 25. November fragt der "Kölner Stadt-Anzeiger": "Herr Blüm, wo bleibt der Aufschwung?" Gemeint war der der CDU.

Die Nerven von Herrn Blüm scheinen blankzuliegen. Seine Parteifreunde warnte er sichtlich genervt, es sei ein Irrglaube, daß er demnächst einen Ein-Mann-Wahlkampf führen. Daß der Mann, mit dem die CDU 1990 gegen Ministerpräsident Johannes Rau antreten will - jedenfalls hat dies der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig am 28. November der Zeitung "Die Glocke" anvertraut - über ein Jahr durch die Gazetten gehetzt ist, hat den Menschen an Rhein und Ruhr deutlich gemacht, daß die Sprüche von Blüm nicht nur größer sind als seine Taten, sondern auch, daß sich diese Sprüche abgenutzt haben.

- (B) Zur Ehre von Herrn Dr. Worms - ich sehe ihn jetzt leider nicht - muß man ja doch heute sagen: Die CDU in Nordrhein-Westfalen steht nicht besser da als zu Beginn dieser Legislaturperiode bei ihrer größten Niederlage, die sie in Nordrhein-Westfalen erfahren mußte. Wenn man berücksichtigt, daß sich ein für die Bundesregierung wichtiger Minister in die Arena des Landes begeben hat, also mit dem Amtsbonus ausgestattet ist, dann ist es sogar noch weniger.

(Paus (CDU): Wir beraten den Haushalt!)

Kurz bevor er den Landesvorsitz der CDU von seinem fassungslosen Freund Kurt Biedenkopf verlangte, lenkte er mit Sprüchen vom Desaster der CDU ab, wie etwa: "Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen gepennt". Das war in der "Bild-Zeitung". Und am 15. August 1987 jubelte die "Kölner Rundschau" - in der Saure-Gurken-Zeit -: "Mit Blüm erhielt die NRW-CDU ein neues Selbstbewußtsein".

- Ich will Ihnen einmal auf den Zwischenruf mit dem "Haushalt" hin etwas sagen: Es muß

ja wohl möglich sein, sich in einer Haushaltsdebatte mit dem Kandidaten auseinanderzusetzen, der sich anschickt, der Kandidat zu werden. (C)

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf der Frau Abg. Thoben (CDU))

- Nicht wahr, das ist doch wohl in Ordnung, Frau Thoben? Es ist nur schade für Sie, es ist Ihr Dilemma, daß der Mann nicht hier sitzt, sondern daß Sie ihn von außen holen müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Herr Doppmeier wollte damals bei Funktionsträgerkonferenzen nur zufriedene Gesichter festgestellt haben. Die sind wohl zwischenzeitlich ein bißchen länger geworden.

(Zuruf des Abg. Doppmeier (CDU))

Und Wolfram Köhler schreibt im "Münchener Merkur" am 11. September 1987: "Düsseldorfer Parteichef blickt fröhlich und zufrieden auf die ersten 100 Tage im Amt". - "Die Zeit der Schulklasse unter Professor Kurt Biedenkopf ist vorbei", berichten Mitglieder des CDU-Landesvorstandes befreit.

(Doppmeier (CDU): Das ist alles falsch, was Sie sagen.)

Mit Blüm wurden Sie aber auch davon befreit, sich mit der anderen Sicht der Dinge auseinanderzusetzen, Herr Doppmeier, nämlich: Aus Warnenden wurden Akklamateure. Soweit der erste Akt der Heldenrolle. (D)

Der zweite Akt bestand nun darin, nachzuplappern und nach Möglichkeit das in einen CDU-Erfolg umzumünzen, was die Landesregierung längst auf den Weg gebracht oder bereits angefaßt hatte: Modernisierung der Wirtschaft, Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft, Vorbereitung auf den EG-Markt 1992, Industriepolitik, Außenhandelspolitik, Technologiepolitik, Umweltpolitik. Da er nichts Konkretes vorzuschlagen hat, Ihr fabelhafter Herr Blüm, widmete sich die geplante Alternative zu Ministerpräsident Rau jetzt mehr meteorologischen Aufgabenstellungen. In "Die Zeit" fachsimpelte er, heute vor einem Jahr, am 4. Dezember 1987, darüber, daß Nordrhein-Westfalen ein anderes Klima brauche, damit Unternehmer etwas unternähmen.

Nachdem der Bundeskanzler in Dortmund den Initiativreichtum und das gute Klima für den Aufbruch gelobt hatte, vielleicht auch loben mußte, weil er erkannt hatte, daß hier in

(Büssow (SPD))

- (A) diesem Land etwas passiert, muß der noch nicht inthronisierte Kandidat sich wohl etwas Neues ausdenken. Seit Anfang Januar 1988 stabilisiert sich jedoch der öffentliche Eindruck, daß Herr Blüm hier in diesem Land keine Bäume ausreißt.

(Schumacher (Kall) (CDU): Wir wollen ja auch den Wald schützen!)

Am 30. März 1988 berichtete die "Welt der Arbeit" zu allem Überfluß noch: "Zehn Monate im Amt - Blüm laufen die Parteifreunde weg". Insgesamt ist die Mitgliederzahl der CDU um 3 700 geschrumpft. Der Generalsekretär, Herr Linsen, erklärte gegenüber der "Welt der Arbeit":

In wichtigen Feldern der Politik unseres Landes handelt und regiert die Opposition; in anderen Bereichen haben wir unzweifelhaft die Meinungsführerschaft übernommen.

Meine Damen und Herren, vermutlich können Sie das nur an den Stammtischen der heimatischen CDU-Ortverbände ungestraft erzählen, jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit von Nordrhein-Westfalen.

Am 6. Mai 1988 berichteten die "Aachener Nachrichten", daß der stellvertretende Chefredakteur der "Welt", Enno von Löwenstein, der weiß Gott nicht im Verdacht steht, ein SPD-Sympathisant zu sein, im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl im Jahr 1990 sagte: "Der einzige hoffnungslose Fall in Nordrhein-Westfalen ist die Opposition."

(B)

Am 18. Mai 1988 ist Blüm auch in allen Zeitungen, diesmal jedoch mit der Meldung, daß er seine Spitzenkandidatur ausdrücklich für nicht entschieden hält.

Nach der Sommerpause fand dann ein neuer Methodenwechsel in der Pressearbeit des Nobert Blüm statt. Jetzt sollten die Landesregierung und die SPD, mit deren Arbeit die Bevölkerung wohl überwiegend zufrieden ist, wegen ihrer Popularität angegriffen werden. Überwiegende Zustimmung der Bevölkerung wird mit Selbstzufriedenheit der SPD denunziert - "Rheinische Post" vom 8. Oktober dieses Jahres. Und das Selbstbewußtsein der SPD wird als Hochmut bezeichnet. Wenn die regierenden Sozialdemokraten Forderungen der CDU aus politischen Gründen nicht folgen können, dann wird von der "Arroganz der Macht" gesprochen.

Nichts als Sprüche! Mit Politik hat das alles nichts zu tun. Das, meine Damen und Herren, sind die Selbstinszenierungen eines Kandida-

ten, der noch nicht weiß, ob er kandidieren soll. (C)

Bis zur Sommerpause 1988 hatte diese Form der außerparlamentarischen Opposition den Landtag selbst ja gar nicht erreicht; denn der Kandidat ist nicht einmal Mitglied des Parlaments von Nordrhein-Westfalen, er muß von außen operieren. Dafür ersetzen die Methoden jetzt die politischen Inhalte.

Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident wird in verunglimpfender Weise von Blüm als eine Art "Bischof Professor Dr. Hindenburg" bezeichnet. Sie haben so empfindlich auf mich reagiert. Bei dieser Bezeichnung hätten Sie sich auch von Sprüchen Ihres Landesvorsitzenden distanzieren müssen. Das will ich Ihnen einmal sagen.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Wo sind wir denn hier? Das ist eine Wahlkampfredde in einer Dorfwirtschaft!)

Denn wir wissen nicht, was genau Blüm damit meinte, wir wissen aber, daß nicht alles, was hinkt, ein Vergleich ist. Und wer als deutscher Politiker eben kein Gefühl für politische Sprache hat, diskreditiert sich auch selbst. Wo Ihnen die Argumente in der Sache fehlen, meine Damen und Herren, werden sie ersetzt durch Angriffe auf die Personen. Dann ist die Gefahr groß, daß die Grenze zur Verunglimpfung nicht erkannt wird und man den politischen Stil nur als mies bezeichnen kann.

Ich frage Sie, ob Herbert Schnoor, der Innenminister dieses Landes, gerade wegen seiner politischen Redlichkeit eine ständige Herausforderung für Sie ist. Bei Ihren Auseinandersetzungen um die Kiefernstraße haben Sie zu Methoden gegriffen, die sich in einer Demokratie verbieten müssen. (D)

(Schauerte (CDU): Das ist doch Quatsch! Sie sind der Oberzensor!)

- Herr Schauerte, hören Sie zu! - In den Fragen des Staatschutzes, Herr Schauerte, sind nach Zeitungsmeldungen, die nicht dementiert worden sind - Sie haben keinen Einspruch dagegen erhoben, Sie haben keine Gegendarstellung verlangt; "Süddeutsche Zeitung", "Frankfurter Rundschau", "Die Feder" -, Falschinformationen aus der CDU-Fraktion an die Presse lanciert worden, die diese in Zeitungsartikeln verwurstet hat. In der Plenardebatte des Landtags haben Sie diese Zeitungsartikel, die Sie selbst initiiert haben, dann als Tatsachen zitiert.

Das ist ein Vorgang, meine Damen und Herren, für den die Verantwortlichen in der

(Büssow (SPD))

- (A) Union, in Ihrer Fraktion zurücktreten müßten.

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

Aufgrund dieser Debatte verlangten Blüm am 11. oder 12. November, als Sie Ihren Landesparteitag hatten,

(Schauerte (CDU): Das war ein guter Parteitag.)

und Dr. Kohl, Bundeskanzler dieser Republik, der dann nach Amerika fuhr, den Rücktritt von Innenminister Herbert Schnoor.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Nagel, ich will Ihnen heute die Frage stellen, ob der Landesvorsitzende der CDU, Dr. Norbert Blüm, und der Bundeskanzler dieser Republik, Dr. Helmut Kohl, über die Methoden der CDU-Landtagsfraktion informiert und damit Mitwisser des Geschehens waren. Auf diese Frage müssen Sie auch einmal eine Antwort geben.

(Beifall bei der SPD)

Jedes ehrbare und normale CDU-Mitglied, das noch an das Christliche in ihrer Politik glaubt, muß doch entsetzt sein über den Verfall der politischen Sitten in ihrer Partei. Oder stellen Sie es klar.

(B)

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Da sich dadurch die Lage der CDU immer noch nicht verbessert, greifen Sie jetzt die Medien an, insbesondere den Westdeutschen Rundfunk. Bei einer Pressekonferenz beschwerte sich der treue Linssen, der WDR ergehe sich in "Ergebenheitsadressen" für Innenminister Herbert Schnoor. Auf die Frage einer Redakteurin des Westdeutschen Rundfunks, ob die Aussage des baden-württembergischen Innenministers, Dr. Fritz Schlee (CDU), der Schnoor ja in der Auseinandersetzung um das Geiseldrama zur Seite getreten war, wie Sie wissen, dazuzuzählen sei, explodierte der Kandidat Blüm, auf solche Nebenkriegsschauplätze lasse er sich nicht ein.

(Zurufe von der CDU)

Auf dem Landesparteitag behauptete Blüm unter Hinweis auf ein Sendemanuskript eines WDR-Redakteurs, dort seien falsche Angaben zum Mitgliederschwund der CDU gemacht worden. Blüm behauptete, die genannten Zahlen - etwas mehr als 250 000 - seien falsch.

Aber eben diese Zahl hat ja vor wenigen Tagen wohl der Generalsekretär in Anwesenheit von Blüm bekanntgegeben. Blüm erregte sich auch über die Behauptung des Redakteurs, daß er in der Frage der Wahlkampf-kosten eine "schwere Niederlage" erlitten habe. Man muß aber wissen, die Worte "schwere Niederlage" standen gar nicht einmal im Manuskript; gesendet wurden sie auch nicht.

Aber der CDU-Parteitag muß, als Blüm den Wisch theatralisch in die Höhe hielt, auf diese Worte standing ovation gegen den WDR gegeben haben. Nun suchen sie nach einem Alibi, einem Grund, morgen dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag mit dem Hinweis, daß der WDR keine gefällige Berichterstattung für sie mache, nicht zuzustimmen. Sagen Sie einmal: Wer soll Sie denn in diesem Land noch ernst nehmen?

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Glatter Unsinn, was Sie da reden!)

Sie greifen, meine Damen und Herren, die Regierung an - das ist Ihr gutes Recht -, und wir verteidigen unsere Politik, weil wir sie für richtig halten. Das ist unsere Pflicht. Wir haben aber auch ein Recht darauf - und darauf können Sie sich auch für die nächsten anderthalb Jahre verlassen -, daß wir uns mit Ihrer Politik da, wo sie nicht mehr erkennbar ist, mit Ihren Methoden auseinandersetzen, vor allem in solchen Fällen, wo Sie der demokratischen Auseinandersetzung Schaden zufügen.

(D)

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Was die F.D.P. zu bieten hat, ist in bezug auf die Zukunft unseres Landes insgesamt wenig. In Ermangelung eigener Ansätze werden neue Kommissionen gebildet und gefordert, ansonsten viel Papier aus Zeitungsartikeln abgeschrieben.

Problematisch sind dann Ihre Auslassungen - wie ich meine - gegen Innenminister Schnoor in der letzten Debatte gewesen, als Sie den politischen Gegner als Feigling bezichtigten. Herr Dorn, hier hätte ich auch gerne Ihren Widerspruch gehört. Das nenne ich beispielsweise einen "erbärmlichen Stil".

Ich sehe mit einiger Sorge, daß sich die Landes-F.D.P., die einmal Koalitionspartner der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen war, zu einer wirtschaftsliberalen Partei mit nationalliberalem Einschlag reduziert hat. Ich habe das ja hier einmal gefragt, da haben Sie alle zurückgerufen: Dagegen haben wir nichts.

(Büssow (SPD))

- (A) Ich hatte übrigens die Nationalliberalen nach 1945 gemeint - darüber würde ich mich gerne noch mit Ihnen unterhalten, ob Sie auch nichts dagegen haben, so bezeichnet zu werden. Das würde mich wirklich einmal sehr interessieren. Das will ich hier jetzt aber nicht verlängern.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Historische Kenntnisse scheinen nicht Ihre Stärke zu sein!

Zu Ihren Gunsten nehme ich diesmal an, Sie meinten die Nationalliberalen in der Weimarer Republik.

Meine Damen und Herren! In dieser Landtagsfraktion hat das angestammte rechtsstaatliche liberale Gedankengut wenig Platz. Das finde ich bedauerlich, denn da würden Sie eine wichtige Rolle auch in Nordrhein-Westfalen spielen können. Aber lassen Sie das, auch die übernehmen wir. Seien Sie gewiß, meine Damen und Herren von der Opposition: Wir werden alles tun, damit Nordrhein-Westfalen seinen Platz in der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft behaupten und ausbauen kann. Wir werden alles tun, damit am wirtschaftlichen Wachstum alle Menschen teilhaben können, die es wollen.

Zur Aufmunterung der Opposition möchte ich noch eines mitteilen: Verwechseln Sie das Selbstbewußtsein der SPD nicht mit Selbstzufriedenheit. Glauben Sie uns, wir sind bereit, uns in Wahlkämpfen zu stellen. Sie können sich darauf verlassen - 1989 wie 1990.

- (B)

Ein Nachwort noch zu Herrn Bundesarbeitsminister Dr. Blüm. In einem Journalistengespräch im Forum West des dritten Programms des WDR am 25. November 1988 stellte ein stellvertretender Chefredakteur einer konservativen Zeitung im Rheinland folgendes fest:

Herr Blüm steht vor allen Dingen erst einmal in Bonn - in erster, in zweiter und in dritter Linie ... Und hier in Nordrhein-Westfalen steht er eigentlich mit dem Rücken an der Wand. Er ist der Führer einer 30- $\%$ -Partei und bietet auch sonst nichts anderes an.

Darauf interveniert die Moderatorin und sagt: "Ein herber Satz!" Und es antwortet dieser stellvertretende Chefredakteur in dem Radiogespräch: "Ja, es ist aber so. Wir können doch nicht an den Tatsachen vorbeigehen."

Meine Damen und Herren von der Opposition! Diese Tatsachen wollte ich Ihnen nicht vorenthalten. Wir werden den Haushalt in der

uns so vorliegenden Form mit den Änderungsanträgen der SPD verabschieden.

(C)

(Beifall bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Ich dachte, Sie wollten zum Haushalt sprechen. Zur Verteidigung dieses Haushalts haben Sie kein Wort gefunden! - Gegenrufe von der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, im Rahmen der Generaldebatte werden wir jetzt die

Schwerpunkte Schule - Wissenschaft und Forschung

behandeln.

Ich erteile zunächst Herrn Abg. Reul für die Fraktion der CDU das Wort.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU zu Abg. Büssow (SPD))

Reul (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Büssow, drei Vorbemerkungen zu Ihrem Beitrag! Ich hatte gedacht, wir würden über den Haushalt 1989 und nicht über den Haushalt 1991 reden.

(Beifall bei der CDU)

Im Mittelpunkt Ihrer Rede stand Norbert Blüm. Er ist noch nicht Ministerpräsident in diesem Lande.

(Zuruf von der SPD: Er wird es auch nicht werden!)

(D)

Im Mittelpunkt der heutigen Debatte müßte, wenn ich das richtig sehe, das stehen, was Ministerpräsident Rau an Politik zu verantworten hat. Damit sollten wir uns heute auseinandersetzen.

Zweite Vorbemerkung: Sie fordern Nachdenklichkeit an. Ich habe das Gefühl, daß Sie nicht verstanden haben, was Professor Biedenkopf mit "Nachdenklichkeit in der Politik" gemeint hat. Denn das, was Sie vorgetragen haben, war exakt das Gegenteil dessen, was gemeint war.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Auf die Fehler, Unterstellungen und persönlichen Angriffe, die Ihre Rede gekennzeichnet haben - darüber hinaus war nichts da -, will ich gar nicht eingehen. Ich möchte aber einen Punkt nennen, weil er mich persönlich betroffen gemacht hat.

(Zuruf von der SPD: Sie kamen doch gar nicht vor!)

(Reul (CDU))

- (A) Ich lasse es nicht zu - nicht für mich persönlich und auch nicht für meine Fraktion -, daß irgendeiner hinget und uns historisch in die rechte Ecke stellt und damit Zusammenhänge konstruiert, die nicht aufrechtzuerhalten sind.

(Beifall bei der CDU)

Das geht nicht, Herr Büssow, und es ist auch nicht damit getan, wenn Sie sich hier entschuldigen. So einfach kann man mit diesem Problem nicht umgehen. Da haben wir in den letzten Tagen schon genug erlebt.

Der Etat des Ministerpräsidenten steht zur Diskussion. Im Jahr 1985, Herr Ministerpräsident Rau, haben Sie gewonnen.

(Zuruf von der SPD: Haushoch!)

Damals war an allen Plakatwänden zu lesen: "Sozial bleiben, damit das Menschliche nicht stirbt!" Das war Ihr Anspruch an Politik. Sie haben den Menschen das Gefühl vermittelt, daß man sich auf Sie verlassen kann, und insbesondere junge Menschen haben das geglaubt. Ich denke, heute muß die Frage gestellt werden, wie Sie eigentlich mit diesen Hoffnungen der Menschen umgegangen sind.

Seit dreieinhalb Jahren kann ich Ihre Politik hier im Landtag erleben - nicht gefiltert, sondern original -, und ich erlebe einen Ministerpräsidenten, der für alle Probleme dieser Welt Verständnis hat und zu allem und immer Betroffenheit und Mitgefühl formuliert. Und bei strittigen Fragen und notwendigen Entscheidungen herrscht Funkstille!

(B)

Herr Ministerpräsident, Ihr Verhalten erinnert mich an einen Arzt, der am Krankenbett eines Patienten steht und diesem sagt, daß er versteht, wie schlecht es ihm geht, der aber nicht die Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um diesem kranken Menschen zu helfen.

(Zustimmung bei der CDU)

"Sozial bleiben, damit das Menschliche nicht stirbt", das war Ihr eigener Anspruch, und daran muß sich auch die Glaubwürdigkeit Ihrer Politik messen lassen. All Ihr Handeln muß daran gemessen werden, und deshalb ist Ihr politisches Handeln unglaubwürdig. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür. Ich möchte es an drei Beispielen deutlich machen.

Erstes Beispiel: Haben Sie wirklich, Herr Ministerpräsident Rau, die Sorgen der körperbehinderten Kinder in unserem Lande ernstgenommen? Seit Jahren weisen Eltern und Lehrer von Körperbehindertenschulen auf die

dramatische Unterrichtssituation hin. Es fehlen Lehrer, es fehlen Therapeuten, zunehmend fällt sogar der Ganztagsunterricht aus. Kennen Sie diese Probleme wirklich? Ich habe Sonderschulen in diesem Lande gesehen, in denen behinderte Kinder ins Nebenzimmer gesetzt werden mußten, weil die ausreichende Personalversorgung nicht da war, weil Lehrer fehlten. In ihrer Sorge haben sich die Eltern nun auch an Sie gewandt, an Sie persönlich, an Herrn Ministerpräsidenten Rau. Auf die besorgten Briefe kamen auch verständnisvolle Antworten. Doch geschehen ist nichts.

(C)

Dann haben sich die Eltern an den Petitionsausschuß des Landtags gewandt. Alle Fraktionen in diesem Ausschuß waren sich einig, daß hier etwas geschehen muß. Doch die langfristige Lösung des Problems, die Antwort der Landesregierung, steht immer noch aus.

Dann mußten im Sommer dieses Jahres diese Eltern mit ihren Kindern und den Lehrern vor den alten Landtag ziehen.

(Zuruf von der SPD: Die müssen auch mal an die frische Luft.)

- Diesen Zwischenruf, meine ich, den muß das Protokoll schon aufnehmen. Der Zwischenruf lautete: Die müssen auch mal an die frische Luft.

(Zurufe von der CDU: Ungeheuerlich.)

Meine Damen und Herren, so wird Politik in diesem Lande gemacht. Das nenne ich: nicht mehr merken, wie die Wirklichkeit ist und wo politische Probleme anstehen.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Eltern, meine Damen und Herren und Herr Ministerpräsident, wollen mehr als Nachdenklichkeit. Sie wollen endlich politische Entscheidungen der Landesregierung. Erst dann, als die Kinder mit ihren Rollstühlen vor dem Landtag standen, da tauchte Minister Heinemann in Spendierhosen auf und spendierte 2 Millionen DM für die Therapeutenversorgung. Erst dann! Ist das, Herr Ministerpräsident, eigentlich Ihre Politik mit dem Anspruch "Sozial bleiben, damit das Menschliche nicht stirbt"? Ich zumindest stelle mir verantwortungsbewußte Politik anders vor.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen: Die Probleme der Kinder in Körperbehindertenschulen sind damit überhaupt nicht gelöst.

Zweites Beispiel. Erinnern Sie sich noch, Herr Ministerpräsident, daran, wie Sie sich

(Reul (CDU))

- (A) am 16.12.1987 höchstpersönlich zum ersten Mal - ich glaube auch zum einzigen Mal - in schulpolitische Auseinandersetzungen eingeschaltet haben, nachdem 1,3 Millionen Menschen Unterschriften gesammelt und Sorgen um den Bestand ihrer Hauptschule, ihrer Realschule, ihrer Gymnasien vorgetragen und sich an die Politik gewandt haben? Damals haben Sie, Herr Ministerpräsident, alle Verantwortlichen zum Gespräch eingeladen. Wir haben in Ihrem Zimmer - das war für mich als junger Abgeordneter das erste Mal, daß ich an einer solchen Entscheidung mitwirken durfte - um Lösungen gerungen. Wir haben ein ernsthaftes Gespräch geführt, und wir haben einen ganzen Tag lang verhandelt. Wir haben auch einen Kompromiß, einen Weg gefunden. Wirklich keine große Lösung, aber eine Hilfe. Wir haben uns versprochen, ein Jahr lang keine Schulen zu schließen, den Unfrieden in der Schulpolitik zu beenden und in Ruhe über neue Lösungsmöglichkeiten nachzudenken.

Ich kann mich - und Sie sich sicherlich auch - noch daran erinnern, wie nach dieser Einigkeit und Einigung viele Menschen in unserem Lande aufatmet haben und wie neue Hoffnungen geweckt worden sind. Doch dieser Friede währte nicht lange. Nur 48 Stunden lang, Herr Ministerpräsident, konnten Sie Ihr Wort halten. Ich will dabei nicht Ihre persönliche Integrität in Zweifel ziehen. Überhaupt nicht. Aber Sie haben nicht die politische Kraft gehabt,

- (B) (Minister Matthiesen: Scheinheilig!)

das in Ihrer Fraktion durchzusetzen.

- Das hat mit scheinheilig nichts zu tun, Herr Umweltminister.

(Beifall bei der CDU)

Es geht um andere Dimensionen. Dieser "gestiftete Frieden" konnte in Ihrer Fraktion nicht durchgesetzt werden. Weder von Ihnen, noch von den anderen Beteiligten. Es gibt nur einen - wenn ich das richtig weiß -, der sich enthalten hat. Das war Herr Farthmann. Nachher, in Ihrer Fraktion. Ich kann nur sagen: Hochachtung davor; er war wenigstens konsequent. Seit diesem gescheiterten Versuch sind in diesem Lande weitere Schulen geschlossen worden. Sie, Herr Rau, Sie höchstpersönlich haben unzählige Menschen mit Ihrem Verhalten enttäuscht. "Sozial bleiben, damit das Menschliche nicht stirbt" - ist dieser Anspruch überhaupt glaubwürdig, oder ist es nur eine Plakatsäule?

Drittes Beispiel, meine Damen und Herren. Wir haben dramatisch zurückgehende Be-

völkerungszahlen. Die Debatte um Kohle und Stahl, die wir in diesen Tagen und heute wieder geführt haben, müßte eigentlich deutlich machen, welche Bedeutung für die Zukunft dieses Landes die Fähigkeiten, die Fertigkeiten, die Qualifikationen junger Menschen haben werden. Der Ablauf des heutigen Tages und die Tagesordnungsdebatte haben deutlich gemacht, daß das doch noch nicht erkannt ist,

(Beifall bei der CDU)

daß überhaupt nicht erkannt ist, welchen Stellenwert eigentlich die Frage hat: Was geben wir jungen Leuten mit auf den Weg, damit sie Zukunftsfragen meistern können? Wie ernst nimmt die Landesregierung aber - es geht um den Haushalt 02 -, wie ernst nehmen Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Rau, die Zukunft der jungen Menschen und damit auch die Zukunft unseres Landes? Die Industrie- und Handelskammern in unserem Lande haben vor einem Jahr durch eine Umfrage ermittelt, welche Bedeutung ein leistungsfähiges Schul- und Bildungsangebot für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande hat. Muß es eigentlich nicht auch Sie nachdenklich machen, wenn die Wirtschaft das nordrhein-westfälische Bildungssystem negativ bewertet, wenn Führungskräfte der Wirtschaft sogar bereit sind, persönliche und berufliche Nachteile in Kauf zu nehmen, um in einem anderen Bundesland bessere Bildungsvoraussetzungen anzutreffen? Welche Konsequenzen haben Sie eigentlich, Herr Ministerpräsident,

(Minister Schwier: Nennen Sie mir einen!)

daraus gezogen? Daß Herr Schwier keine Konsequenzen zieht, haben wir schon lange gemerkt. Aber was haben Sie getan? Das ist die spannende Frage.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Oder ist etwa Ihre Antwort die Antwort, die die SPD-Landtagsfraktion am 1. März des Jahres beschlossen hat: Die Klassen werden größer, der Unterrichtsausfall wird aus der Statistik weggerechnet, die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer bleibt unbefriedigend, die Schulschließungen gehen weiter, Pädagogik ist nicht mehr gefragt; es regiert der Rotstift.

Statt über Zukunftsaufgaben nachzudenken, die uns der europäische Binnenmarkt in 50 Monaten - so schnell wird das sein -, stellen wird, wird die Infrastruktur von Schule und Hochschule systematisch ruiniert. - Und das ist meine Antwort.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(C)

(D)

(Reul (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren! Wenn Studenten für sich persönlich keine Zukunftschancen mehr sehen, weil die Hochschulen ungenügend ausgestattet sind, dann wird ja nicht nur die Zukunft dieser einzelnen jungen Menschen, sondern es wird entscheidend mehr gefährdet. Was ist das eigentlich für eine Politik, Herr Ministerpräsident, die Sie verantworten, die sich diesen Zukunftsfragen nicht öffnet, die in der Mängelverwaltung hängenbleibt? Ist eine Politik, die Menschen, und zwar jungen Menschen, Hoffnung auf ihre Zukunft nimmt, vielleicht das Ergebnis?

Wenn über 20 000 junge Menschen in einer Demonstration in Düsseldorf ihre Sorgen vortragen, dann ist doch letztlich ihr Schnellschußprogramm - wie der WDR das formuliert hat - "mehr Not als Programm".

Junge Menschen stellen sich verstärkt Fragen, jenseits von Angebot und Nachfrage, und sie werden überhaupt nicht verstehen, wie der Ministerpräsident dieses Landes, der einmal Wissenschaftsminister war, insbesondere im Bereich der Geisteswissenschaften zu Schließungen an den Universitäten kommt.

Sie werden auch nicht verstehen, wie Sie mit dem Ausfall an Religionsunterricht umgehen und mit den jungen Menschen, die unbefristete Teilzeitbeschäftigungsverträge haben.

- (B) Mit Ihrer Politik gefährden sie nicht nur Ihre Glaubwürdigkeit - das ist Ihr Problem -, sondern sie zerstören die Hoffnungen junger Menschen; sie enttäuschen Menschen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihr eigener Anspruch an die Politik war - ich wiederhole -: "Sozial bleiben, damit das Menschliche nicht stirbt"! - Die politische Wirklichkeit, Herr Rau, sieht völlig anders aus. Die Wirklichkeit Ihrer Politik kann man eigentlich nur so bezeichnen: Untätig bleiben, damit die Macht mir nicht zerrinnt!

Meine Damen und Herren, Politik muß mehr sein als Betroffenheit, als das Zeigen von Mitgefühl. Nach Max Weber gehören dazu auch Leidenschaft, Augenmaß und Verantwortungsbereitschaft. Wir haben viele Alternativen vorgelegt. Sie werden mit der Mehrheit dieses Hauses stets abgelehnt. Das ist das Los der Opposition, und es stört Sie auch nicht, wenn die Opposition Sie kritisiert. Das kann ich verstehen.

(Frey (SPD): Das sind doch Luftblasen!)

Aber, Herr Ministerpräsident Rau, wie gehen Sie eigentlich damit um, daß Sie Menschen

enttäuscht und verletzt haben, daß Sie falsche Erwartungen geweckt haben? Ich würde an Ihrer Stelle die Frage stellen, wie lange Sie das überhaupt noch persönlich verantworten können. (C)

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schultz-Tornau das Wort. Bitte sehr!

Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Wer kein Gefühl für Sprache hat, diskreditiert sich selbst!" - Sie haben da ein wahres Wort gelassen ausgesprochen, Herr Kollege Büsow, und Sie wollten dabei mit dem Zeigefinger auf CDU und F.D.P. weisen. Mir ist bei dieser Gelegenheit ein Wort des Bundesjustizministers aus dem Jahre 1968, dem nachmaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann eingefallen, der einmal gesagt hat:

Wer mit dem Zeigefinger auf andere weist, der sollte sich immer vor Augen führen, daß vier Finger derselben Hand auf ihn zurückweisen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir brauchen hier nicht ohne Polemik und nur freundlich miteinander umzugehen. Aber das, was Sie sich heute morgen erlaubt haben, hat die Grenzen des Erträglichen auch dann weit überschritten, wenn Sie sich aufgrund der dadurch ausgelösten Empörung hier genötigt sahen, es zurückzunehmen. Sie haben sinngemäß gesagt: Lachen Sie nicht auf der rechten Seite! In Weimar ist durch das Lachen der Rechten die erste deutsche Demokratie zerstört worden. - In Weimar saßen die Nazis und demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Nationalisten auf der rechten Seite. In diesem Parlament sitzen Liberale auf der rechten Seite. In Weimar waren die herausragenden Gestalten des politischen Liberalismus der beiden Strömungen, des freisinnigen Liberalismus und des nationalen Liberalismus, die Theodor Heuss 1948 in der Freien Demokratischen Partei zusammengeführt hat, für die Freisinnigen Walter Rathenau und für die Nationalliberalen Gustav Stresemann, beides Männer, die ihr Leben für diese erste Demokratie hingegeben haben, der eine von Rechtsextremisten ermordet, der andere angefeindet und unter Haß und politischem Vernichtungswillen gestorben. Bis zur letzten Erschöpfung hat er sich für die Achtung Deutschlands in der Welt, für die Aussöhnung mit Frankreich verausgabt. Ich habe allen Respekt vor den Sozialdemokraten, vor ihrer (D)

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) demokratischen Leistung in der Weimarer Zeit; aber ich bitte mir aus, daß dieser gleiche Respekt auch gegenüber den Konservativen und Liberalen in diesem Hause gewahrt bleibt!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deshalb, Herr Büssow, sage ich Ihnen: Das, was Sie hier eben getan haben, darf sich in diesem Parlament nicht wiederholen! Denn wenn wir so miteinander umgehen, brauchen wir uns nicht zu wundern, daß das Ansehen der Politiker langsam gegen Null geht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Dreieinhalb Jahre - man merkt es ja, daß wir nicht mehr allzu lange in dieser Legislaturperiode miteinander zu tun haben - haben wir Regierungserklärungen gehört, leider auch heute in der Stunde des Parlaments, in der wir uns schwerpunktmäßig zunächst einmal in einer Generaldebatte mit dem Haushalt des Ministerpräsidenten beschäftigen wollten.

(Dr. Farthmann (SPD): Wollen Sie gar nichts von der Regierung hören?)

- Doch, das wollte ich. Herr Farthmann, Sie geben mir das richtige Stichwort. Das war ja die Einleitung; ich wollte gerade dazu kommen.

- (B) Dreieinhalb Jahre haben wir die unterschiedlichsten, vielfältigsten Regierungserklärungen gehört. Die Fülle der Weisheit des Herrn Ministerpräsidenten ist über uns ausgegossen worden. Wir haben manches Bibelzitat gelernt - und das ist kein Nachteil! Aber wir haben in diesen dreieinhalb Jahren nicht eine einzige Regierungserklärung zu dem Thema "Wissenschaft und Forschung" gehört!

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

An unseren Hochschulen brennt es - und nicht eine Regierungserklärung zu diesem Thema! Ich glaube, nichts sagt mehr über die Prioritätensetzungen dieser Landesregierung aus als diese ganz nüchterne und unbestreitbare Feststellung.

Wir setzen die Prioritäten anders. Deshalb stehe ich als erster Redner der F.D.P. hier, weil wir der Meinung sind: Wir müssen umsteuern; wir brauchen Wissenschaft und Forschung als die geistigen Potentiale, die unser Land in eine Zukunft führen können, die wirklich Bestand haben kann.

Uns geht es um "Schürfrechte" für diesen Rohstoff Geist, von dem ja auch der Herr

(C) Ministerpräsident gern redet. Nach unserer Meinung müssen wir weitere Schachtanlagen für diesen Rohstoff Geist erschließen, und das bedeutet eben, daß man mehr Geld in diesen Bereich hineingeben muß und daß wir die alten Prioritätensetzungen, an die wir uns so gewöhnt haben, überwinden müssen.

Die Zukunftsrohstoffe unseres Landes für das nächste Jahrtausend sind eben nicht vorrangig Kohle und Stahl, sondern die Rohstoffe der Zukunft für unser Land im nächsten Jahrtausend sind Wissenschaft und Forschung. Auch die Zukunft von Kohle und Stahl hängt daran, daß Wissenschaft und Forschung neue, intelligente Methoden der Anwendung für diese alten Rohstoffe unseres Landes herbeiführen.

Deshalb nutzt es nichts, daß wir hier den Wissenschaftsetat ein bißchen aufstocken, aber die Prioritäten insgesamt unverändert lassen.

Frau Ministerin - sie ist ja, obwohl hier über Wissenschaft und Forschung diskutiert wird, leider nicht da -, Sie spielen ja auch eine nicht unwesentliche Rolle in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Ich weiß: Da ist die Rede vom Ende der falschen Bescheidenheit. Gleichstellungsbeauftragte auf allen Ebenen werden dort gefordert. Ich würde Sie herzlich bitten: Machen Sie sich endlich zur Gleichstellungsbeauftragten für Wissenschaft und Forschung in unserem Land!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D) Das ist doch das Problem, das man immer wieder nachlesen kann, daß in diesem Kabinett des ehemaligen Wissenschaftsministers Wissenschaft und Forschung dennoch nur eine höchst untergeordnete Rolle spielen.

(Paus (CDU): So weit ist das gekommen!)

Wir haben deshalb auch schwerpunktmäßig 75 Millionen DM mehr gefordert, die den Hochschulen generell im Bereich der Überlastfachbereiche ohne Zweckbindung im einzelnen zur Verfügung gestellt werden sollen, weil wir der Überzeugung sind, daß die Probleme an jeder Hochschule unterschiedlich gesehen werden müssen, die Defizite unterschiedlich sind und daß wir uns vor einem hüten müssen: vor lauter Diskussion um die Überlast in der Lehre zu vergessen, daß durch diese Hochbelastung nicht nur die Lehre betroffen wird, sondern in gleicher Weise auch die Forschung an der Krücke geht.

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Herr Büssow, Sie haben davon gesprochen, das sei die Zukunftsinvestition. Die - das haben Sie in Gedanken unterstrichen -; ich habe es wohl gehört. Da stimmen wir überein; aber weshalb ziehen wir nicht die entsprechenden Konsequenzen daraus und tun mehr

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

für diesen Bereich, den wir alle offenbar als so entscheidend für die Zukunftsentwicklung unseres Landes betrachten?

Uns geht es nicht nur darum, daß nur in den Bereichen der Hochtechnologie mehr geschieht, daß wir für die Zukunftsentwicklung unseres Landes Technologietransfer, sondern auch gleichgewichtig Kulturtransfer benötigen. Es geht deshalb auch nicht an, in dieser Politik der Umschichtung weiterzumachen, weg von den Geisteswissenschaften, hin zum Löcherstopfen im Bereich der Technik und im Bereich der Naturwissenschaften. Wir werden auch dann unsere Zukunft verspielen, wenn wir Geistes- und Kulturwissenschaften weiterhin so wenig ernst nehmen wie das in der derzeitigen Wissenschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen geschieht.

- (B) Und, Herr Ministerpräsident, die Westfälische Wilhelms-Universität, die Evangelisch-Theologische Fakultät dieser Universität, hat Ihnen unter dem 15. November 1988 ein sehr bemerkenswertes Schreiben übersandt, in dem genau diese Problematik, das Zurückdrängen von Geisteswissenschaften, auch das Zurückdrängen theologischer Aspekte in unseren Hochschulen zum Thema gemacht wird. Ich finde, es ist ein sehr eindrucksvolles Schreiben, und ich möchte deshalb daraus mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren. Da heißt es:

Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität bemerkt auch mit Entsetzen die Wirkung der Erziehungspolitik der Landesregierung auf Fachbereiche wie Germanistik, Geschichte, Anglistik, außereuropäische Sprachen, Literatur und Geschichte. Es ist uns klar geworden, daß die kulturtragenden Fakultäten, die unsere Wissenschaft ständig bereichern haben und die deutsche Geisteswissenschaft und Forschung in der ganzen Welt berühmt und führend gemacht haben, auf dem Altar des angeblichen technologischen Fortschritts geopfert werden sollen.

An anderer Stelle wird der Kirchenlehrer Origines in seinem Römerbrief-Kommentar zitiert, und das müßte Ihnen ja eigentlich zu Herzen und ins Gemüt gehen, wenn es da

heißt, natürlich nicht bezogen auf die Lage der Theologie heute, aber auf die Rolle der Theologie im Kanon unserer Wissenschaften: "Denn die Männer Gottes sind das Salz, das die sozialen Verbände auf dieser Welt zusammenhält. Und alle Vereinigungen der Erde fallen so lange nicht auseinander, als das Salz sich nicht ändert. Die Christen erwiesen ihrem Vaterland mehr Wohltaten als die übrigen Menschen; denn sie sind erzieherische Vorbilder für die anderen Staatsbürger, weil sie lehren, dem Gott treu zu sein, der über dem Staat steht."

Ich finde, das sind eindrucksvolle Worte, und ich meine, wir sollten sie beherzigen und nicht den falschen Weg fortsetzen, den wir mit der sogenannten aufgabenkritischen Überprüfung eingeschlagen haben. Wir haben darüber ja im Ausschuß ausführlich diskutiert. Uns ist dort noch einmal dargestellt worden, jede Stelle, die in den Pool wandere, sei unter Strukturgesichtspunkten sorgfältig geprüft worden. - Die Frau Ministerin nickt, so daß ich mich bestätigt fühle, nichts Falsches zu sagen.

Wie sieht die Wahrheit aus? Sie hören landauf, landab an allen Hochschulen, daß nur ein Kriterium - das wird einem dann auch dokumentiert - eine Rolle gespielt hat, nämlich der zeitliche Zufall des Freiwerdens von Stellen. Ihr Ministerium hat das energisch bestritten. Am Beispiel Münster - und dies ließe sich für jede andere Hochschule gleichermaßen belegen - läßt sich folgendes nachweisen: In der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät sind für die nächsten Jahre 9 Stellen zur Streichung vorgesehen. Wenn Sie sich einmal in dem Gesamtbild, das diese Fakultät hat, diese neun Stellen anschauen, dann werden Sie feststellen, daß das genau die neun Stellen sind, die in den nächsten Jahren als erste frei werden.

Ich habe von meinem Biologieunterricht in der Schule zwei Dinge behalten. Das eine heißt "Natura non facit saltus" - "Die Natur macht keine Sprünge" -, und das zweite "Der Zufall ist hundertprozentig".

Aber so hundertprozentig kann der Zufall nicht sein, daß ausgerechnet die neun Stellen, die als erste frei werden, auch die sein sollen, die unter strukturpolitischen Gesichtspunkten für eine Streichung am ehesten in Frage kommen. Das werden Sie nun wirklich niemandem hier weismachen wollen.

Schauen Sie sich dann noch an, welche C-4-Stellen gestrichen werden. Dabei geht es einmal um eine Stelle für Medienpädagogik - sicher eine Stelle, von der Sie kaum be-

(C)

(D)

MMR 10/94

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

(A) streiten können, daß sie von strukturpolitisch entscheidender Bedeutung ist. Die zweite Stelle, die dort gestrichen wird, ist eine für Montessori-Pädagogik, eine Stelle, die einzigartig in der gesamten Bundesrepublik ist, wobei wir alle wissen, daß die Montessori-Pädagogik an unseren Schulen immer mehr Gewicht bekommt, was ja nicht heißt, daß sie Ausschließlichkeitscharakter hat. Es mag sein, daß es irgendwo sonst in der Bundesrepublik noch eine Stelle dieser Art gibt. Aber daß wir eine der wenigen Stellen in diesem Bereich streichen, sagt etwas über die Art aus, wie Strukturpolitik in den Geisteswissenschaften betrieben wird.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Die dritte Stelle, die bei 7 000 Studenten im Bereich Erziehungswissenschaften gestrichen werden soll, ist die Stelle für Theorie des Unterrichts. Selbst an der kleinsten Einrichtung, die Erziehungswissenschaft betreibt, gibt es eine Stelle für Theorie des Unterrichts. Hier soll die einzige Stelle dieser Art gestrichen werden. Warum? - Weil sie von der zeitlichen Reihenfolge in das Raster paßt.

Das könnte man an vielen weiteren Beispielen belegen. Ich glaube, durch nichts kann man eindrucksvoller die Behauptung widerlegen, auch in den sogenannten nicht so stark ausgelasteten Fächern spielen bei den Überlegungen, was gestrichen werden soll, strukturpolitische Gesichtspunkte und nicht reine Zeitüberlegungen die erste Rolle. Wer das noch glaubt, der wird sicherlich nicht selig werden können, weil man ihm das auch gar nicht abnehmen kann. - So weit zur aufgabenkritischen Überprüfung.

(B) Ich kann nur den guten Rat geben: Wenn jetzt, was erfreulich ist, Bund und Land gemeinsam - der Bund über seine eigentliche Verpflichtung hinaus - angesichts der Not-situation an unseren Hochschulen Mittel zur Verfügung stellen, sollten Sie diese Chance nutzen, um diesen Irrweg - Sie schütteln leider schon den Kopf; Sie sollten noch einmal in aller Sorgfalt darüber nachdenken, und wenn Sie nicht darüber nachdenken wollen, dann sollte dies, wie ich meine, wenigstens der Herr Ministerpräsident tun; denn das ist auch seine Führungsaufgabe - zu verlassen und noch einmal zu überprüfen, ob alle hastig in den Pool hineingeworfenen Stellen nicht wenigstens zum Teil wieder unter den Gesichtspunkten, die ich eben vorgetragen habe, an die Hochschulen zurückfließen müßten.

Das dritte Feld, auf dem wir Schwerpunkte gesetzt haben, ist der Bereich Kliniken. Wir

wissen um den traurigen Zustand der Kliniken im Lande Nordrhein-Westfalen. Aber es ist noch einmal ein Stück trauriger und geradezu abenteurerlich, was wir teilweise an unseren Universitätskliniken erleben. Ich rede nicht von Aachen, damit hier gar kein Mißverständnis aufkommt.

(Frau Hieronymi (CDU): Bonn!)

sondern ich rede von Bonn, ich rede von Düsseldorf.

Schauen Sie sich an, wie die Kinderkliniken in Düsseldorf untergebracht sind - zerstreut, ohne richtige Betreuungsmöglichkeit für die Eltern, obwohl Kinder und Eltern zusammengeführt werden sollen. Schauen Sie sich an, wie die hygienischen Bedingungen aussehen, wie die optischen Umweltbedingungen sind. In der Kieferklinik sind die Mitarbeiter seit 10 Jahren im Keller untergebracht, mit Ausnahme genehmigung des Gewerbeaufsichtsamts. Wenn es denn noch Juso's gäbe - irgendwo soll es ja noch welche geben - und das ein gewerblicher Betrieb wäre, wenn sich das ein Privatmann erlauben wollte, möchte ich nicht hören, was da von Ausbeutung und kapitalistischem Unrechtssystem die Rede wäre.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Das sind Zustände, die dem Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes und unserer Landesverfassung wirklich Hohn sprechen. Es wird höchste Zeit, daß das geändert wird. Wir werden Sie aus dieser Verpflichtung auch nicht entlassen.

Ich fasse zusammen. Drei Adressaten wollte ich heute ansprechen, erstens Sie, Frau Brunn: Machen Sie ein Ende mit der falschen Bescheidenheit, entwickeln Sie sich zur Gleichstellungsbeauftragten für Wissenschaft und Forschung, dann werden Sie auch eine angemessene Rolle finden, und Sie machen mich zu einem Fan für die Gleichstellungsproblematik.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Zweitens Sie, Herr Ministerpräsident: So wichtig es ist, daß Sie immer wieder in der Bibel lesen, lesen Sie ab und zu auch einmal bei Origenes nach. Führen Sie sich das Zitat noch einmal zu Gemüte, ins Herz, damit Sie die Bedeutung von Ethik, von Kultur, von Geisteswissenschaften für die Zukunft unserer Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auch wirklich erkennen und begreifen lernen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(C)

(D)

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) Und zum dritten an die Kollegen hier im Parlament: Schaffen wir über Kohle- und Stahlfraktion hinaus endlich eine Wissenschaftsfraktion, die für andere Prioritäten in unserem Haushalt sorgt. Wenn wir dies nicht endlich erreichen, werden wir die Zukunft unseres Landes nicht bewahren können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Dammeyer von der Fraktion der SPD das Wort.

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist, finde ich, ein sehr guter Zug der Opposition, die Haushaltsberatungen im Unterschied zu früheren Jahren in der Weise zu führen, daß jetzt mit dem Bildungs-, Hochschul- und Kulturbereich begonnen wird und nicht mehr so sehr davon die Rede ist, wie es mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in unserem Lande ist.

Ich möchte diesen Unterschied im Stil und in den Inhalten der Opposition als erstes sehr aufmerksam registrieren. In der Vergangenheit meinten Sie, hier immer in der Weise auftreten zu müssen, daß Sie der Landesregierung vorhielten, sie komme mit den wirtschaftlichen Strukturfragen nicht zurecht. Das ist offenbar auch für Sie vorbei. Die Menschen im Lande haben längst begriffen, daß Wirtschafts- und Strukturfragen bei dieser Landesregierung gut aufgehoben sind.

(B)

(Büssow (SPD): So ist es!)

Darauf begründen sich ja auch die Wahlergebnisse und die Tatsache, daß Sie sich alle zu den größten Splitterparteien im Lande entwickeln.

(Zustimmung des Abg. Dr. Farthmann (SPD))

Daraufhin schalten Sie jetzt um und meinen, Sie könnten in einem anderen Bereich neu abstauben. Genauso treten Sie hier dann auch auf.

Meine Damen und Herren, es ist schon sehr bemerkenswert, daß Sie jetzt meinen, daß das die Sektoren wären, bei denen Sie die Landesregierung nachhaltig attackieren könnten. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Wir führen in diesem Lande auch eine Bildungs-, Kultur- und Hochschulpolitik, die sich nicht nur sehen lassen, sondern für die man auch mit gutem Gewissen einstehen kann.

Wir führen nicht nur im Lande, sondern wir lassen das auch an der Gestaltung der ent-

sprechenden Haushaltsteile hier erkennen. Sie sollten sich das als erstes vor Augen führen. Für den Kulturbereich gibt es allein mit diesem Haushalt eine Steigerung von 17,2 %. (C)

(Beifall bei der SPD)

Die Einrichtungen, die sich in der Vergangenheit darüber beklagt haben, daß sie vom Land stiefmütterlich behandelt würden, loben die Landesregierung. Ich finde, das ist eine sehr gute Entwicklung.

Das ist offenbar eine der Konsequenzen daraus, daß so etwas Chefsache ist. Der Ministerpräsident kümmert sich selber darum; aber auch in der Wirtschaft ist erkannt worden, daß zu dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen die kulturelle Qualität zählt. Das ist nicht nur in unseren Statistiken eine der fünf bedeutendsten Kulturregionen der Erde, sondern das haben eben exakt diejenigen begriffen, die hier ihre Investitionen tätigen und die hier ihre Unternehmen aufrechterhalten. Das haben selbstverständlich auch die Arbeitnehmer begriffen. Und das hat auch die Landesregierung begriffen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist das eigentlich ein Sektor, in dem Sie vermutlich schon im nächsten Jahr nicht mehr Ihre ersten Attacken fahren werden, selbst wenn denn die Haushaltsberatungen die Stunde der Opposition sein sollen.

Ich denke, aber auch im Bereich der Schulpolitik läßt sich das so ganz bequem sehen. Wir haben hier eine richtige Verbindung von innerer und äußerer Schulreform betrieben. Wir haben organisatorische Veränderungen in Gang gesetzt, wir werden weiter organisatorische Maßnahmen dort ergreifen, wo sie erforderlich sind, und wir haben das ganz selbstverständlich mit inneren Strukturen verbunden. (D)

Für uns sind zum Beispiel die Gesamtschule und die Kollegschule nicht einfach äußere Modelle von Schulorganisation, sondern wir legen gerade Wert darauf, daß in ihnen solche Formen von Lehren und Lernen praktiziert werden, die menschlichen Qualitäten entsprechen. Wir legen Wert darauf, daß dort Menschen so ausgebildet werden, daß sie mit allen ihren Fasern auch tatsächlich den Ansprüchen in Wirtschaft, Gesellschaft, in der Familie und auch in der politischen Diskussion gerecht werden können.

Deshalb werden wir auch diese Teile der Verbindung von äußerer und innerer Schulreform ganz konsequent weitertreiben. Wir werden das machen. Und wir machen das natürlich auch unter den gegenwärtigen

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) schwierigen Verhältnissen, die man ja bitte schön auch ernst nehmen muß. Es war doch eben ganz bezeichnend, in welcher Weise Herr Reul hier aufgeführt hat, daß Schulschließungen stattfinden. Und genau im nächsten Satz spricht er davon, daß wir hier im Lande eine dramatisch zurückgehende Bevölkerungszahl haben.

Zählen Schüler nicht mehr zur Bevölkerung? Hat, bitte schön, Herr Reul, niemand feststellen können, daß es dramatisch zurückgehende Schülerzahlen gegeben hat? Und haben Sie, bitte schön, nicht die Schülerstromverlagerung registrieren können, die es hierzulande gibt? Ist es denn nicht richtig, daß die Hauptschulen im Jahre 1976 in der Klasse 5 140 000 neue Schüler bekommen haben und in diesem Jahr ganze 45 000 Schüler? Haben Sie diesen dramatischen Rückgang an Übergangszahlen nicht registrieren können? Ist nicht richtig, daß auch an den Gymnasien der Rückgang von 83 000 im Jahre 1979 auf 55 000 in diesem Jahr festzustellen ist? Ist es denn nicht richtig, daß auch an den Realschulen der Schülerrückgang von 1979 auf 1987 von 43 000 auf 37 000 festzustellen ist?

Rückgang also allenthalben und gleichzeitig im Inneren dieses dreigliedrigen Schulsystems eine gewaltige Verlagerung zu jenen Bildungsgängen und Abschlüssen, die mehr Lehrer, längere Verweilzeiten, eine intensivere Betreuung und auch höhere Gehälter erfordern!

- (B) Haben Sie das alles nicht registriert? Und meinen Sie nicht, daß man daraus auch Konsequenzen ziehen muß?

Deshalb ist ja so eigentümlich, in welcher Weise Sie hier auftreten. Die Art, in der Sie hier auftreten, läßt ganz übersehen, daß Ihnen Ihre Basis, diejenigen, die in Ihrer Partei genauso wie in unserer real Schulpolitik im Lande machen, längst weggelaufen ist. Oder wie erklären Sie sich, daß die kleinen Gemeinden, die in großen Schwierigkeiten sind, weil sie bei sinkenden Schülerzahlen natürlich nicht an die Stelle von bisher acht oder zwölf parallel bestehenden Schulen künftig noch vier oder sechs weiterbestehen haben werden, sondern wo nur eine vorhanden ist, wo möglicherweise zwei da waren, bei denen natürlich der Schülerrückgang auch die Existenz der einzigen verbleibenden Schule am Ort erhebliche Probleme aufwirft, daß diese Gemeinden ein neues Nachdenken hervorbringen? Und eine Gemeinde, die auch 120 Schüler in einem Jahrgang hat, die alle gleich alt sind und bei der die Herrschaften nur auf die 20 Schüler schauen, die in der Hauptschule

bleiben, die versäumt, daß sie auch eine Verantwortung für jene 80 oder 100 hat, die die Realschule oder das Gymnasium besuchen und dazu einen weiteren Schulweg in den nächsten oder übernächsten Ort in Kauf nehmen. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Während Sie darüber hinwegsehen wollen und während Sie hier auftreten, als ob es im ganzen Lande daraufhin keine organisatorischen Veränderungen geben müßte,

(Frey (SPD): Denen ist es doch egal!)

beginnen die mit dem Nachdenken und überlegen sich, was da gemacht werden sollte.

Das ist der Hintergrund dessen, was die "Rödinghauser Erklärung" genannt wird, wo kleine Gemeinden zusammengekommen sind und genau diese Problematik erörtert und für sich entschieden haben. Jedenfalls haben sie dafür bedenkenswerte Vorschläge gemacht.

Es ist eigentlich sehr bedauerlich, daß da die CDU, die ja nun wirklich registrieren muß, daß die meisten der kleinen Gemeinden CDU-Mehrheiten im Rat haben, so etwas nicht landesweit aufnimmt. Oder vielleicht doch? Vielleicht gibt es hoffnungsvolle Ansätze. So hat in den letzten Tagen der Städte- und Gemeindebund, der kommunale Spitzenverband, der genau diesen Bereich vertritt, ein sehr bemerkenswertes Papier versandt, (D)

(Zustimmung bei der SPD)

welches genau darauf abzielt, daß man sich bitte schön unter solchen Verhältnissen, wie ich sie eben beschrieben habe, wie sie auch der Städte- und Gemeindebund beschreibt, daranmachen müßte, ein leistungsstarkes, in Parallelklassen geordnetes System von Schulen zu organisieren.

(Schaufuß (SPD): Das war einstimmig!)

Sie unterbreiten uns sogar Vorschläge für Gesetzesänderungen, schlagen als allererstes additive und kooperative Schulen vor und schlagen uns vor, daß wir die Errichtung und Aufrechterhaltung kleiner Gesamtschulen erleichtern sollen. Sie legen uns Vorschläge für Gesetzesänderungen vor - das entspricht nicht Ihrem Kram mit der Aufrechterhaltung der letzten Hauptschule, auch wenn die Klasse unter die Mindestzügigkeit sinkt!

Die Kommunen sind viel vernünftiger als das, mit dem Sie hier aufwarten.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Dammeyer (SPD))

(A) Meine Damen und Herren, das möchten wir natürlich auch für die weiteren Beratungen aufnehmen. Das ist eine der nicht ganz unbedeutenden Angelegenheiten, bei denen wir wirklich meinen, daß man da einen Dialog führen müsse, bei dem man sich überlegen kann, welche der vorgeschlagenen Lösungen denn die richtigen sind, bei dem man nicht von vornherein die eine oder andere Lösung ausgrenzt. Freilich ist davon bislang die Diskussion in der Konfrontation zwischen Ihnen und uns nicht geprägt gewesen. Ich möchte Sie wirklich einladen, aus dem pragmatischen Sachverstand der Kommunen, insonderheit der kleinen Kommunen, zu lernen. Denen stehen die Sorgen viel näher als die eigentümlichen Orientierungen an den gymnasialen Vorstellungen, die wahrscheinlich in der CDU-Fraktion weiterhin noch vorherrschen.

Meine Damen und Herren, man muß sehr ernst nehmen, wie in unserem Lande sich die Schülerströme entwickelt haben. Wenn immer mehr Eltern die Entscheidung treffen, ihre Kinder in Bildungsgänge zu schicken, in denen sie auch höhere Abschlüsse erwerben können, dann ist das ein sehr gewichtiger Faktor. Ich möchte gern das aufnehmen, was Herr Reul hier auch wieder eingeführt hat, nämlich die Umfrage der IHK vom vorigen Jahr. Sie wissen doch nun wirklich alle, daß Leute befragt worden sind, die von ihrem Lebensalter her keine Erfahrungen mit den Schulen haben und wegen ihres Wohnsitzes keine Erfahrungen mit den nordrhein-westfälischen Schulen haben, daß mit anderen Worten uninformierte Leute über ihre Vorurteile befragt worden sind. Sie wundern sich darüber, daß diese Vorurteile in Ihr Geschäft passen.

(B)

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Es kommt aber noch viel schärfer. Herr Reul verschickt jetzt eine Umfrage der Handwerkskammern in Nordrhein-Westfalen. Er hat überhaupt so eigentümliche Schreibgewohnheiten, aber nun gut!

(Reul (CDU): Informationen!)

In dieser Umfrage steht - das lobt er -, daß 49 % der Handwerksbetriebe erklärt hätten, daß sie als einen Lehrling, als einen Auszubildenden, jemanden nehmen wollen, der die Hauptschule absolviert hat. Ich lese daraus, meine Damen und Herren, daß 51 %, also die Hälfte, aller Handwerksbetriebe keinen nehmen wollten, der aus einer Hauptschule kommt. Das ist die eigentlich interessante Zahl. Sie erzählen uns ja, daß man deshalb

an dem dreigliedrigen Schulsystem festhalten müßte, weil es unterschiedliche Sorten von Begabung gäbe. Der Hauptschule weisen Sie eine hauptschulgemäße Begabung, oder, wie es in Ihren Papieren zu Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre hieß, eine praktische Begabung zu. Ich weiß zwar nicht, woher Sie das wissen und wie Sie dies feststellen wollen; aber Sie tun das ja. Das müßte ja heißen, daß diese praktischen Bereiche wie das Handwerk sich genau nach denen die Finger lecken würden. Aus genau den Umfragen, die Sie selber verschicken, geht hervor, daß sie das nicht tun.

(C)

Man kann das noch weiter verschärfen. Die Bundesregierung hat den Bundesbildungsbericht vorgelegt. In ihm beschäftigt sie sich zum ersten Mal ausführlich auch mit der zweiten Schwelle, mit dem Übergang derjenigen, die eine Berufsausbildung absolviert haben und sich um einen Arbeitsplatz bemühen. Die Bundesregierung stellt in diesem Bundesbildungsbericht fest, daß bundesweit zwei Drittel derjenigen, die nach Abschluß ihrer Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz finden, aus der Hauptschule kommen. Das ist doch der Beleg dafür, daß die Wirtschaft, die sich nach den praktisch Begabten angeblich die Finger leckt, diese gar nicht haben will.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es auch bedeutungsvoll, daß man sich überlegt, in welcher Weise man für die Kinder Schulen richtig organisiert, wie man das richtig in Verbindung bringt, daß es eine umfassende Ausbildung gibt, daß man nicht frühzeitig Bildungswege festlegt und Lebenswegentscheidungen trifft, daß man daraufhin auch die Möglichkeit gibt, daß die Kinder tatsächlich zwischen den Fächern eine Auswahl haben und dabei auch umsteigen können. Das leistet weder strukturell noch im Hinblick auf die Lehrpläne das dreigliedrige Schulsystem.

(D)

Hier kommen wir wieder darauf zurück, daß wir uns, wie es auch der Städte- und Gemeindebund uns vorschlägt, über Gesamtschule unterhalten müssen, und zwar nicht nur hinsichtlich der schulentwicklungsplanerischen Perspektiven und der Überlegungen, die in den Gemeinden anzustellen sind, sondern auch wegen der inhaltlichen und der inneren Orientierung. Gerade weil wir wollen, daß Kinder mit allen Fächern umfassend vertraut gemacht werden, gerade weil wir wollen, daß sie entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert werden und die Möglichkeit erhalten müssen, in den verschiedenen Leistungsniveaus umzusteigen, deshalb treten wir dafür ein, ausschließlich aus Gründen der inneren Schulreform.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren! Gemessen daran ist natürlich die Schwierigkeit, mit der sich das Land Nordrhein-Westfalen finanziell herumschlagen muß, keine ganz unbedeutende Angelegenheit. Wir geben sehr viel Geld für diesen Bereich aus. Die Lehrergehälter sind zum einen nicht klein, und zum anderen sind sehr viele Lehrer beschäftigt. Es sind jetzt doppelt so viel, als 1966 beschäftigt waren, als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben. Und es gibt jetzt exakt gleich viele Schüler, als es 1966 gab! Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die Verhältnisse von 1966 können uns weder Maßstab noch Ansporn sein.

(Zustimmung des Abg. Aigner (SPD))

Wir sind stolz darauf, daß wir eine Reihe von Veränderungen zustande gebracht haben. Diese Veränderungen sind alle im Interesse der auszubildenden Jugend gewesen; sie haben alle dazu beigetragen, daß wir bessere und leistungsfähigere Schulen haben, und sie haben natürlich auch die Grundlage dafür gelegt, daß immer mehr Kinder aus den kürzeren in die längeren Bildungsgänge umgestiegen sind. Insofern ist natürlich statistisch nicht ein Schüler als ein Schüler zu zählen. Das ist ganz selbstverständlich. Nur, genau diese Veränderungen reklamieren wir doch für uns als Ergebnis unserer Bildungspolitik, die wir in allen Einzelfällen gegen Ihre Stimmen hier haben beschließen müssen - gegen Ihre Stimmen!

- (B) (Zustimmung des Abg. Heidtmann (SPD))

Die Qualifizierung der Hauptschule, die Einführung des 10. Schuljahres, die zehnjährige Schulpflicht, die Orientierung auf all diese Prinzipien - das alles war doch etwas, was wir genau in diese Richtung organisiert haben.

Deshalb kann ich nur eines sagen: Da mögen Sie, Herr Reul, zwar die einzelnen Punkte herausnehmen und so tun, als ob der Ministerpräsident da ein besonderes Maß an Betroffenheit zeigen müßte. Dieser Ministerpräsident hat tatsächlich dafür einstehen können, daß bildungspolitisch die Verhältnisse in unserem Land besser geworden sind. Wir legen schon Wert darauf, daß das auch weiter so gehen wird; denn, das ist schon wichtig: Sozial bleiben, damit das Menschliche nicht stirbt. Zu diesem Menschlichen reklamieren wir eben jene inneren Formen der schulischen Organisation: die Lehrpläne, bei denen wir die Beratung auf einen guten Weg gebracht haben, soweit wir sie nicht, wie bei den Grundschulen, schon ordentlich organisiert haben; die Orientierung am sozialen Lernen,

was insonderheit mit der Gesamtschule verbunden ist, woran mittlerweile auch alle anderen Schulen selbstverständlich Anteil nehmen und wovon sie profitieren; die Prinzipien der Öffnung der Schulen, daß sich die Schule nicht allein auf Fächer und Fachwissen konzentriert, sondern daß sie ernst nimmt, was an gesellschaftlichen Entwicklungen um sie herum vorgeht. All das, meine Damen und Herren, nehmen wir ernst.

Wir nehmen auch die Elternentscheidung ernst: daß Eltern für ihre kostbaren Kinder ganz selbstverständlich jeweils ihre Entscheidung treffen können, die wir auch zu respektieren haben und bei denen wir jedenfalls keine repressiven Maßnahmen zu erheben haben.

Deshalb ist das nicht nur eine gute Bilanz der Bildungspolitik. Es ist ein Flop, daß Sie der Meinung sind, die Landesregierung auf diesem Felde wirkungsvoll attackieren zu können; da irren Sie sich halt. Aber vor allen Dingen hat unser Land eine gute Perspektive, weil wir mit den bildungspolitischen Vorhaben, mit den Dingen, die wir in Gang gebracht haben, mit den organisatorischen Fragen, die sich um den Begriff "Kollegeschule" ranken, mit den organisatorischen Fragen, die sich um die Auseinandersetzung zwischen Gesamtschule und dreigliedrigem Schulsystem ranken, aber gerade auch mit den inhaltlichen und den inneren Fragen, wirklich auf dem Weg zu einer humanen Schule sind.

Wir sind es, die diese Prinzipien organisieren, die damit auch selbstbewußt vor die Bürger treten. Wir gehen auch davon aus, daß das, was wir das letzte Mal feststellen konnten, auch beim nächsten Mal zutreffen wird: Wir werden Mehrheiten damit bekommen; wir werden sie freilich vor allem dadurch bekommen, daß wir für unsere Position auch selbstbewußt eintreten und den Bürgern sagen, was wir in nächster Zeit vorhaben. Das kann nicht damit abgetan sein, daß wir etwas verschweigen. Ganz im Gegenteil! Über das, was wir vorhaben, und über das, was wir bislang gemacht haben, läßt sich ganz offen, selbstbewußt und zukunftsorientiert reden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU das Wort.

(C)

(D)

(A) Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch für die Wissenschaftspolitik gilt das, was für die Kohlepolitik gilt. Ich frage: Sind wir alle - ich betone: wir alle - eigentlich noch zur Wahrheit hier fähig? Das Szenario ist erschreckend. Die Situation ist dramatisch und frustrierend zugleich, Frau Brunn: auf der einen Seite aus allen Nähten platzende Hochschulen in unserem Lande, Rekordzuwächse bei den Studienanfänger- und Studentenzahlen, eklatante Engpässe bei den Personal- und Sachmitteln, im Chaos steckende und vor dem Kollaps stehende Fachbereiche und trotz dessen Übermenschliches in Forschung, Entwicklung und Lehre leistende Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Studentinnen und Studenten. Auf der anderen Seite - ich muß es so bezeichnen - eine vor sich hin dümpelnde Landesregierung, eine Landesregierung, ein Ministerpräsident und eine Wissenschaftsministerin, die die Realitäten in Nordrhein-Westfalen vollkommen außer acht lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Ministerpräsident, der damit mindestens die zweite Studentennachkriegsgeneration für seine Perspektiven- und Konzeptionslosigkeit im wissenschaftspolitischen Bereich die Zeche zahlen läßt. Herr Ministerpräsident, Sie waren doch auch lange Zeit Wissenschaftsminister. Begreifen Sie denn das nicht mehr? Warum nutzen Sie denn die Möglichkeiten, die Sie haben, nämlich Ihre Richtlinienkompetenz, nicht aus?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ist es Ihnen eigentlich, Herr Rau, vollkommen unmöglich, für Ihr politisches Handeln das anzunehmen, was die Rektoren der Hochschulen Ihnen sagen? Ist Ihnen deren Meinung nur soviel wert, daß Sie die Zuschriften, die Sie erhalten, in den Papierkorb werfen?

Was ist eigentlich von einem solchen Ministerpräsidenten und seiner Wissenschaftsministerin zu halten, die nicht einmal in der Lage sind, ein mit unseren Hochschulen abgestimmtes Gesamtstrukturkonzept der Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen vorzulegen, die die Bedeutung der Geisteswissenschaften in unserem Land auf die Frage "Wieviel Lehrer will eigentlich der Finanzminister einstellen?" reduzieren und die dann darüber hinausgehende Kapazitäten im geisteswissenschaftlichen Bereich einfach wegradieren, die einen Stellenpool bilden, in dem unsere Geisteswissenschaften baden gehen, die die personellen Kapazitäten der Geisteswissenschaften in unserem Land als

Steinbruch mißbrauchen wollen und schon feste dabei sind, dieses zu tun? (C)

Herr Ministerpräsident, wollen Sie wirklich die Kulturwissenschaften aus unseren Hochschulen heraustreiben und zum andern mit mehrfachem Millionenaufwand ein Kulturwissenschaftliches Institut betreiben? Wollen Sie wirklich künftig Kultur betreiben lassen durch weisungsgebundene Beamte/Wissenschaftler in regierungstreuen Hausforschungsinstituten? Ich betone: Hausforschungsinstitut; denn die Rechtskonstruktion des Kulturwissenschaftlichen Instituts ist gleich der einer nachgeordneten Behörde, gleich der eines Finanzamts zum Beispiel.

Was ist eigentlich von dieser Landesregierung zu halten, die einen derartigen Frontalangriff auf die Freiheit der Wissenschaft fährt? Im übrigen, meine Damen und Herren, auch das geplante und zum Teil ja bereits installierte Wissenschaftszentrum wird nicht umsonst unter Kennern der Materie "Dr. h. c. Rau Hausinstitut" genannt.

Was ist eigentlich von einer Regierung Rau zu halten, die in den vergangenen zwei Jahren, zuletzt mit der autoritär diktierten eigenen Folgerung aus der sogenannten aufgabenkritischen Überprüfung des Stellenbestandes, sich Amputationswerkzeuge hat bereitlegen lassen, die sie jetzt rigoros einsetzt, die von Hochschulautonomie redet und würgende Bürokratie praktiziert,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

die 2001 - sich aber nur auf 1991 festlegend - in prächtigen Farben malt und 1988 und 1989 mit ihren akuten Problemen ganz einfach ignoriert?

(Beifall bei der CDU)

Herr Rau, hier handelt es sich um Menschen, die die Folgen Ihrer Politik zu tragen haben. Herr Rau, Frau Brunn, die Menschen in unserem Land benötigen nicht Antworten auf nicht gestellte Fragen, sondern sie haben ein Recht und einen Anspruch auf Antworten und Taten zur Lösung der Probleme auch von heute.

(Beifall bei der CDU)

Die Fragen, die Sie zu beantworten haben, Frau Brunn und auch Herr Rau, das sind die Fragen der über 20 000 Studierenden - Studentinnen und Studenten -, die hier demonstriert haben. Das sind die Fragen, die Sie zu beantworten haben.

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Die Fragen, die Sie zu beantworten haben, stehen auch in den unzähligen Landtagszuschriften, die Sie genauso bekommen, wie wir sie bekommen. Das sind die Fragen, die Sie zu beantworten haben.

Aber was Herr Rau bis heute getan hat, hat in der Tat nichts mit "die Gegenwart meistern, um die Zukunft zu sichern" zu tun. Das hat überhaupt gar nichts damit zu tun. Herr Rau setzt mit dieser Art, Politik zu betreiben - das ist ihm von meinen Vorrednern, dankenswerterweise auch von Herrn Schultz-Tornau ausdrücklich gesagt worden -, die Zukunft unseres Landes aufs Spiel.

(Zustimmung bei der CDU)

Was ist eigentlich von einem Ministerpräsidenten und seiner Wissenschaftsministerin zu halten, die unter dem Deckmäntelchen "Strukturpolitik im Hochschulbereich" jetzt freierwerbende Stellen nach dem Zufallsprinzip einkassiert - ich bin Herrn Schultz-Tornau für das Beispiel, das er gebracht hat, dankbar, es ist nämlich eindeutig -, um sie dann in den bevorstehenden Wahlkampfjahren so freihändig durch Frau Brunn wieder verteilen zu lassen - sicherlich mit großem publizistischem Aufwand -, nach dorthin zu verteilen, wo für die Landesregierung der optisch günstigste Effekt zu erzielen ist?

- (B) Was ist eigentlich von dieser Regierung Rau zu halten, die unter vollkommen falsch verstandenem Elitebegriff diesen stets - auch verbal - bekämpft, jedoch knallhart und eiskalt einen Ausleseprozeß bei den Studentinnen und Studenten der Geistes- und Kulturwissenschaften durch die Hintertür vornimmt,

(Zustimmung bei der CDU)

die einen knallharten und eiskalten Ausleseprozeß vornimmt, indem sie ihnen die Studienbedingungen mit dem Ziel, sie aus diesen Studiengängen herauszuekeln, vermiest?

(Apostel (SPD): BAföG streichen, Herr Kollege!)

- Das ist doch ein ganz anderes Thema, Herr Apostel.

(Eichhorn (SPD): Hör doch auf! - Unruhe bei der SPD)

Sie werfen immer Dinge durcheinander. Wenn es nach Ihnen ginge, wenn Ihre Aussagen richtig wären, dann dürften wir schon gar keine Studenten mehr haben, "weil Bonn kein BAföG bezahlt". Merken Sie eigentlich, wie

widersinnig das ist, was Sie immer dazwischenrufen? (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Ich würde einfach sagen: Erst nachdenken, dann reden, da kommt manchmal etwas Besseres bei herum.

(Apostel (SPD): Herr Professor!)

Was ist eigentlich von einer Regierung zu halten, die stets behauptet, jeder der studieren will, kann dieses in unserem Lande, die aber offenkundig die Studentinnen und Studenten zu eliminieren gedenkt, die nicht das studieren, was die Landesregierung will, und vor allen Dingen nicht, wo die Landesregierung will, und die ihnen darüber hinaus in einem nicht zu überbietendem Zynismus auch noch sagt: Das tue ich doch für Euer Wohl, denn Ihr habt ja "Berufseinmündungsschwierigkeiten"? Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Was ist von einer Regierung zu halten, die einen seriös finanzierten Vorschlag der CDU zur Inkraftsetzung eines Notprogramms - fünf Jahre, jedes Jahr 50 Millionen DM für unsere Hochschulen, für die Bildung und Ausbildung unserer Studentinnen und Studenten - ablehnt, einen Vorschlag, der nicht nur den finanziellen Aspekt - das habe ich im Ausschuß eindringlich und ausführlich gesagt - seriös regelt, sondern der auch die Vergabemodalitäten der Gelder den akuten Problemen anpaßt? (D)

Meine Damen und Herren! Eine Landesregierung wie die Regierung Rau, deren Taten diametral zu ihren Worten stehen, ist eine Zumutung für unser Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Wickel von der Fraktion der F.D.P.

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht nehmen Sie es mir ab, daß ich mich bei meiner bekanntermaßen angeborenen Zurückhaltung schlecht als Darsteller in einem Trauerspiel eigne. Dieser ganze Haushalt ist ein Trauerspiel, und der Einzelplan 05 ist ein besonderer Trauerakt in diesem Trauerspiel.

(Zuruf des Abg. Heidtmann (SPD))

Die Handlung ist bedrückend, und die sie tragenden Hauptdarsteller bieten weniger als Mittelmaß. Damit keiner der Hauptdarsteller

(Wickel (F.D.P.))

- (A) und der Betroffenen seine Leistungen zeigen kann, versucht die Regie - sprich Landesregierung, SPD-Mehrheitsfraktion - mit steigender Tendenz immer weitere inhaltliche und äußerliche Nivellierungen.

Das Nivellieren, das Gleichmachen, ist die tragende Regieanweisung Ihrer Inszenierung, meine Damen und Herren von der SPD. Ich mache mir hier ein Zitat Carl-Friedrich von Weizsäckers zu eigen, das wie folgt lautet:

Es gibt halt Unterschiede. Die Forderung nach Gleichheit ist Ausdruck starker Gefühle, aber nicht klarer Gedanken.

Was spielt sich in diesem Akt Einzelplan 05 alles ab? Da tritt die Weinbaugenossenschaft des Arbeitskreises 13 der SPD-Fraktion auf und füllt gepanschten Wein in toll etikettierte Flaschen. Da ist der Kultusminister der Vertriebsleiter dieser Genossenschaft und wundert sich über abnehmende Akzeptanz, zunehmende Proteste der Abnehmer, die seine Monopolprodukte trinken sollen. Da stimmt weder der Inhalt noch das Vertriebsnetz dieser Genossenschaft.

Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren?

(Dr. Dammeyer (SPD): Die Frage ist berechtigt!)

- (B) Wer heute Gesamtschulen gründet, die nicht 6-zügig, Herr Kollege Dr. Dammeyer, und mit einem großen Anmeldeüberhang zustande kommen, betrügt Eltern, Schüler und die Idee dieser Schulform. Nur aus großen Anmeldeüberhängen können die unterschiedlichen Begabungsstrukturen im Drittelverhältnis von Haupt-, und Real- und Gymnasialschülern gefunden werden, die dieses integrierte Prinzip eben voraussetzt.

Was geschieht tatsächlich landauf, landab? Die Anmeldezahlen erreichen mit Krampf und Nachhilfe gerade 112 Schüler oder sogar weniger, und der Schüleranteil besteht zu 90 Prozent, Herr Ministerpräsident, aus Hauptschülerpotential. Das ist der Etikettenschwindel, meine Damen und Herren, Verrat und auch Betrug an allen Betroffenen. Was fällt dem Kultusminister ein? Er will als Vertriebsleiter mit den Kunden im Lande sprechen - nicht über den Inhalt der Flaschen, meine Damen und Herren, sondern über das Etikett, und zwar das falsche Etikett.

Dabei krankt nicht nur die Sorte Gesamtschule. Die Sorte Sonderschule verkommt unter mangelnder Pflege. Da sind 20 bis

- 40 Prozent der Inhaltsstoffe bei Überprüfung nicht nachweisbar, sie fallen in der Pflegepraxis aus, obwohl die Genossenschaft behauptet, daß diese Sorte ihr ein besonderes Herzensanliegen sei. (C)

Die Sorte Grundschulen ist durch geringfügig steigende Schülerzahlen, aber sinkende Lehrerzahlen und größere Klassen gekennzeichnet.

Die Sorte Realschule läuft durch ihre Qualität noch ohne Unterstützung der Genossenschaft, soll aber im Laufe der nächsten Jahre im Vertrieb auf kleinere Mengen zurückgenommen werden.

Die Sorte Gymnasium entspricht in ihrer Richtung noch voll dem Zeitgeschmack und hat hohe Umsätze. Also unterstützt hier die Genossenschaft auch nicht.

Die Sorte Berufsschule wird im dringendsten Bedarf gedeckt. Versorgungslücken für die nächsten Jahre nehmen beängstigende Ausmaße an. Was tut die Genossenschaft? Sie wartet ab.

Hätten wir hier kein Monopolunternehmen, diese Firma, diese Genossenschaft wäre bereits vom Markt verschwunden.

Kehren wir zur normalen Sprache des Haushalts zurück! Was waren unsere Anträge zu diesem Haushalt? Erstens: Die Neueinstellung von 100 Sonderschullehrern, um dem dringendsten Bedarf zu genügen. Was tat die SPD-Mehrheit? Sie hat abgelehnt. (D)

(Zurufe von der SPD)

Zweitens: Die Erhöhung der Stellenreserve von vier auf sieben Prozent. Meine Damen und Herren, dabei waren wir uns der Problematik voll bewußt. Denn die Lehrer sind ja da; sie werden dadurch ja nicht gebacken. Aber wir sahen hierin eine erste mittelfristige Maßnahme, um die einzelnen Kapitel von kw-Beschwerden zu entlasten. Denn es wurde uns bestätigt, daß diese Erhöhung insgesamt 3200 kw-Stellen betroffen hätte. Was macht die SPD-Mehrheitsfraktion? Sie lehnt ab.

Unser dritter Antrag war die Umschichtung von 1,35 Millionen DM aus der Förderung von Freizeitinitiativen und Initiativen zwischen Arbeit und Ruhestand in ein zusätzliches Weiterbildungsprojekt, um damit Modellversuche unter Beteiligung des Bundes im Bereich der beruflichen Weiterbildung zu erreichen. Dies hätte die Bereitstellung von 1,35 Millionen DM zusätzlicher Bundesmittel

(Wickel (F.D.P.))

- (A) ermöglicht, also das Doppelte an Möglichkeiten ergeben. Was macht die SPD-Mehrheitsfraktion? Sie lehnt ab. Dabei hatten wir, meine Damen und Herren, für alle diese Anträge im Rahmen unserer Verantwortung auch die entsprechenden Deckungsvorschläge gemacht.

Das zum Haushalt, und nun zur Verantwortung der Regierung und der sie tragenden SPD-Mehrheit! Was, meine Damen und Herren, sind die weiteren Fakten? Die Unterrichtsausfälle an unseren Schulen sind hoch. Sie nehmen zu. Eine Änderung oder Besserung ist nicht erkennbar. Die Landesregierung verbleibt bei ihren verhängnisvollen Schulschließungen bzw. ihrer Umgründungspolitik. Es werden zuwenig Lehrerneueinstellungen vorgenommen. 100 Lehrer für Aussiedler sind zuwenig.

Aber die SPD beschloß 80 Sozialpädagogen zusätzlich für die Gesamtschulen. Meine Damen und Herren, hier werden nach unserer Auffassung Steuergelder einfach nicht richtig eingesetzt. Bei zurückgehenden Schülerzahlen, insbesondere im Bereich der Sekundarstufe I, und bei Schulraumüberhang waren in den vergangenen Haushalten und sind in diesem Haushalt über 42 % aller Mittel für Umbauten und Erweiterungsbauten eingesetzt, die nur notwendig werden, weil die Zahl der Gesamtschulen künstlich vermehrt wird.

(Zuruf von der SPD: Wieso künstlich?)

- (B) Wenn Sie sehen, daß die SPD-Fraktion - Dr. Dammeyer berief sich ja eben darauf - Neueinstellungen für Aussiedlerkinder vorgenommen hat, aber gleichzeitig die Mittel für die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern ausländischer Schüler um 300 000 DM - das sind fast 25 % des gesamten Titels - kürzt, dann muß man sie einfach auf diesen Widerspruch hinweisen.

Dann haben wir als Zweites das Kuriosum, daß im Haushalt 150 000 DM für Öffentlichkeitsarbeit stehen. Titel: "Die Grundschule in Nordrhein-Westfalen - ein Nachdruck für Viertkläßler". Meine Damen und Herren, die gehen doch weg. Ich frage Sie: Wozu brauchen die denn noch ein neues Öffentlichkeitspapier über die Grundschule?

Dann gibt es die "Kosten zur Durchführung von Gesamtschulseminaren". Meine Damen und Herren, nur für diese Schulform gibt es das. Hier kommt auch wieder eine Gesamtsumme von 70 000 DM zusammen. Da werden Gutachten im Bereich der Bildungsplanung und Schulentwicklungsplanung vorgesehen, deren Wissenschaftlichkeit zumindest umstritten ist. Da werden keine Reisekostenvergütungen für

- (C) Dienstreisen, da werden keine Zahlungen mehr geleistet, daß Klassenfahrten durchgeführt werden können.

Und, meine Damen und Herren, was geschieht weiter? Es werden Tarifverträge auf Arbeitszeitverkürzung für Lehrer geschlossen, und zwar im Bewußtsein der Fakten geschlossen, aber ihre Umsetzung wird nicht eingehalten. Da muß man sich doch einmal wirklich fragen: Wie hängt das alles zusammen? Auf der einen Seite steht der Kollege Dammeyer hier und sagt: Wir haben die Zukunft in der Hand. Ich sage Ihnen: Wenn Sie nicht ganz fein aufpassen, kriegen Sie sie nie. Auf der anderen Seite diese Widersprüche, wie ich sie Ihnen vorgetragen haben. Dies alles, nachdem eben die Politik der Bundesregierung, Herr Dr. Dammeyer, diesem Land zusätzliche Milliarden förmlich in die Kassen geschaufelt hat.

(Dr. Dammeyer und Heidtmann (SPD):
Hört, hört!)

Wie klang das noch vor Jahresfrist, Herr Kollege? Wie klang das noch vor Jahresfrist? Da konnten wir ja an den Tränen ersaufen, die Sie in diesem Landtag heulten, welche Mindereinnahmen Sie hätten,

(Zustimmung bei der CDU)

weil die Regierungspolitik nicht richtig wäre. Wie ist es jetzt? Kein Wort mehr. Husch, husch. Kleiner Nebensatz: Diese Landesregierung war so gut. Diese Landesregierung war gar nicht so gut. In Bonn ist die Wirtschaftspolitik gemacht worden. Sie hat das Geld gebracht, von dem Sie heute hier praktisch wieder in die Vollen hineingreifen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abg.
Dr. Heugel und Dr. Dammeyer (SPD))

Wie klang das noch vor Jahresfrist mit der Steuerreform? "Wir werden arm." Sie müssen sich doch die Armut immer bei anderen leihen. Egal, in welcher politischen Frage Sie auftreten - die Armut leihen Sie sich bei anderen, weil Sie selber nämlich nicht mehr arm sind, weil Sie zum Teil sogar "dicke drin" sind.

Meine Damen und Herren, wenn man die Dinge zusammengefaßt und auf sich wirken läßt, dann muß einem doch ein bißchen Sorge ankommen, wie es weitergehen soll. Es ist sicherlich der Schulbereich, zu dem der Ministerpräsident sich noch nie geäußert hat. Zur Kohle habe ich ihn schon öfter gehört. Aber die ganzen Fakten, die wir haben - Unterrichtsausfall, Lehrermangel, alles das,

(Wickel (F.D.P.))

- (A) was an unseren Schulen geschieht -: Herr Rau schweigt. Da möchten wir einmal in einer Regierungserklärung etwas darüber hören, wo es in den kommenden Jahren langgeht - nicht erst im Jahre 1990, wenn dann Wahlkampf ist und man sagt: Wenn wir noch mal drankommen, machen wir alles besser. Meine Damen und Herren, Sie haben heute die Chance, mit Ihrer absoluten Mehrheit alles in Ordnung zu bringen. Seit Jahren schaffen Sie das nicht. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wäre heute Nikolaustag, dann müßte der Nikolaus fragen: Johannes, Johannes, wo hast du unsere Milliarden gelassen? Und Knecht Ruprecht müßte Sie als die Mehrheitsfraktion mit der Rute aus dem Saal jagen.

(Heiterkeit - Beifall bei F.D.P. und CDU - Dr. Dammeyer (SPD): Neun Jahre nach Christi Geburt sagte das Nikolaus zu Varus! So rauscht er durch die Geschichte! - Weitere Zurufe)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Den Nikolaus vertagen wir auf das nächste Jahr.

(Heiterkeit)

Für die Fraktion der SPD erteile ich nun Herrn Abg. Kniola das Wort. Bitte sehr!

- (B) Kniola (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sicherlich sind wir alle uns darüber einig, daß auch die jetzige Studentengeneration keine schlechteren Studienthancen als die Generationen vor und nach ihr haben darf. Das Land Nordrhein-Westfalen hat ja auf den jetzt feststellbaren erneuten Zuwachs der Studienanfängerzahlen sachgerecht reagiert. Die Landesregierung hat die Mittel für das Programm Notzuschlag auf Zeit um über 10 Millionen DM erhöht. Damit hat allein Nordrhein-Westfalen in der Summe mehr Notzuschlagsmittel ausgegeben als alle übrigen Bundesländer zusammen.

(Beifall des Abg. Trinius (SPD))

Die SPD-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen an dem Haushaltsentwurf noch einige weitere Veränderungen vorgenommen, die ebenfalls dazu dienen, die Situation an den Hochschulen zu verbessern. Ich will aus einem größeren Katalog nur zwei Punkte nennen: die Erhöhung der Graduiertenförderung um 1 Million DM und einen Mehrbetrag von 5 Millionen DM für die Forschungsförderung.

- (C) Anders als es Herr Kollege Schultz-Tornau vorhin ausgeführt hat, gibt es beim Bund bisher ja nichts als leere Worte. Die Hochschulen werden von Bundesbildungsminister Möllemann mit ihren Problemen doch völlig allein gelassen.

(Dorn (F.D.P.): Dummes Zeug! - Weitere Zurufe von der F.P.D.)

- Ist ja gar nicht wahr! Es steht nicht ein Pfennig im Bundeshaushalt; der ist ja beschlössen. Diese Milliarde, von der stets getönt wird, hat doch keinen realen finanziellen Hintergrund.

Ausdrücklich begrüßt meine Fraktion den Beschluß der KMK zu diesem Überlastprogramm von Bund und Ländern gemeinsam und weiter, daß die Landesregierung ihrerseits dazu erklärt hat, daß sie bereit ist, den erforderlichen Landesanteil zusätzlich zu erbringen. Nur mit Ankündigungen aus Bonn ist den Studenten nicht geholfen. Es müßten endlich einmal das Auftreten in den Medien und die Durchsetzung in Finanzfragen bei Herrn Möllemann gleiche Größen erreichen.

Aber - wir haben es ja gerade in der Debatte erlebt - nicht nur die allgemeine Überlast ist Gegenstand der öffentlichen und auch der parlamentarischen Auseinandersetzung. Bei dieser allgemeinen Überlast muß man immer bedenken, daß gerade in den stark nachgefragten Studiengängen BWL und Informatik Nordrhein-Westfalen weit über seinen Anteil hinaus Studienanfänger aus anderen Bundesländern aufnehmen muß und natürlich auch aufnimmt.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rohde?

Kniola (SPD): Nein, nach seinem Betragen heute morgen nicht.

(Heiterkeit - Dr. Rohde (F.D.P.): Mit der roten Brille! - Weitere Zurufe)

Ja, ich sage das ganz deutlich.

(Weitere Zurufe - Dorn (F.D.P.): Arroganz des Allwissenden!)

- Herr Dorn, Sie kommen gleich auch noch an die Reihe.

Nicht nur die allgemeine Überlast ist das Thema, sondern spezieller Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Verlagerung von 483 Stellen bis 1991, wobei die öffentliche Diskussion in starkem Maße von den belasten-

(Kniola (SPD))

- (A) ten Hochschulen angeführt wird, die begünstigten Hochschulen, also die Hochschulen, die im Saldo bei der Umschichtung gewinnen, aber leider schweigen.

Starke Worte prägen dabei die Diskussion. Es wird von "Zerschlagung der Geisteswissenschaften", vom Abbau philosophischer Fakultäten und ähnlichem gesprochen. Dazu muß man einige Fakten wissen: Im Wintersemester 1973/74 gab es in Nordrhein-Westfalen 37 000 Lehramtsstudenten. Ihre Zahl stieg auf ca. 51 000 im Wintersemester 1980/81. Entsprechend ist für diesen zusätzlichen Bedarf in der Lehrerausbildung das wissenschaftliche Personal im Bereich der Kulturwissenschaften - um den geht es hierbei ja - um 240 Stellen erhöht worden.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter!

Kniola (SPD): Lassen Sie mich eben den Gedanken zu Ende führen; dann gerne!

Jetzt haben wir ca. 31 000 Lehramtsstudenten. Im Rahmen der aufgabenkritischen Überprüfung werden 230 Stellen aus den Kulturwissenschaften abgezogen. Damit das klar ist: Dies sind nur 6,2 % der Stellen, die in diesem Bereich vorhanden sind. Da kann doch wohl ernsthaft niemand von Zerschlagung oder von Auflösung ganzer Fakultäten reden! - So, jetzt bitte!

- (B) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P.?

(Kniola (SPD): Selbstverständlich!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Das ist ja sehr gnädig, daß ich die Frage stellen darf.

(Kniola (SPD): Ich lasse generell Zwischenfragen zu; aber Sie werden verstehen, daß ich das in dem speziellen Fall nicht getan habe. - Dr. Rohde (F.D.P.): Sie machen das nach Gutsherrenart, nicht wahr? - Kniola (SPD): Herr Rohde, ich habe nicht Ihr Benehmen am Podium!)

Wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, Herr Kollege, dann können wir doch davon ausgehen, daß, wenn die Bundesregierung im Frühjahr beispielsweise einen Nachtragshaushalt vorlegt und zusätzliche Finanzmittel für den Hochschulbereich zur Verfügung stellt, nach Ihrer Auffassung dann die Landesregierung adäquat verfährt.

Kniola (SPD): Davon können Sie aus meiner Sicht ausgehen. Aber Ihre Frage hat einen Haken: das Wörtchen "wenn". Jetzt gibt es den Bundeshaushalt; er ist ja nun gerade verabschiedet worden.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Zunächst einmal habe ich das Wort, und ich lasse mir das auch nicht nehmen.

Erstens haben Sie gesagt: wenn es dazu kommt. Die Bundesregierung hätte ja die Gelegenheit gehabt, jetzt mit dem Bundeshaushalt, der sich gerade in der Beratung befinden hat, hierfür entsprechende Mittel einzubringen. Es hätte also dieser Zeitverzögerung überhaupt nicht bedurft. Das ist völlig klar.

Das nächste, was man dazu sagen muß: Ich habe immer noch eine gewisse Skepsis, ob das, was dann auch getan wird, in der Sache richtig ist; denn wenn ich von Herrn Möllemann gehört habe, daß er damit zum Beispiel Graduiertenkollegs fördern will, dann muß ich sagen: Das ist wohl nun das allerletzte, was wir in der jetzigen Zeit für die Studienanfänger gebrauchen können.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Fischer (CDU): Wir brauchen das für alle Studenten, nicht nur für die Anfänger!)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl?

(Kniola (SPD): Natürlich!)

- Bitte sehr!

Dr. Pohl (CDU): Herr Kollege Kniola, sollten Sie überlesen oder überhört haben, daß sich die Ministerpräsidenten in Hamburg vor einigen Tagen einstimmig zu dieser Konzeption von Herrn Möllemann bekannt haben und daß sie einstimmig die Durchführung dieser Konzeption befürworten? Ich weiß also gar nicht, woher Sie Ihre Skepsis nehmen.

(Frau Minister Brunn: Die Ministerpräsidenten haben gar nicht getagt!)

Kniola (SPD): Erstens meinen Sie die Kultusminister, die getagt haben; aber das will ich Ihnen gern nachsehen. Zweitens habe ich ja gesagt, daß es sogar einen Beschluß der Landesregierung gibt, in dem sie sagt: Ja, wohl, wir werden dafür auch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Aber die Grundaussage von seiten des Bundes ist doch noch gar nicht vorhanden. Sie unterstellen

(C)

(D)

(Kniola (SPD))

- (A) aber, daß das, was hier immer wieder von seiten des Bundes angekündigt wird, auch schon Realität wäre. Ich sage noch einmal klar und deutlich: Mit Ankündigungen ist in der jetzigen Situation den Studenten nicht geholfen!

(Beifall bei der SPD)

Vor den Überlastbeschlüssen der Ministerpräsidenten von 1977 - und diesmal waren es wirklich die Ministerpräsidenten - gab es in dem eben bereits zitierten Wintersemester 1973/74 im Bereich der Kulturwissenschaften 3,38 Studienanfänger auf einen Wissenschaftler; jetzt sind es 2,9 Studienanfänger pro Wissenschaftler. Das heißt: Das, was in der Öffentlichkeit immer so dargestellt wird, als wenn es einen unverhältnismäßig großen Zulauf in die Kulturwissenschaften hinein gäbe und als wenn dadurch diese Bereiche im Verhältnis zu den übrigen Bereichen exorbitant überbelastet wären, das ist angesichts der Zahlen einfach falsch!

Herr Schultz-Tornau, Sie haben hier aus Münster zitiert. Von dort hat uns ja auch der Rektor, Herr Prof. Eriksen, als Vorsitzender der LRK angeschrieben, und wir werden als Wissenschaftsausschuß - wir haben ja vereinbart, daß wir die LRK und die Hochschule insgesamt hören wollen - an die LRK und an die Hochschulen einige Fragen zu richten haben. Zum Beispiel die Frage: Welche Studiengänge sind auch nach den Kriterien des Wissenschaftsrates, auf die wir uns ja als Optimum verständigt hatten, unterausgelastet, und was haben denn die Hochschulen bisher an eigenen Maßnahmen unternommen, um Stellen von dort in die überlasteten Fächer zu verlagern? Das wäre ja mal interessant zu hören.

- (B) Und die zweite Frage: Welche Vorschläge gibt es denn von Seiten der Hochschulen, um bei einer gegebenen Haushaltssituation neue Studiengänge, neue Forschungsschwerpunkte, DFG-Absprachen, Berufungszusagen, Max-Planck-Vereinbarungen einzuhalten? Wo würden denn die Hochschulen die entsprechenden Stellen hernehmen?

Ich habe den Eindruck, daß hier immer nur mit dem Finger auf uns gezeigt wird und man sich gern der eigenen Verantwortung, obwohl man immer nach Autonomie so sehr ruft, entzieht, und zwar dann, wenn es einmal konkret wird. Aber vielleicht gibt es ja interessante Vorschläge, die wir dann einmal hören würden.

Aber: Für mich ist im Zusammenhang mit den Geisteswissenschaften noch eine andere Frage

viel wichtiger und interessanter: Welche Überlegungen gibt es eigentlich im Bereich der Hochschulen, vor allen Dingen der LRK, zum Erhalt der Geisteswissenschaften an allen 13 Hochschulstandorten in Nordrhein-Westfalen? Denn das wird auf längere Sicht gesehen die eigentlich interessante und spannende Frage sein: Wie kann die Konzentration auf wenige Standorte vermieden werden? Oder teilt die LRK, teilen die Hochschulen, die jetzt so sehr in der Öffentlichkeit auftreten, den Vorschlag des Germanisten Prof. Pütz aus Bonn, der ja als Sprecher der Germanisten dort aufgetreten ist und aus dem Standortegoismus von Bonn heraus die Schließung von zwei Hochschulen in NRW vorschlägt? Ich glaube, das kann nicht, auch nicht im Interesse der Geisteswissenschaften, die Politik des Landtages und der Landesregierung sein.

Insgesamt sind im Bereich der Kulturwissenschaften die Studienmöglichkeiten in NRW so, daß die Auslastung nach den Bestimmungen der KapVO unter 80 % liegt. Das Problem ist die unterschiedliche Konzentration auf Standorte. Dabei, um hier ein weiteres aufzugreifen, ist mir unverständlich, wie die Universität zu Köln die Aufhebung eines Orts-NC im Bereich der Germanistik beschließt, auch durchführt und sich dann anschließend beklagt, daß nun so viele Studienanfänger gekommen sind. Alles das hätte man doch vorher wissen müssen, bevor man so beschließt. Man kann doch nicht dann anschließend nach dem Staate rufen, wenn man selber Verursacher ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun lassen sie mich noch ein Letztes hier ansprechen. Herr Kollege Schultz-Tornau, Sie haben hier für die 75 Millionen argumentiert, die Sie beantragen. Ich habe mir die Liste der F.D.P.-Anträge angeschaut. Es ergibt sich dann folgendes: Sie schlagen Ausgaben-erhöhungen von 227 200 000 DM vor und Sie schlagen Kürzungen in Höhe von 6 945 000 DM vor. Das ergibt eine zusätzliche Ausgabe von 220 255 000 DM.

Sie schlagen 50 zusätzliche Stellen bei der Polizei vor

(Zuruf des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

- Sie brauchen ja nur Ihre Anträge zu addieren -, und Sie schlagen ungefähr 3 000 bis 4 000 zusätzliche Stellen im Bereich der Schulen vor - die natürlich nicht jetzt wirksam werden; das ist uns klar -, wenn Sie die entsprechende Stellenreserve erhöhen. Und dabei habe ich noch nicht ausgerechnet, was uns das im Bereich der Ersatzschulen kosten würde; das würde den Betrag auf jeden Fall noch einmal deutlich erhöhen.

(A) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter - -

Kniola (SPD): Nein!

(Tschoeltsch (F.D.P.): Sie vergessen, daß wir in den Fachausschüssen in allen Fällen Deckungsvorschläge vorgelegt haben, die Sie alle abgelehnt haben!
- Aigner (SPD): Unseriöse!)

- Herr Kollege Tschoeltsch, wenn die Deckungsvorschläge ernst wären,

(Tschoeltsch (F.D.P.): Wir versenden sie sogar!)

wenn sie sogar das Licht der Öffentlichkeit erblicken sollen, dann hätten Sie ja die Gelegenheit gehabt, sie hier in das Parlament einzubringen.

(Zurufe von der F.D.P.)

Im übrigen glaube ich nicht, daß es in Ordnung ist, solche Anträge zu stellen, die ich, weil keine Deckungsvorschläge vorliegen, nur als Schau bewerten kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Kollege Dorn, Sie haben bei der ersten Lesung ausgeführt - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

(B) Wir wollen mit unseren Initiativen erreichen, daß das Parlament seine Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber wirklich ernst nimmt, daß es verbindliche Vorhaben festschreibt, was die Rahmendaten der mittelfristigen Finanzplanung anbelangt. Insbesondere wollen wir die Neuverschuldung drastisch zurückführen.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Sie müssen doch unterstellen, daß die Bürger angesichts der Anträge, die Sie hier gestellt haben, wirklich noch eins und eins zusammenzählen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Brunn das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten gegenwärtig den Etat des Ministerpräsidenten. Eigentlich ist es ungewöhnlich, daß man sich in diesem Zusammenhang als Fachminister zu Wort meldet.

(Doppmeier (CDU): So ist es! - Zuruf des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

(C) Ich meine aber, es kann nicht angehen, daß Sie hier die Etatberatungen denaturieren, indem Sie Einzeletats zweimal beraten, und dann den Eindruck erwecken, als hätte man dazu nichts zu sagen.

Sie haben mit Recht das Ende der Bescheidenheit propagiert, Herr Schultz-Tornau; das nehme ich für mich in Anspruch. Ich meine, daß die Bescheidenheit des Landes Nordrhein-Westfalen da ein Ende hat, wo es darum geht, sein Licht von Leuten unter den Scheffel stellen zu lassen, die es tatsächlich besser wissen müßten. Ich kann überhaupt nicht einsehen, daß wir hier unsere Wissenschaftspolitik kaputtreden und unser Land armreden lassen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir das Studentenland Nummer 1 sind und daß wir unsere Hochschulen unter allen Bundesländern am besten ausgebaut haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich lasse es mir auch nicht gefallen, daß hier so getan wird, als hätten wir nicht bereits in diesem Jahr erheblich mehr für unsere Hochschulen getan, als Sie jetzt überhaupt fordern.

Deshalb will ich Ihnen noch einmal folgendes aufzählen. Wir haben im Jahre 1988 über den Etat hinaus in die Hochschulen bereits 72 Millionen DM hineingegeben, z. B. für Ersatz von Geräten - das ist dort sehr wichtig, wo es Engpässe bei Praktika gibt -, für Großgeräte, für Geräte an Montanstandorten. Wir haben in unsere Hochschulen in einer Art und Weise investiert, die in keinem anderen Bundesland ihresgleichen hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich erwarte, daß das wahrgenommen wird. Ich erwarte, daß unser Land nach draußen nicht heruntergeredet wird und daß hier nicht der Eindruck entsteht, die Hochschullandschaft sei ein Abbruchunternehmen. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein.

Für den kommenden Haushalt haben wir bei den Notzuschlagsmitteln für die besonders überlasteten Bereiche eine deutliche Erhöhung vorgenommen, nämlich von 25 Millionen DM auf 36 Millionen DM. Kein anderes Bundesland hat übrigens vergleichsweise zugelegt. Schauen Sie sich einmal um, was Ihre Kollegen dort, wo Sie regieren, getan haben.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Hessen bei-spielsweise!)

- Ja, aber nicht soviel wie wir!

(Frau Minister Brunn)

- (A) Der Bundesbildungsminister, den Sie hier zitieren, hat keinen einzigen Pfennig für diesen Bereich mehr in seinem Etat. Und Sie glauben, Sie müßten uns hier irgend etwas vormachen.

Ich sage deutlich: Wir haben in diesem Überlastbereich kräftig zugelegt, und zwar nicht wegen des Endes der Bescheidenheit, sondern deshalb, weil die Studenten tatsächlich vorhanden sind und wir etwas für sie tun wollen und auch tun müssen. Sie haben einen Anspruch darauf, eine qualifizierte Ausbildung in Nordrhein-Westfalen zu erhalten. Darum haben wir die Mittel entsprechend erhöht. Darum haben wir auch für das kommende Jahr beispielsweise im Gerätebereich erneut 30 Millionen DM zugelegt. Wenn ich dieses allein nehme, dann haben wir schon an zusätzlichen Mittel das, was uns der Bund in seinem Notprogramm verspricht.

Nun haben wir als Landesregierung sehr wohl ein Interesse daran, daß es zu einer bundesweiten Anstrengung kommt. Wenn nämlich nur wir unsere Studienplätze ausbauen und die anderen es nicht tun, dann wird es verstärkt eine Sogwirkung in unsere Richtung geben, so wie wir in Bonn bereits die abgewiesenen Jurastudenten aus Süddeutschland aufnehmen müssen. Das können wir auf Dauer nicht aushalten. Darum wollen wir, daß nicht nur wir ausbauen, sondern daß auch die anderen ausbauen und daß sich der Bund an dieser Spitzenbelastung beteiligt.

- (B) Aus dem Grunde haben wir in unserem Kabinett die Vorstellung entwickelt, daß wir uns an diesem Bund-Länder-Programm beteiligen wollen, und zwar mit zusätzlichen Mitteln.

Wir haben in der Kultusministerkonferenz - Herr Kollege Pohl, es waren nicht die Ministerpräsidenten, es waren die Kultusminister - dem Herrn Bundesbildungsminister erklärt, daß sein Programm nichts taugt. Und die Kultusminister der Bundesländer haben sich auf ein eigenes Programm geeinigt. Wir haben ein Programm vorgeschlagen, das das gleiche Volumen hat, aber dazu dient, den Numerus clausus in den entschieden überlasteten Bereichen zu vermeiden. Dieses Programm werden wir in der nächsten Woche in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsfragen diskutieren, und dieses Programm werden auch die Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler in der kommenden Woche diskutieren. Dann wollen wir doch einmal sehen, ob der Bund nicht nur den Mund spitzt, sondern auch pfeift. Und wenn der Bund kräftigt pfeift, dann werden wir auch noch etwas dazutun. Dazu sind wir durchaus in der Lage, weil es dem Interesse unserer Hochschulen dient.

Aber ich halte nichts davon, aufgrund von Ankündigungen des Bundes das herunterzureden, was man sowieso schon tut. Wir haben im vergangenen Jahr zum Beispiel bei der Ruhrgebietskonferenz die Erfahrung gemacht, daß der Bundeskanzler uns ankündigte, er wolle den Ausbau unserer Fraunhofer-Institute unterstützen, tatsächlich aber das Land das vorfinanzieren mußte. Da wollen wir doch auch mal die Seriosität dieser Argumente prüfen.

Es geht also darum, für die Studierenden etwas zu tun und dabei auch in Anspruch zu nehmen, was man tut, was man hat und was man schon geleistet hat, und das vernünftig zusammenzufassen und auch hier eine entsprechende Wirkung zu erzielen.

Ich wehre mich mit aller Entschiedenheit dagegen, wenn wir diese enormen zusätzlichen Anstrengungen unternommen haben, wenn wir außerdem noch eine kleine Anstrengung durch Umverteilung innerhalb des Hochschulbereichs vornehmen, dieses jetzt als eine Zerschlagung der Geisteswissenschaften darzustellen. Das halte ich für ungeheuerlich. Das ist ungerrecht gegenüber den Geisteswissenschaft und auch gegenüber denjenigen, die da studieren. Es ist auch ungerecht gegenüber der Hochschulpolitik.

(Zustimmung bei der SPD)

Was wir machen, ist: Wir legen kräftig zu; ich nannte Ihnen die Felder: Überlast, Geräte, Aufbau in den verschiedenen Bereichen. Darüber hinaus verteilen wir ein halbes Prozent der Stellen jährlich um. Oder: Nicht einmal jede zehnte, sondern ungefähr 7 % der freien Stellen werden in unserem Hochschulbereich umverteilt. Ich sage das nur, weil Sie das unentwegt auch mit Industriepolitik vergleichen. Dort sind sehr viel härtere Bedingungen, als diejenigen, die hier von Zerschlagung der Geisteswissenschaften reden, sich überhaupt nur träumen lassen. Was wir umverteilen, sind freie Stellen, und zwar nicht einmal jede zehnte - ein halbes Prozent des Bestandes.

Ich will es auch mal in Richtung der großen Universität Bonn sagen, die hier öffentlich so dramatisch besprochen worden ist. Dort haben wir 2 900 wissenschaftliche Stellen. Davon gehen im kommenden Jahr zehn Stellen in den zentralen Topf und fünf bekommt die Universität wieder. Insgesamt werden also in drei Jahren 1,2 % umverteilt, und einen großen Teil bekommt die Hochschule wieder.

(Zuruf des Abgeordneten Kniola (SPD))

(C)

(D)

(Frau Minister Brunn)

- (A) Wer also davon redet, daß es eine Zerschlagung von Fakultäten wäre, eine Zerschlagung der Geisteswissenschaften, hat überhaupt jede Begriffe für Größenordnungen verloren.

(Zustimmung bei der SPD)

Das muß man doch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Wenn ein Staat und Großinstitutionen dieser Art nicht in der Lage sind, ein halbes Prozent der Stellen umzuverteilen, dann frage ich mich, welche Veränderungsmöglichkeiten es eigentlich in großen Apparaten gibt. Wenn wir von Menschen verlangen, daß sie Schichtarbeit verrichten, daß sie ihren Arbeitseinsatz mit aller Kraft leisten, und wenn wir im industriellen Bereich Produktionsveränderungen, Umstrukturierung und Weiterbildung von Menschen verlangen, dann müssen wir doch in einer Großinstitution wie in einer Hochschule und einem Staat in der Lage sein, ein halbes Prozent der Stellen, und zwar freie Stellen, umzuverteilen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das muß ich der Opposition doch jetzt einmal ganz entschieden vorhalten. Das ist keine Katastrophe, sondern das ist ein Mindestmaß an Anpassungsfähigkeit an veränderte Bedingungen, was wir hier im Hochschulbereich tun.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Wenn ich von "dieser Größenordnung" spreche, dann frage ich noch einmal, um welche Größenordnung es sich bei den Geisteswissenschaften handelt. Hier betrifft es ebenfalls einen Bruchteil der Stellen, nämlich ungefähr jede zehnte freie Stelle.

(Aigner (SPD): Viel zu wenig!)

Und wenn Sie, Herr Schultz-Tornau, beklagen, daß die Stelle "Didaktik X" in Münster entfällt und daß dies eine schreckliche Grausamkeit sei, dann versichere ich Ihnen: Wir reden jederzeit mit der Hochschule darüber, daß sie nicht die zehnte, sondern die neunte oder elfte bei ihr freiwerdende Stelle nehmen kann.

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Vorher reden!)

- Vorher haben wir dreimal mit den Hochschulen gesprochen. Wir sind auch immer bereit, Veränderungen im Einvernehmen mit den Hochschulen zu vollziehen. Nur ist es leider so, daß es auch hochschulinterne Konflikte gibt,

(Kniola (SPD): So ist es nämlich!)

so daß es manchen Hochschulen sehr lieb ist, ihre Konflikte bei uns abzugeben. Weil wir aber ein gewisses Maß an Veränderungen brauchen, muß der Landtag auch die Stärke haben, eine Reihe von Streitigkeiten nicht über Monate auszutragen, sondern einen Strich darunter zu ziehen und eine Entscheidung zu fällen. Und das ist es, was ich meine, von Ihnen erwarten zu können. (C)

Jetzt möchte ich noch etwas zu dem Wert der Geisteswissenschaften ausführen. Ich verstehe jeden Didaktiker und jeden Pädagogen, der für eine Stelle in seinem Institut kämpft. Es ist überall so, daß man, wenn irgendwo eine Stelle frei wird, sie gerne im eigenen Bereich behalten möchte. Man braucht dieses Vorgehen nicht einmal mit Besitzstandsdenken zu umschreiben. Es ist einfach normal, daß man für Stellen kämpft. Die Geisteswissenschaftler besitzen auch in der Art und Weise, wie sie dies tun, eine große Eloquenz. Wir sind auch stolz darauf, wenn wir gute Germanisten haben, die für die Erhaltung ihrer Stellen gute Reden halten. Dafür habe ich ein gewisses Verständnis.

Nur muß man nicht nach der Lautstärke entscheiden, sondern man muß nach objektiven Bedingungen entscheiden. Und wir sind sehr wohl der Auffassung, daß, wenn wir die Geisteswissenschaften mit der Lehrerausbildung so dramatisch ausgebaut haben, mit einem gewissen Rückgang der Lehrerausbildung auch eine gewisse Rücknahme der Stellen möglich sein muß. Das hat nichts mit Wert und Unwert zu tun, sondern es hat etwas damit zu tun, daß man sich eben veränderten Bedingungen auch als Staat, auch als Beamter, auch als Hochschule anpassen muß und daß bestimmte Veränderungen vollziehbar sein müssen. (D)

Ich bin wohl die letzte, die den Wert der Geisteswissenschaften nicht zu beschreiben wüßte. Ich lege ebenso großen Wert darauf, daß unsere Geisteswissenschaften für inhaltliche Erneuerung, für neue Forschungen und für wichtige gesellschaftliche Schwerpunkte Spielräume haben. Dieses jedoch muß man auch begründen, und man muß auch in der Lage sein, entsprechende Projekte vorzutragen. Das alles muß sich zudem im Rahmen und in normalen Größenordnungen bewegen, und zwar so, wie es verantwortbar ist.

Ich halte es jedoch überhaupt nicht für gut, in Studiengängen, in denen nicht einmal jeder dritte Studienplatz besetzt ist und in denen landesweit vielleicht zwei Drittel der Studienplätze besetzt sind, von den Studenten und von den Hochschullehrern nicht zu verlangen, daß sie ein wenig zusammen-

(Frau Minister Brunn)

- (A) rücken, damit wir den außerordentlich überlaufenen Bereichen, wo wir jungen Menschen Studienplätze sogar vorenthalten, etwas Platz schaffen können. Heutzutage ist es doch so, daß wir in der Betriebswirtschaft im kommenden Sommer möglicherweise sogar Studierende abweisen müssen, weil wir nicht genügend Plätze zur Verfügung haben. Es ist doch ganz normal, daß wir dann überlegen, was wir tun können, um diesen Menschen die notwendigen Plätze zu schaffen, daß wir nicht alle Stellen dort belassen, wo sie zur Zeit sind, nämlich dort, wo wir möglicherweise Überhänge haben und wo es nicht zu verantworten ist, daß in dem einem oder anderen Bereich so viele Stellen sind.

Ich erwarte von der Opposition nicht, daß sie unseren Plänen zustimmt - das wird nicht gerne gemacht; das ist unpopulär -, aber ich erwarte von Ihnen, daß Sie eine Verhältnismäßigkeit der Argumentation in diesem Bereich aufrechterhalten.

(Zustimmung bei der SPD)

Ihre Argumentation ist unverhältnismäßig, beachtet man, daß man beispielsweise an dreizehn Standorten Germanistik studieren kann, und zwar aufs beste. Man kann zwischen mehreren Studienplätzen und zwischen Orten von Bonn bis Münster und von Bielefeld bis Aachen wählen. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie die gewissen Veränderungen, die der Hochschulbereich aus eigener Kraft für die Felder bringen kann, in denen man neue Forschung betreiben muß, in denen man neue Studiengänge einrichten muß, wo wir in Wirtschaft, Informatik, Kunst und Kultur Studium und Wissenschaft ausbauen müssen, daß Sie diese gewisse Veränderungen nicht als Kahlschlag und Zerschlagung brandmarken. Dies nämlich verstehen die Studenten völlig falsch. Sie meinen dann, ihre Fächer seien nicht mehr wichtig. Sie sind sehr wohl wichtig, aber sie müssen sich ein wenig verändern.

(B)

Aus diesem Grunde lege ich einfach Wert darauf, daß ich das auch hier in der zentralen Debatte sagen kann. Es ist gut, daß man nicht lediglich nachts um 22.00 Uhr zu diesem wichtigen Punkt Stellung nehmen kann, denn das Thema bewegt sehr viele junge Menschen. Glauben Sie nicht, wie viele junge Menschen die Frage bewegt, ob Geisteswissenschaften einen Wert haben oder nicht. Ich sage, daß sie einen Wert haben. Sie haben auch dann einen Wert, wenn es etwas weniger Professoren sind

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

und wenn es an irgendeinem Ort nur fünf Parallelprofessuren statt sechs gibt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Dann möchte ich noch eine Anmerkung zu den Kliniken machen. Sie wissen, daß das meine Sorgenkinder sind, was den Ausbau der Gebäude anbetrifft. Deshalb ist es mir auch sympathisch, wenn beispielsweise die F.D.P. da etwas fordert.

(Frau Robels (CDU): weist auf sich)

- Sie auch? Das ist auch sehr sympathisch. Nur fordern Sie das gerade in den Bereichen, in denen wir die neuen Klinikbauten bereits im Etat haben, zum Beispiel bei der Kinderklinik Düsseldorf. Das ist ja etatisiert und wird gebaut. Wir haben sowohl in Bonn, wo wir den größten Nachholbedarf im Klinikbereich haben, als auch in Düsseldorf kräftig neue Bauten in Angriff genommen. Das fällt dem Land angesichts der finanziellen Lage nicht leicht; aber wir bauen die notwendigen Klinikgebäude. Gerade die Dinge, die Sie fordern, sind dort auch vertreten.

(Zurufe von der F.D.P.)

Eine letzte Anmerkung! Sie beklagen die Belastung der Studenten. Wenn die Opposition sich jetzt schon so für die Studenten einsetzt, dann bitte ich Sie, uns zu helfen, daß es uns in der nächsten Woche im Bundesrat gelingt, innerhalb der Gesundheitsreform die Benachteiligung der Studenten in der Krankenversicherung zu verhindern. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das macht mir Sorge.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 450 000 Studenten. 90 000 davon werden im kommenden Sommersemester aus der studentischen Krankenversicherung automatisch herausfallen, und zwar ungefähr in ihrer Examenzeit. Ich finde, das sollte nicht durch den Bundesrat gehen. Wenn Sie sich schon nicht einen Ruck geben können, uns zu helfen, das im Bundesrat zu Fall zu bringen, dann helfen Sie uns wenigstens, das Ausmaß zu mildern; denn hier haben wir Belastungen.

(Beifall bei der SPD)

Es wird ganz schlimm werden, wenn die Krankenversicherung für sie flach fällt und sie doppelte Beiträge bezahlen müssen. Tun wir also etwas für die Studenten! Das ge-

(Frau Minister Brunn)

- (A) wachsende Interesse an Bildung sollte unsere Bescheidenheit keineswegs hintanstellen. Ich glaube, daß wir hier etwas Gutes tun können. Das zu tun, sollte dieser Landtag letzten Endes auch bereit sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Minister Schwier das Wort. Bitte, sehr, Herr Minister!

Kultusminister Schwier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir leid. Der Ablauf dieser Haushaltsdebatte ist aber so, daß man in der Situation steht, entweder gar nichts zu sagen und sich dafür Ihren Vorwurf einzuhandeln, oder zur Sache zu reden. Ich tue letzteres.

(Beifall bei der SPD)

Bei bildungspolitischen Debatten in diesem Hause wiederholt sich immer dasselbe Spiel. Die Oppositionssprecher tun so, als hätten sie nur Ihre eigenen Propagandaschriften gelesen, als lebten sie ansonsten auf dem Monde und fielen hier unmittelbar ein. Die schulische Wirklichkeit kommt jedenfalls in ihren Darstellungen nicht vor.

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Minister Schwier: Aber gerne!)

(B)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Doppmeier (CDU): Herr Minister, wir beraten jetzt den Einzelplan 02, das heißt den Einzelplan des Herrn Ministerpräsidenten. Wir möchten gern, daß der Ministerpräsident zu den hier angesprochenen Fragen Stellung nimmt. Wir machten Ihnen keinen Vorwurf, wenn Sie jetzt nicht redeten.

Präsident Denzer: Herr Minister, gestatten Sie, daß ich Sie unterbreche. - Herr Abgeordneter, ich darf darauf hinweisen, daß vereinbart ist, beim Einzelplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei die Generaldebatte zu führen. Der Einzelplan 02 wird im Anschluß an die Generaldebatte im einzelnen behandelt. Ich wollte nur der Ordnung halber darauf hinweisen. - Herr Minister, Sie haben weiterhin das Wort.

Minister Schwier: Herr Kollege Doppmeier, ich habe keine Frage gehört, und deswegen kann ich Ihnen auch nicht antworten. Aber ich will auf die hier angesprochenen Probleme eingehen, und zwar soweit sie überhaupt Haus-

haltsrelevanz haben; denn vieles war - entschuldigen Sie diese Bewertung - Schmus. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auf zwei Punkte zu sprechen kommen. Sie haben hier - Herr Kollege Reul hat das getan, aber auch die F.D.P. - auf die besonderen Schwierigkeiten in den Sonderschulen und ganz konkret auf einen Antrag der F.D.P. hingewiesen, in dem es um 100 zusätzliche Stellen für die Sonderschulen geht.

Meine Damen und Herren, wenn dieser Haushalt so, wie er jetzt aus dem Ausschuß gekommen ist, verabschiedet wird, werden wir etwa 200 Stellen für diese "besonderen Schulen" zur Verfügung haben. Ich denke, besser kann es Ihnen doch eigentlich gar nicht ergehen, und von daher verstehe ich nicht, daß man den Haushaltsentwurf - noch einmal: so, wie er aus dem Ausschuß kommt - hier kritisiert.

Eine zweite Bemerkung, und zwar zur Stellenreserve: Natürlich kann man die Stellenreserve erhöhen, mit den Schwierigkeiten, die man schon dann hat, wenn man aus Bestehendem etwas für schwere Zeiten zurücklegt. Aber lassen Sie uns unser Verfahren mit den 4 § doch erst einmal so durchführen!

(Dreyer (CDU): Das klappt doch nicht!)

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Dreyer: Das beginnt mit dem kommenden Schuljahr. Sie können noch kein Urteil darüber abgeben, ob das klappt oder nicht. Die Vorbereitungen laufen in diesem Schuljahr, mit all den Schwierigkeiten, die es dabei gibt - unbestritten -, und die Einsetzung dieser Stellenreserve beginnt mit dem Schuljahr 1989/90. Wer also jetzt schon sagt: "Es klappt nicht", der muß prophetische Gaben haben, aber im negativen Sinne. (D)

(Dreyer (CDU): Das kann man doch vorhersehen.)

- Ja, dann dürfen Sie sich einmal bei Ihrer Partner-Oppositionspartei erkundigen, wie die denn auf die Idee kommen konnte, die Stellenreserve noch zu erhöhen. Und dann fragen Sie doch bitte einmal, wie es denn in Niedersachsen kommen kann, daß dort der Philologenverband - der Ihnen nicht fernsteht - die niedersächsische Landesregierung dringend aufgefordert hat, das gleiche, was wir in Nordrhein-Westfalen vorhaben, doch auch im Bundesland Niedersachsen einzuführen, weil es eine vernünftige Lösung sei. Also, ein bißchen über die Ländergrenzen schauen kann

(Minister Schwier)

- (A) ja nicht schaden. Reisen bildet, und hier braucht man nicht einmal zu reisen, hier braucht man nur zu lesen.

Ich wollte nur diese beiden Bemerkungen zur Sache machen und ansonsten grundsätzlich feststellen, daß Sie augenscheinlich diesmal das Verfahren umkehren. Früher war es ja bei den Haushaltsberatungen so, daß erst Herr Schauerte kam und uns diese Welt, insonderheit das Land Nordrhein-Westfalen, in düstersten Farben malte; eigentlich wunderte man sich, daß man überhaupt überlebt hat. Und dann kamen diejenigen, die jeweils die berechtigten Einzelinteressen der Arbeitsgruppen und Arbeitskreise vertraten, und sie hatten alle nur prioritäre Forderungen. Das waren immer mehr Ausgaben, nachdem Herr Schauerte eingangs gesagt hatte, wir müßten sehr viel weniger ausgeben. Wahrscheinlich werden Sie es heute umdrehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich deutlich sagen: Wer nur Prioritäten hat, der hat überhaupt keine. Wir haben Prioritäten, die dazu führen, daß man an bestimmten Stellen besondere Anstrengungen unternimmt, die immer zu Lasten anderer gehen. Ich sage Ihnen noch einmal: In diesem Haushalt 05 werden bei den Schulen die Sonderschule und die Stellenreserve Prioritäten sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister.

- (B) Wir kommen jetzt zum Stichwort "ÖTV-Abschluß". Das Wort hat Herr Abg. Schauerte für die Fraktion der CDU.

(Heidtmann (SPD): Jetzt kommt das Horrorgemälde!)

Schauerte^{*} (CDU): Herr Denzer! Meine Damen und Herren!

Präsident Denzer: Irrtum! Herr Präsident!

Schauerte^{*} (CDU): Wenn ich sonst nicht reden darf, würde ich diese Formulierung verwenden. Ansonsten möchte ich sie nicht verwenden.

Präsident Denzer: Nein, nein. "Herr Präsident" ist immer noch die Anrede.

Schauerte^{*} (CDU): Darf ich sonst nicht reden?

Präsident Denzer: "Herr Präsident" heißt das. Also, wir wollen uns doch an die Gepflogenheiten halten.

Schauerte^{*} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! (C)

(Zurufe von der SPD - Trinius (SPD): Am Rande jeder Form!)

Vertrauen ist das Bindeglied in der Gesellschaft, das Politik möglich macht.

(Zuruf von der SPD: Schön aufgeschrieben! - Pflug (SPD): Ist das für die Presse gewesen?)

Vertrauen ist der Mörtel, der ein Gebäude zusammenhält.

(Zurufe)

Es ist ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Vertrauen in zwei Bereiche: einmal das Vertrauen in die Sachkompetenz, das heißt, daß man in schwieriger Lage das Richtige zeitgerecht tut. In schwierigster Lage sind zur Zeit, Herr Ministerpräsident, die Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes. Studenten und Professoren stehen Schulter an Schulter, um mit Nachdruck auf die unglaublichen Mißstände in der universitären Landschaft des Landes Nordrhein-Westfalen hinzuweisen. Elementare Voraussetzungen für einen geordneten Universitätsbetrieb sind zur Zeit über weite Strecken in Nordrhein-Westfalen nicht gegeben. Ich kann uns alle nur eindringlich bitten, diesem Sachverhalt allergrößte Aufmerksamkeit zu widmen. (D)

Ich selbst erinnere mich an die Zeit 1966/67/68. Wenn ich die Zeitungskommentare und das, was in den Universitäten und auf den Straßen im Moment passiert ist, richtig bewerte,

(Kuschke (SPD): Das können Sie doch nicht!)

kann ich nicht ausschließen, daß sich solche Dinge wiederholen, wie wir sie damals hatten. Die berechtigten Forderungen derer, die an den Hochschulen des Landes in der Sache streiten, Herr Ministerpräsident - in der Sache! -, sachlich begründet streiten, müssen erfüllt werden, wenn wir uns nicht mitschuldig machen wollen an einer sonst drohenden Radikalisierung, die die von mir aufgezeigte Parallele durchaus gerechtfertigt erscheinen läßt.

Es gibt diese Untertöne mittlerweile, und es gibt auch die Gruppen in der Universität, die genau das wiederholt sehen wollen, was 1967/68 dann Gott sei Dank am Ende vermieden werden konnte.

(Schauerte (CDU))

- (A) Ich darf Sie darum dringlich bitten, als Ministerpräsident - und in dieser Eigenschaft möchten wir Sie bei der Debatte Ihres Einzelplans 02 hier am Rednerpult sehen - bitten, diese Sache zur Chefsache zu machen, sich dieser Angelegenheit höchstpersönlich anzunehmen. Denn die Verantwortung für Universitäten und Wissenschaft, für Forschung und Lehre liegt zur Zeit in den Händen einer Ministerin, die dieser Anforderung nicht gewachsen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das hat ihr Wortbeitrag gerade wieder einmal gezeigt.

Ich erkläre hier mit allem Nachdruck für die CDU-Fraktion - die F.D.P.-Fraktion hat durch ihre Anträge ähnliches erkennen lassen -: Wir sind bereit, haushaltspolitisch schwerwiegende Konsequenzen zu ziehen, um diesem Mißstand abzuwehren. Nehmen Sie sich dieses Mißstandes an!

Lassen Sie nicht über Kapitalerhöhungen bei der WestLB oder andere Dinge spekulieren; überlegen Sie, ob solche Beträge nicht zur Behebung dieses Mißstandes einzusetzen sind. Überlegen Sie, ob die Mittel, die wir aufgrund der Volkszählungsergebnisse mehr bekommen, nicht wenigstens teilweise zur Behebung dieser Mißstände angelegt werden.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Warten Sie nicht darauf, daß Bonn handelt, sondern handeln Sie selbst, Herr Ministerpräsident; Sie sind gefragt.

(Trinius (SPD): Das tun wir durchweg!)

- Unzureichend, falsch und zu spät, Herr Trinius! - Ich bin wieder bei meinem Begriff für meinen kurzen Wortbeitrag, der mir heute besonders am Herzen liegt: das Vertrauen.

(Kuschke (SPD): Davon haben Sie doch keine Ahnung!)

Das Vertrauen ist die Basis jeder langfristigen Politik, Herr Ministerpräsident. Das gilt unverzichtbar für die Personalpolitik; denn gerade bei der Personalpolitik und bei der Rolle "Wie verhält sich das Land als Arbeitgeber?" greifen wir unmittelbar in existentielle Fragen vieler hunderttausend, ja, vieler Millionen Menschen ein. Deswegen ist hier Vertrauen die allererste Verpflichtung einer soliden Landespolitik.

Damit nähere ich mich der spannenden Frage: Wie hat die Landesregierung unter der Ver-

antwortung des Ministerpräsidenten Rau den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst mit Worten angekündigt, und wie hat sie ihn mit Taten vollzogen? (C)

Ich will eine Vorbemerkung machen: Ich weiß als "Haushälter" sehr wohl, daß gerade die Lösung dieser Frage enorm ins Geld geht und deswegen bei der desolaten Haushaltslage des Landes, bei 100 Milliarden DM Schulden, die wir gerade in diesen Tagen vollgemacht haben, ungeheuer schwierig ist. Aber die Bediensteten des Landes, die Öffentlichkeit, die Verhandlungsführer, die Gewerkschaften haben einen Anspruch darauf, daß ihnen in dieser Frage wenigstens ehrlich begegnet wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben ja eine Menge von Bemerkungen dazu gemacht; ich will sie nicht alle wiederholen. Aber Sie haben im Prinzip über die ganze Zeit seit dem Frühjahr dieses Jahres den Eindruck erweckt, als würde das Land Nordrhein-Westfalen den Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst übernehmen, und zwar auch arbeitsplatzrelevant übernehmen. Genau diesen Eindruck haben Sie mit einer Vielzahl von Meldungen erweckt. Ich will eine zitieren, "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 6. Mai 1988:

Er

- nämlich der Ministerpräsident -

habe der Übernahme zugestimmt, weil das Ziel erkennbar sei, durch weniger Arbeitszeit Raum für mehr Beschäftigung zu schaffen. (D)

So und ähnlich haben Sie sich überall und während der ganzen langen zurückliegenden Zeit geäußert. Dann gab es einen Beschluß des Kabinetts: Wir übernehmen auch für die Beamten des Landes diesen Tarifvertrag. Mit diesem Beschluß wurde wiederum die Erwartung geweckt, daß der Tarifvertrag in all seinen Facetten - nicht nur mit der Erhöhung der Bezüge um 1,4 % für 1989, sondern auch mit der Reduzierung der Arbeitszeit um eine Stunde - im Zweifel doch wohl auch mehr Beschäftigung bedeute. Genau diesen Eindruck sollte der Kabinettsbeschluß hervorrufen und hat es auch. Im Mai erklärten Kabinettsmitglieder öffentlich: Zwischen 3 000 und 6 000 neue Stellen aufgrund dieses Tarifvertrages.

Es kommt die Aktuelle Stunde, mit etwas Vorsicht bei der Landesregierung. Bei der Vorlage des Haushalts erklärt der Finanz-

(Schauerte (CDU))

- (A) minister immer wieder: Wir schaffen 2 000 neue Stellen und sichern 3 000. Das soll die Antwort auf den Tarifvertrag sein.

Wenn man genau hinschaut, Herr Ministerpräsident - für solche Fehlinformationen der Öffentlichkeit durch Ihre Landesregierung tragen Sie die Verantwortung -, steht im Landeshaushalt expressis verbis ausgedrückt, daß am Ende des Jahres 1989 nicht 2 000 neue Stellen da sind und nicht 3 000 gesichert sind, sondern mehr als 900 Stellen weniger beim Land Nordrhein-Westfalen sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich frage Sie, wie Sie diesen Widerspruch aufklären, was eigentlich stimmt: 2 000 neue Stellen oder das, was in Ihrem Haushalt steht: ca. 950 weniger?

3 000 sollten gesichert werden. Herr Ministerpräsident, wir haben das ja in den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß bei den Herren abgefragt - querbeet durch die Ministerien; rundum Fehlanzeige! Sie werden nicht gesichert, sondern die Auswirkungen dieser Herausnahme von etwa 3 000 kw-Vermerken sind frühestens mit ersten schmalen Zahlen für das Jahr 1995 zu erwarten. Das soll die ehrliche Antwort auf den Tarifvertrag und auf die Umsetzung des Tarifvertrages für 1989 sein? 2 000 neue Stellen - ich habe schon gesagt, daß ist Roßtäuscherei. Es gibt über 950 Stellen weniger.

(B)

Herr Ministerpräsident, ich habe heute in der Presse über Sie gelesen - im Radio konnte man es auch zum Teil hören -, daß Sie sich im Zusammenhang mit dem Konkordat jetzt schon darüber Gedanken machen, ob Sie den katholischen Priestern in Zukunft ihre Gehälter in unveränderter Höhe weiter zahlen wollen. Ich kann Ihnen nur den dringenden Rat geben: Kümmern Sie sich einmal um die Fragen der 340 000 Beschäftigten des Landes und erklären Sie denen, wie Sie denn den Tarifvertrag umsetzen wollen, bevor Sie sich in ein solches Feld hineinbegeben.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage das auch ganz persönlich: Diese Kraftmeierei der Landesregierung in diesem Punkt geht mir langsam zu weit.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Es gilt auch in Zukunft nicht der Satz: Rau locuta, Roma finita. Ich sage das ganz persönlich, Herr Dorn. Daß Liberale darüber zum Teil eine andere Meinung haben, ist sogar in

der Historie schon nachlesbar, und insoweit halte ich das für vertretbar. Ich sage das aber hier als katholischer Abgeordneter: (C)

Diese Art der Beschäftigung mit diesem Thema, mit Druck und Finanzen, geht mir entschieden zu weit.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist meine uneingeschränkte, feste Überzeugung. Es heißt auch in Zukunft nicht - und ich wiederhole es -: Rau locuta, Roma finita!

(Feldhaus (SPD): Sie sollten sich das einmal erklären lassen! - Trinius (SPD): Es heißt auch nicht Roma finita, es heißt: causa finita!)

Ich stelle fest: Dieser Ministerpräsident und diese Landesregierung schaffen nicht 2 000 neue Arbeitsplätze, sondern bauen 900 ab. Sie sichern für 1989 nicht 3 000 Arbeitsplätze, sondern sie gibt einen ungedeckten Scheck für die Zukunft, von dem niemand weiß, ob er eingelöst wird.

Herr Ministerpräsident Rau, der jetzt nicht mehr da ist - -

(Trinius (SPD): Schauen Sie einmal in den Rückspiegel!)

- Doch, Entschuldigung! Kein Ministerpräsident eines Bundeslandes der Bundesrepublik Deutschland ist bei der Umsetzung des Tarifvertrages 1989 so unehrlich gewesen wie der Ministerpräsident Johannes Rau. (D)

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, mit dieser Art und Weise, wie Sie damit umgehen, wie Sie in der Öffentlichkeit falsche Eindrücke erzeugen, betrügen Sie die Gewerkschaften.

(Dorn (F.D.P.): Und was macht Herr Wallmann?)

- Herr Wallmann hat klipp und klar gesagt, daß er nicht umsetzt. Das hat er wenigstens ehrlich zu Papier gegeben. Der Ministerpräsident dieses Landes erklärt, er setze um, und er tut nichts. Das ist der Punkt. Wer so handelt, betrügt die Gewerkschaften. Ich kann nur auf entsprechende Zitate verweisen. Die ÖTV zum Beispiel - 29. November 1988 - fühlt sich von dieser Landesregierung übers Ohr gehauen.

(A) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Trinius von der Fraktion der SPD?

(Schauerte (CDU): Herr Denzer, ich möchte gern zum Schluß kommen.)

- Herr! Das heißt für Sie "Herr Präsident". Sie wissen das ganz genau. Sie werden dies nicht noch einmal sagen. Ich rüge Sie jetzt.

Schauerte (CDU): Ich möchte jetzt zum Schluß kommen und keine Zwischenfragen zulassen.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, eine klare Personalbilanz, nachprüfbar, was die Umsetzung des Tarifvertrages betrifft, auf den Tisch zu legen. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wir haben darum im Haushalts- und Finanzausschuß gebeten, und Ihre SPD-Freunde waren der Meinung, man brauche eine solche Bilanz nicht.

(Zuruf des Abg. Trinius (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es ist so unverständlich, nebulös formuliert, Herr Trinius. Niemand bekommt mehr einen Überblick. Sie fürchten die Klarheit, und deshalb wollen Sie eine solche auch von den Gewerkschaften nachvollziehbare Personalbilanz nicht zulassen. Wir fordern sie ein.

(B)

(Zurufe von der SPD)

Zweitens: Wir möchten Sie noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, Herr Ministerpräsident: Wer so handelt, wie Sie in diesen zurückliegenden Monaten gehandelt haben, was die Umsetzung des Tarifvertrages betrifft, zerstört das Vertrauen der Arbeitnehmer in die Politik dieses Landes.

(Zuruf von der SPD: Du kennst doch gar keine Arbeitnehmer! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ihre fehlende Fähigkeit, Herr Ministerpräsident, auch schwierige Aufgaben sachlich und zeitnah zu lösen - wie zum Beispiel die Probleme der Universitäten -, und Ihr fehlender Mut zur Ehrlichkeit beschädigen auf das schwerste das Vertrauen der Bürger in Ihre Politik. Wir bieten Ihnen noch einmal an: Lassen wir uns einen gemeinsamen neuen Anfang bei der Frage versuchen, wie wir die drängenden Probleme der Universitäten des

Landes lösen. Die CDU erklärt sich dazu ausdrücklich bereit. (C)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Aber nicht mit Schauerte! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Trinius das Wort.

Trinius (SPD): Mit seinen ersten Worten, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mein Vorredner soeben die elementarsten Formen der Höflichkeit verletzt.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur in meiner Fraktion, sondern wohl im ganzen Hause und auch bei den Zuhörern ist dies wohl mit Erschrecken zur Kenntnis genommen worden. Herr Kollege Worms, wir können uns nicht vorstellen, daß Sie eine solche böse, jede Form der Höflichkeit verletzende Vorgehensweise billigend durchlaufen lassen.

(Erneut Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir haben uns darauf verständigt, hier gegensätzliche politische Standpunkte in einem fairen Streit auszutragen. Wir halten es trotz der Entgleisung meines Vorredners für möglich, daß die Fairneß auch weiterhin in diesem neuen Gebäude ihren Platz haben wird. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Wir führen hier eine Generaldebatte. Ich räume Ihnen ein: Wir sind auch gern bereit, Schwachpunkte einzugestehen, wenn wir selber im Rückblick Schwachpunkte erkennen. Das tun wir mit Sicherheit. Ich glaube, auch die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie wir Entscheidungen aus der Vergangenheit heute im Rückblick beurteilen. Ich will dies auch gerne tun. Die Öffentlichkeit hat kein Verständnis für die Form der Rechthaberei, in der die Standpunkte unverändert und beharrlich wie tibetanische Gebetsmühlen abgeleiert werden. Ich bin da ganz sicher.

Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch erwähnen: Ich habe kein Verständnis für die bisher vorgetragene Kritik der Opposition. Da wir heute sehr viel über die Geschäftsordnung gesprochen haben: Ich bin eigentlich froh darüber, daß am Anfang der Debatte die Kohlepolitik gestanden hat. Denn da ist eines deutlich geworden: In dem Antrag von CDU und F.D.P. heißt es, man

(Trinius (SPD))

- (A) lehne vor dem Hintergrund der Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen die volle Übernahme des sogenannte Revierausgleichs sowie die Mehrbelastung für die Verstromung niederflüchtiger Kohle durch das Land ab. Die volle Übernahme wollten Sie ablehnen. Dabei besteht eine Rechts- und Gesetzespflicht für den Bund, diese Lasten zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das in Erinnerung behalten, wenn wir künftig darüber reden und uns mit Ihren Vorwürfen auseinandersetzen müssen, das Land Nordrhein-Westfalen verschulde sich viel zu hoch.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß der Kollege van Schewick in der zweiten Lesung zum Haushaltentwurf 1988 vor einem Jahr gesagt hat, die nordrhein-westfälische CDU begrüße die EntschlieÙung des Bundesrates, worin die Bundesregierung aufgefordert wurde, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Land Nordrhein-Westfalen bei seinen Leistungen für die Kohlehilfen entlastet wird. Haben Sie das alles vergessen? Wo bleibt eigentlich Ihr Einsatz dafür, daß das Land Nordrhein-Westfalen von den schon damals auf ihm ruhenden Kohlelasten entlastet wird? Sie fordern jetzt neue Lasten für das Land Nordrhein-Westfalen, um den Bund oder um den Fonds zu entlasten.

- (B) Herr van Schewick hatte noch hinzugefügt: Diese Linie gilt es weiter zu verfolgen; daran wollen wir - also die CDU von Nordrhein-Westfalen - arbeiten. Sie wollten daran festhalten. Vielleicht machen Sie es morgen noch. Sie haben es oft genug getan.

Sie werfen uns unsere Entscheidungen in den 70er und 80er Jahren vor. Ich will Ihnen in Erinnerung rufen: Die Schätzungen über die Steuern waren 1980 um 27,5 Milliarden DM überhöht, Dinge, die in einem Zeitraum von fünf Jahren abzuarbeiten und zu verkräften waren. Den Konsolidierungskurs, meine Damen und Herren, haben wir seit 1981 eingeschlagen. Ich will es Ihnen im einzelnen ersparen, das zu wiederholen, was ich in der letzten Rede bei der ersten Lesung gesagt habe.

Aber festzuhalten bleibt: Dieser Konsolidierungskurs ist eingeschlagen und bewältigt worden in einem Zeitraum von acht Jahren durch die mit absoluter Mehrheit regierende SPD-Fraktion in diesem Landtag. Ich sage Ihnen dazu: In der Koalition mit einem Partner wäre der Konsolidierungskurs in dieser Disziplin nicht möglich gewesen, denn

Koalitionsparteien versuchen immer, den Kompromiß durch Aufsummierung von Ansprüchen zu finden. Dies erleben Sie doch auch in Bonn. Wie anders wäre zu erklären, daß Sie in Bonn anders als das Land Nordrhein-Westfalen einen Ausgabenzuwachs von 5,4 Prozent haben? (C)

(Zuruf von der CDU)

Sie müssen - auch wenn Sie es nicht gerne hören - immer wieder zur Kenntnis nehmen: Kein anderes Bundesland hat in den letzten sieben Jahren so verantwortungsbewußt konsolidiert, ist so verantwortungsbewußt mit Steuergeldern umgegangen. Die Neuverschuldung konnte von 10,1 Milliarden DM 1981 auf 5,6 Milliarden DM in 1987 herabgesetzt werden. Trotz steigender Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen werden wir 1989 die Nettokreditemächtigung auf 5,3 Milliarden DM begrenzen können. Auf die schmerzlichen Entschlüsse, die wir dabei haben fassen müssen, habe ich öfter hingewiesen. Aber ich wiederhole: Möglich war das alles nur in diesen acht Jahren mit der absoluten Mehrheit der sozialdemokratischen Partei in diesem Hause.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun will ich Ihnen auch sagen, was uns Sorgen macht, wenn wir auf den Haushalt blicken. Laut mittelfristiger Finanzplanung steigen die Gesamtausgaben von 1980 bis 1989 um etwa 23 %. Die Personalausgaben steigen über diese neun Jahren hinweg um mehr als 33 %. Die Investitionen sinken leider um etwa 30 %. Bei den Gemeinden haben wir ein leichtes Minus um 2 %. Aber die Zinsen steigen in dieser Zeit um knapp 350 %. Sie alle wissen, was das bedeutet. (D)

Deshalb ist dieser Konsolidierungskurs im Sinne des Landes Nordrhein-Westfalen auch für die in den 90er Jahren zu treffenden künftigen Entscheidungen konsequent fortzusetzen.

Wenn der Umfang der Ausgaben für die Investitionen um 30 % zurückgeht, dann heißt das auch, daß die Beschäftigungseffekte geringer sind, als wir es für wünschenswert halten; denn jede Mark, die wir für Investitionen ausgeben, hat auf dem Arbeitsmarkt einen dreimal so hohen Effekt wie jede Mark, die wir unmittelbar für eigenes Personal im Landesdienst aufwenden. Deshalb sagen wir Sozialdemokraten: Uns bedrückt es, daß wir inzwischen bei einer so niedrigen Investitionsrate angelangt sind. - Das ist das eine.

Damit lassen Sie mich zum Personal kommen! Es ist ja sehr widersprüchlich, was hier

(Trinius (SPD))

- (A) vorgetragen worden ist. Hier werden 1 500 Stellen zusätzlich für Lehrer verlangt. Es wird verlangt, 2 000 Stellen, die gegenwärtig noch nicht als künftig wegfallend ausgewiesen sind, im Jahre 1989 zusätzlich abzubauen. Dies ist der CDU-Antrag: zusätzlich 2 000 Stellen, quer durch die Einzelpläne hindurch, abzubauen. Das heißt: Das Ungleichgewicht, das wir gegenwärtig schon bei den zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten in unserem Haushalt haben, wird noch zugunsten der Einstellung von Lehrern an den Schulen verschärft. Dann wünsche ich Ihnen viel Erfolg im Gespräch mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; denn genau dies beklagt die ÖTV, daß von den Stellen, die wir zusätzlich bereitstellen, etwa 70 % auf die Schulen entfallen und nur ein sehr geringer Teil auf andere Bereiche entfällt.

Ich sage Ihnen dazu: Wir müssen dieses Ungleichgewicht im Laufe der Jahre, so lange, wie der Tarifvertrag gilt, ausgleichen. Wir werden auch in anderen Bereichen zu Einstellungsmöglichkeiten kommen müssen.

Aber wer hier das Land anklagt, der muß zunächst einmal fragen und zur Kenntnis nehmen: Welche Beschäftigungsmöglichkeiten im Landesdienst werden denn eigentlich geschaffen? Und es ist richtig: Mit Einbringung des Haushalts Nordrhein-Westfalen für das nächste Jahr sind zusätzlich Stellen in der Größenordnung von 2 000 geschaffen worden. Es sind Arbeitsplätze in einer Größenordnung von 3 000 gesichert worden. Daran beißt keine Maus einen Faden ab.

- (B)

Nimmt man die Ergebnisse der Ergänzungsvorlage und die Ergebnisse der Beratung in den Fachausschüssen, insbesondere im Haushalts- und Finanzausschuß, hinzu, dann werden danach in Nordrhein-Westfalen etwa 2 700 neue Stellen geschaffen werden. Sie können dies selber nachrechnen; ich bin gespannt, ob wir übereinstimmen.

Nun will ich Ihnen noch einige Vergleichswerte nennen, damit Sie den Blick auch einmal über die Grenzen des Landes hinaus werfen.

Die bayerische Staatsregierung klagt, der Personalkostenanteil sei zu hoch; er beträgt dort 42 %. Bayern schließt daraus, also habe das Land keinen Spielraum für die Neueinstellung bzw. für die Einrichtung neuer Stellen. "Bayern hat keinen Spielraum" - erklärt Bayern.

In Niedersachsen erklärt Frau Breuel, sie rücke keine einzige neue Stelle heraus, um

mit dieser eine Beschäftigungswirkung auszulösen - im Zusammenhang mit dem Tarifabschluß.

(C)

Dann noch einen Blick auf Baden-Württemberg! Dort wird über einen Zeitraum von zwei Jahren - das Land hat einen Doppelhaushalt - die Zahl der Stellen um 0,33 % vermehrt. Das macht für das eine Jahr 340 Stellen und für das darauffolgende Jahr 340 Stellen aus.

Nun kann man die Zahl der Stellen von Baden-Württemberg und diese zusätzlichen Stellen in Relation setzen und kann umrechnen, was das für Nordrhein-Westfalen bedeuten würde. Wenn man wie in Baden-Württemberg verfahren würde, so würde das für Nordrhein-Westfalen im ersten Jahr, 1989, 550 Stellen und für 1990 ebenfalls zusätzlich 550 Stellen bedeuten.

Tatsächlich liegen wir wesentlich darüber: Wir richten etwa 2 700 zusätzliche Stellen ein. Man muß sich das vor Augen halten, um es vergleichen zu können: Nordrhein-Westfalen leistet zwischen dem Drei- und Sechsfachen, wenn Sie die Sicherung von Stellen, bei denen die Absetzungsvermerke künftig wegfallen, mit einbeziehen. Das ist die Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen. Baden-Württemberg gilt bundesweit als finanzstark und leistet wesentlich weniger als wir in unserem Lande. Ich meine, das alles müssen Sie bei Ihrer Kritik, die Sie hier vortragen, berücksichtigen.

Für mich stellt sich die Frage: Wie können Ministerpräsidenten in Hessen oder Niedersachsen oder auch in Baden-Württemberg einen Tarifabschluß unterschreiben, von dem sie anschließend erklären, daß sie ihn überhaupt nicht umsetzen?

(D)

Wir setzen ihn nach Maßgabe der finanzpolitischen Möglichkeiten unseres Landes um; wir setzen ihn so um, daß wir dabei aufgabenkritische Gesichtspunkte heranziehen, denn nicht überall entwickeln sich die Aufgaben gleichmäßig.

Ich will Ihnen auch sagen, was mich in diesem Zusammenhang zusätzlich bedrückt: Wir wissen, daß der Personalbedarf für die Finanzverwaltung nach Refa-Methoden sehr genau ermittelt worden ist. Danach hätten wir gegenwärtig schon ein Fehlglied an Stellen von etwa 2 500.

Nachdem Sie Ihre Steuerrechtsänderungen in Bonn durchgesetzt haben, ermittelt sich wegen des erhöhten bürokratischen Aufwandes, den Sie damit ausgelöst haben, alleine für Nordrhein-Westfalen ein zusätzlicher

(Trinius (SPD))

- (A) Bedarf von mehr als 500, wahrscheinlich 600 bis 700 Stellen. Das heißt: Bevor ich hier überhaupt an eine Umsetzung des Tarifvertrages im Sinne der Schaffung neuer Stellen durch Arbeitszeitverkürzung herankommen kann, muß ich zunächst einmal das Personal aufstocken, bis ich die Aufgaben, wie eigentlich vorgesehen, in diesem Bereich erfüllen kann.

So haben wir von einem Verwaltungszweig zum anderen außerordentliche Ungleichgewichte. Wir können den Tarifvertrag in dem Sinne, daß durch Arbeitszeitverkürzung neue Stellen geschaffen werden, am weitesten im Bereich des Strafvollzuges, bei der Polizei - dort, wo es Wach- und Wechseldienst gibt - und in der Krankenpflege umsetzen. Alleine bei der Krankenpflege sind das 460 Stellen.

Ich würde mich im übrigen freuen, wenn auch die Vertreter der Kassen und diejenigen, die ihnen als Verhandlungspartner, als Träger von Krankenhäusern, gegenüberstehen, mit gleicher Sorgsamkeit den Tarifvertrag für ihre Krankenhäuser umsetzen würden, wie wir dies für unsere Universitätskliniken tun. Wenn man diese Größenordnung nehmen wollte, dann würde das für ein Krankenhaus von 1 200 bis 1 400 Betten bedeuten, daß es im Regelfall einen zusätzlichen Stellenbedarf bei den Pflegekräften von etwa 80 gäbe.

- (B) Meine Damen und Herren! Die Rückführung der Neuverschuldung ist für uns in Nordrhein-Westfalen nie fiskalischer Selbstzweck gewesen. Für uns ging es darum, die finanziellen Handlungsspielräume des Landes zu erhalten, und, wenn möglich, auszubauen. Der Erfolg - ich betone das - bestätigt unseren Kurs: Trotz des über Jahre außergewöhnlich engen Haushaltskorsetts hat es in unseren Anstrengungen um eine ökonomische und ökologische Erneuerung dieses Landes zu keinem Zeitpunkt einen Stillstand gegeben.

Die Schwerpunkte will ich Ihnen auch nennen: Da gibt es einmal die Zukunftsinitiative Montanregionen, die laut Grundgesetz eigentlich vom Bund zu zwei Dritteln mitbezahlt und vom Land nur zu einem Drittel bezahlt werden müßte, eine Initiative, von der Frau Thoben - sie kommt gerade herein - vor etwa 14 Monaten gesagt hat, sie begrüße die Gesetzesinitiative der Landesregierung im Bundesrat als Erfüllung des einstimmig beschlossenen Auftrags des Landtags Nordrhein-Westfalen an die Landesregierung. Frau Thoben, ist das alles drei Monate oder in diesem Falle 14 Monate später schon nicht mehr wahr?

Sie wissen, daß das Land Nordrhein-Westfalen von der Zukunftsinitiative Montanregionen nicht 33 % trägt, sondern 80 %!

- (C) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Trinius, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg?

(Zustimmung des Abg. Trinius (SPD))

- Bitte sehr!

Dautzenberg (CDU): Herr Trinius, würden Sie denn einräumen, weil ZIM ja ein Arbeitstitel ist, daß bei vielen Maßnahmen von ZIM, wo es um Gemeinschaftsaufgaben geht, eben die Finanzierung anders ist als Sie sie hier dargestellt haben?

Trinius (SPD): Nein, nein. Man hätte sich auch sehr wohl auf all die Projekte verständigen können, die genau den Erfordernissen des Artikels 104 des Grundgesetzes entsprechen. Die Verantwortung hätte beim Land gelegen, wie sich das gehört.

(Dautzenberg (CDU): Es geht um die Finanzierung.)

Es ging um ein Volumen von 500 Millionen DM pro Jahr. Dieses Volumen hatte sich ergeben in vorsichtiger Anlehnung an jene Größenordnung, die der Bundesgesetzgeber für die Werftenstandorte und für die Küstenregionen beschlossen hatte. Der Planungsausschuß war dann im November 1987 zu der Übereinkunft gekommen, Nordrhein-Westfalen müsse gleich behandelt werden. Das ergab ein Volumen von mindestens 2 Milliarden DM, nur wenn man Nordrhein-Westfalen gleich behandeln wollte, zwei Milliarden, über vier Jahre verteilt. Dann kann man sich anschließend darüber unterhalten, was alles darunter fallen soll. Aber hier wurde ein Weg gefunden, der im Ergebnis dazu führt, daß Nordrhein-Westfalen 80 % und der Bund knapp 20 % bezahlt.

- (D) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Trinius, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(Trinius (SPD): Ja.)

- Bitte sehr.

Frau Thoben (CDU): Herr Trinius, würden Sie mir zustimmen, daß diese Prozentberechnung, die Sie vortragen, u. a. damit zusammenhängt, daß in den Montanregionen des Landes von der Landesseite aus nichts mehr getan wird, was Sie nicht unter der Überschrift ZIM verkaufen? Daß Sie also alle Bewilligungen im Rahmen originärer Landesaufgaben inzwischen mit dem neuen Briefkopf an die Kommunen verschicken?

(A) Trinius (SPD): Entschuldigen Sie, Frau Thoben, es wird in den Montanregionen sogar noch wesentlich mehr vom Land getan, als von ZIM ermöglicht worden ist. Und dann will ich Ihnen noch etwas anderes sagen: Wir bauen ein nächstes, sehr wichtiges Programm auf, nämlich die Internationale Bauausstellung Emscher, Größenordnung etwa zwei Milliarden, in einem Zeitraum etwa bis 1995. Damit legen wir als Land Nordrhein-Westfalen eine zweite große Zukunftsinitiative für das nördliche Ruhrgebiet auf. Unter den ungeheuren Lasten, die wir tragen müssen - bei denen Sie noch dazu beitragen, daß sie auch noch erhöht werden, indem Sie gesetzwidrige Vorhaben der Bundesregierung hier zu legitimieren versuchen -, unter diesen Voraussetzungen legen wir noch einmal das gleiche auf für das nördliche Ruhrgebiet. Eine außerordentliche Leistung!

(Beifall bei der SPD)

Ich an Ihrer Stelle würde sagen, dem schließen wir uns an, wenn ich Opposition wäre. Ich an Ihrer Stelle hätte heute morgen gesagt: Gott sei Dank, daß die Kohlepolitik das erste Thema ist; denn das ist das wichtigste Problem für diese Region, und für die sind wir alle zuständig.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Trinius, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Thoben?

(B)

(Trinius (SPD): Ja.)

- Bitte sehr!

Frau Thoben (CDU): Herr Trinius, ich gehe davon aus, daß Sie mit mir der Überzeugung sind, daß wir für alle Regionen und alle Probleme des Landes zuständig sind.

Trinius (SPD): Das brauchen Sie einem Ostwestfalen nicht zu sagen!

Frau Thoben (CDU): So! Vor dem Hintergrund kann ich Ihre Aussage, die Sie gerade machen, natürlich nicht richtig verstehen. Was meinen Sie denn mit der zusätzlichen Anstrengung, die das Land jetzt macht? Verstehen Sie darunter, daß Sie in den Haushalt 160 Millionen DM eingestellt haben - weil das angeblich dringend sei, weil Bonn nicht zahlt -, von denen ganze vier Millionen gebraucht worden sind?

Trinius (SPD): Nein. Also, Frau Kollegin, wir können natürlich Verpflichtungen für die Folgejahre eingehen. Sie wissen so gut wie

ich: Wenn Sie ein Programm in die Planung gehen lassen, führt das zunächst einmal dazu, daß Sie einen gewissen Planungstau bekommen. Das ist ein übliches Ergebnis von solchen Planungen. (C)

(Dautzenberg (CDU): Das wird in Bonn auch gemacht!)

Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, daß, wenn der Bund sich mit insgesamt 80 Millionen DM beteiligt, von denen er gegenwärtig auch noch nicht eine müde Mark bar herausgerückt hat - das erste Bargeld fließt im nächsten Jahr -, dann sind das nun einmal leider nur 20 % von den 520 Millionen DM des gesamten Programmes. Es sind sogar weniger als 20 %.

Das Grundgesetz sieht für solche Aufgaben genau eine Zweidrittelbeteiligung des Bundes vor. Ich weiß, daß Sie sich gern daran vorbeimogeln möchten, aber wenn Sie das mit einer weiteren Frage versuchen wollen, bitte!

Meine Damen und Herren, ich hatte auf ein paar Schwerpunkte hingewiesen. Zusätzlich möchte ich folgendes erwähnen: Wenn wir den Notzuschlag für die Hochschulen auf 36,5 Millionen DM aufstocken, dann ist das eine Steigerung um 40 % von einem auf das andere Jahr. Das ist eine unerhörte Leistung; Kollege Kniola hat vorhin darauf hingewiesen. Wir haben in den letzten Jahren für den Notzuschlag für die Hochschulen mehr ausgegeben als alle anderen Länder zusammen. (D)

Ich will Ihnen auch sagen, was uns zusehends stimmt. Das ist die Entwicklung der Wirtschaft in unserem Lande, woran die Hochschulen einen großen Anteil haben. Frau Kollegin Thoben, Sie kennen sicherlich die Zahlen auch. Das Bruttosozialprodukt in Nordrhein-Westfalen hat sich im ersten Halbjahr 1988 überdurchschnittlich um real 4,1 % gegenüber 3,9 % im Bundesdurchschnitt entwickelt.

(Abg. Dr. Linszen (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Aber hier besteht eine Unklarheit: In einem sachlichen Zusammenhang dürfen nur zwei Fragen gestellt werden. Diese sind erschöpft. Das sieht die Geschäftsordnung so vor; das mußte deutlich gemacht werden. - Bitte schön!

(A) Trinius (SPD): Hier ist in Haushaltsplanberatungen häufig beklagt worden, daß die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich - mit etwa einem Abstand von einem Prozentpunkt - zum Bundesdurchschnitt verlaufe. Eine berechtigte Klage! Man muß aber auch zur Kenntnis nehmen, daß sich diese Spanne schon seit etwa zwei Jahren verringert. Im ersten Halbjahr dieses Jahres liegen wir erstmals seit etwa 16 Jahren bei der Entwicklung des Sozialprodukts über dem Bundesdurchschnitt.

Ich will jetzt nicht auf die Faktoren eingehen, die dem zugrunde liegen können, aber der Trend kehrt sich um. Wir haben die Chance, den Rückstand, den wir bei den Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts hatten, aufzuholen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Trinius, ich muß Sie noch einmal unterbrechen. Es ist ein neuer Sachzusammenhang eröffnet. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Linssen zu?

(Trinius (SPD): Ja!)

- Bitte schön!

(B) Dr. Linssen (CDU): Herr Kollege Trinius, wenn Sie die Entwicklung des Bruttosozialprodukts hier in Nordrhein-Westfalen so darstellen: Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie glauben, daß es sich hierbei nicht nur um einen konjunkturellen Fortschritt handelt, sondern daß wir in der Umstrukturierung wirklich schon an das angeknüpft haben, was in anderen Ländern geschehen ist, und daß wir da keinen Nachholbedarf mehr haben?

Trinius (SPD): Ich habe den Eindruck, es beruht auf Fortschritten und Erfolgen in der Umstrukturierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Das heißt aber nicht, daß wir einen Stand erreicht hätten, auf dem wir ausruhen dürften. Dieser Prozeß der Umstrukturierung muß vielmehr energisch fortgesetzt werden, was nicht wir als Land allein können.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Ich kann das auch an einigen Punkten belegen. Zunächst ist weiterhin wichtig: Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem in Nordrhein-Westfalen liegt bei knapp 80 000 DM im Jahr. Damit nehmen wir den zweiten Platz im Bundesgebiet ein, nach Hessen, vor Baden-Württemberg, vor allen anderen Flächenländern.

(Zuruf des Abg. Dreyer (CDU))

(C) Es kommt ferner hinzu, daß seit 1983 in Nordrhein-Westfalen etwa 200 000 neue Beschäftigungsverhältnisse begründet worden sind - auch dies eine wichtige Tatsache; denn das ist der positive Saldo, der sich trotz der erheblichen Beschäftigungseinbrüche bei Kohle und Stahl ergibt. Und dann ist wichtig, in dem Zusammenhang zur Kenntnis zu nehmen - Sie fragten ja nach den strukturellen Zusammenhängen, Herr Kollege Dautzenberg -, daß die mittelständische Wirtschaft und auch die kleinindustrielle Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zunehmend an Gewicht gewinnen.

Das läßt sich an Zahlen nachweisen. Auf 1 000 bestehende Unternehmen sind im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen fast 28, im Bundesgebiet dagegen nur knapp 24 gegründet worden. Das heißt, Nordrhein-Westfalen ist für Neugründungen von Firmen attraktiv geworden. In noch stärkerem Maße ist dies erkennbar bei industriellen Kleinbetrieben. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen zwischen 1977 und 1986 1 470 Neugründungen industrieller Kleinbetriebe. In allen übrigen Bundesländern sind es zusammen dagegen nur knapp 1 000. Das muß man gegeneinander halten. Ich glaube, dann kann man ablesen, daß Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg im Strukturwandel und in der Lage ist, diesen Strukturwandel auch zu bewältigen.

(D) Sie wissen auch, wie die IHKs die Entwicklung des Ruhrgebiets beurteilen. Gerade Sie, Frau Thoben, stehen diesen Einrichtungen besonders nahe. Der letzte gemeinsame Bericht der IHKs für das Ruhrgebiet ist ermutigend und sehr aufschlußreich.

Deswegen möchte ich, meine Damen und Herren von der Opposition, die Sie in diesem Hause so häufig einen angeblichen Stillstand in der Landespolitik beklagen, meine Ausführungen schließen mit der Bemerkung, die jüngst Heinz Günther Kemmer in der "Zeit" vom 25. November zu dem von Kardinal Hengsbach gegründeten Initiativkreis Ruhrgebiet gegeben hat. Kemmer wirft in seinem Artikel die Frage auf, welche Gründe wohl Industrielle wie den VEBA-Vorsitzenden Rudolph von Bennigsen-Voerder und den Sprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, dazu bewogen haben mögen, bei diesem Initiativkreis mitzuwirken. Er kommt dabei zu folgender Erklärung - ich zitiere -:

Es ist wahrscheinlich, daß die Industriellen den Zeitpunkt für gekommen halten, zu dem eine solche Initiative Erfolg haben kann. Das Revier ist ihrer Meinung nach wohl an einem Wendepunkt angelangt. Und wenn es aufwärts geht, will jeder gern dabei sein.

(Trinius (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren von der CDU, verpassen Sie nicht den Aufstieg, den das Land Nordrhein-Westfalen nimmt!

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Apostel für die Fraktion der SPD.

Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen sind heute in der Logik nicht ganz einfach nachzuvollziehen. Deswegen bin ich hier noch einmal aufgerufen, zum Einzelplan 06 etwas zu sagen, vor allem, weil vorhin Herr Schauerte sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß sich hier große Notsituationen an den Hochschulen eingestellt haben und man eigentlich sehr viel schneller irgendwelche Notprogramme in Gang setzen muß.

Uns erreichen ja auch bei den Haushaltsplanberatungen und im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen erhebliche Zuschriften aus den einzelnen Hochschulen. Da wird das gleichfalls beklagt. -

(Abg. Dr. Pohl (CDU) spricht mit einem Schriftführer.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Apostel, fahren Sie in Ihrer Rede bitte fort.

- (B) Apostel (SPD): Die Kollegen der CDU-Fraktion haben diese Sorgen um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen, vor allen Dingen um die Leistungsfähigkeit der Hochschulverwaltung, hier ebenfalls schon vorgetragen, indem sie eine Anfrage gestellt haben und sich damit nach den Beförderungsmöglichkeiten innerhalb einer Hochschule informieren wollen. Ich denke, daß die Beförderungsmöglichkeiten wohl nicht das Problem sind, über das wir heute reden, sondern es geht tatsächlich darum, was denn in unseren Hochschulen passiert. Wenn man die Kommentare in den einzelnen Zeitungen in unserer Republik verfolgt, dann kann man als normal empfindender Bürger eigentlich nur das Gefühl entwickeln - -

(Abg. Dr. Pohl (CDU) spricht mit Kollegen seiner Fraktion.)

- Herr Kollege Pohl, störe ich? - Danke schön!

(Dr. Pohl (CDU): Die Reihenfolge der Redner war bei der CDU eine andere!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Apostel ist hier als Redner genannt worden. Ich habe ihn deshalb aufgerufen, und er hat nun das Wort.

Apostel (SPD): - Schönen Dank, Herr Präsident. - Wenn wir die Kommentare in den Zeitungen, die sich mit den Vorgängen an den Hochschulen auseinandersetzen, zur Kenntnis nehmen, dann muß man als einfacher Bürger das Gefühl bekommen, daß die Hochschulen eigentlich so etwas ähnliches wie ein Selbstzweck wären und gar nicht mehr eine bestimmte Aufgabe erfüllten, einen bestimmten Auftrag und damit auch bestimmte Mengen zu erbringen hätten.

Weil das so ist, will ich einmal versuchen, Fakten in die Diskussion einzubringen. Eine Zusammenstellung der Studienanfängerzahlen für das Wintersemester 1988/89 hat uns die Ministerin für Wissenschaft und Forschung mit Schreiben vom 14. November 1988 zur Verfügung gestellt, d. h. also, allen Abgeordneten dieses Hauses. Danach haben an den Hochschulen 61 500 Studenten ihr Studium aufgenommen. Das sind insgesamt 5,9 % mehr als im Vorjahr und 2,7 % mehr als 1983/84. Ich gehe auf diesen Bereich noch einmal ein, weil 1983/84 der bisherige Höhepunkt der Neumatrikulationen an den Hochschulen war.

Diese unbestrittene Zahlenentwicklung muß daraufhin untersucht werden, wie sich die Studienanfänger auf die einzelnen Hochschulen verteilen. Die Technische Hochschule Aachen und die Universitäten sind daran mit 28 051 Studienanfängern beteiligt. Der stärkste Zugang ist übrigens nicht, wie es sich aus den Zuschriften ableiten ließe, in Bonn oder Köln zu verzeichnen, sondern in Dortmund. Dort hat sich die Zahl der Studenten im Vergleich zum Vorjahr um 12,5 % erhöht, in Bonn dagegen nur um 0,9 %. 1983/84 ist die Anfängerquote in Bonn sogar - -

(Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktionen beraten mit den Schriftführern.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte die Herren Parlamentarische Geschäftsführer, ihre Verhandlungen hinter der Wand zu führen; hier im Saal stört es.

(Hardt (CDU), sich in Verhandlungen mit den Schriftführern befindend: Wir gucken nur zu, wie das Präsidium hier verfährt.)

Das Präsidium verfährt gemäß den Mitteilungen über die Wortmeldungen. Das kann ich nicht entscheiden.

(Hardt (CDU), bei den Schriftführern stehend: Sie sind aber der Präsident!)

(C)

(D)

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Hier sind die Verhandlungen nicht zu führen!
- Herr Apostel, Sie haben das Wort.

Apostel (SPD): Noch einmal zur Erinnerung: 1983/84 hatten wir den Höhepunkt, was die Zahl der Studienanfänger angeht. Von diesem Zeitpunkt ab jedoch bis in das vergangene Jahr hinein reduzierten sich die Zahlen immer etwas. In Bonn lagen die Anmeldungen in diesem Jahr sogar 10,5 % unter denen des Jahres 1983. Von daher muß man, spricht man über den Studentennotstand, fairerweise auch über diese Zahlen reden. Man darf nicht einfach nur das nachvollziehen, was einem möglicherweise irgendwelche interessierte Kreise erzählen.

Herr Professor Dr. Posdorf hat hier ausgeführt, wie in der Energiepolitik müßten wir vielleicht in der Bildungspolitik bereit sein, den Mut zur Wahrheit aufzubringen. Er hat hier die Situation von Studienanfängern und Schülern mit dem Schicksal von Bergleuten und wahrscheinlich auch mit dem Schicksal von Stahlarbeitern verglichen. Ich denke, hier gibt es einen ganz kleinen, wenn auch wichtigen Unterschied. Muß ich mit unbequemen Studienbedingungen leben, ist das aus meiner Sicht etwas ganz anderes, als wenn es darum geht, ob ich einen Arbeitsplatz bekomme oder nicht. Bei all den hier zur Diskussion stehenden Verlagerungen an den Hochschulen geht es nicht darum, daß irgend jemand arbeitslos werden könnte. Es geht darum, ob irgend jemand möglicherweise in Zukunft an einer anderen Stelle arbeiten soll. Und noch nicht einmal darum geht es vorrangig, sondern es geht im wesentlichen darum, daß freiwerdende Stellen mit Mitarbeitern aus anderen Disziplinen besetzt werden. Es soll nämlich wegen des notwendigen Strukturwandels an den Hochschulen ausschließlich umverteilt werden. Es geht nicht um Stellenabbau - so allerdings wird es hier immer wieder dargestellt -, während es in der Industrie, bei der Kohle und beim Stahl effektiv um 15 000, um 20 000 Arbeitsplätze geht, die ohne Ersatz entfallen. Ich bitte schon darum, daß das nicht fälschlicherweise miteinander verglichen wird.

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Apostel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Posdorf?

(Apostel (SPD): Bitte schön!)

Dr. Posdorf (CDU): Herr Kollege Apostel, sind Sie bereit anzuerkennen, daß ich hier nicht Schicksale verglichen habe, sondern nur als Frage gestellt habe - das ist auch meine Meinung -, ob wir auch bereit wären, wenn wir im Bereich der Kohlepolitik jetzt endlich

zu einer gemeinsamen Wahrheit kommen, dies auch in der Wissenschaftspolitik zu machen? Sind Sie bereit, hier zu erklären, daß der Vergleich, den Sie aus meiner Frage gemacht haben, nicht richtig ist?

(C)

Apostel (SPD): Danke schön, ich bin froh, daß Sie das so klarstellen. Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, daß Sie eine böse Absicht haben, sondern ich wollte Ihnen deutlich machen, daß aus dem, wie Sie es gesagt haben, das leicht so entnommen werden kann. Wenn Sie es nicht so gemeint haben, will ich gern darauf hoffen, daß wir, wie man so schön sagt, gemeinsam die Vernunft der Fakten anerkennen können.

Die Anfängerquote hat sich übrigens an den Gesamthochschulen stärker als an den Universitäten und den Technischen Hochschulen entwickelt. Den stärksten Anstieg an Studienanfängern hat die Fernuniversität Hagen mit 24,5 % zu verzeichnen. Gegenüber 1983/84 ist dort die Studienanfängerzahl sogar um 88 % gestiegen.

Betrachtet man also die Gesamthochschulen insgesamt ohne die Fernuniversität Hagen, was eine Verfälschung mit sich brächte, so kommt man zu einem Anstieg der Studienanfängerzahlen im Vergleich zum Vorjahr um 18 % und gegenüber dem Spitzenjahr 1983 um 6,3 %. Die Einschreibungen an den Universitäten allerdings sind im Durchschnitt gesehen um 5,9 % gegenüber 1983 zurückgegangen. Ich bitte hier zur Kenntnis zu nehmen, daß von einem allgemeinen Anwachsen, von allgemeinen Schwierigkeiten an den Hochschulen überhaupt keine Rede sein kann, was nicht dagegen spricht, daß in bestimmten Bereichen eine unverträgliche Überlast vorhanden sei.

(D)

Meine Damen und Herren, es ist auch festzustellen, daß sich die Entwicklung an den Fachhochschulen geringfügig entspannt hat; denn die Fachhochschulen insgesamt haben einen Rückgang der Studienanmeldungen zu verzeichnen. Von den Universitäten einschließlich der TH Aachen kann nur Köln einen Zugang von 212 Studenten melden. Alle anderen haben, gemessen an 1983/84, niedrigere Anmeldungen. Nur die Deutsche Sporthochschule Köln hat noch einmal 163 Studenten mehr. Das sind die beiden Ausnahmen: die Sporthochschule und die Universität Köln.

Wer in verantwortlicher Art und Weise das Geschehen an unseren Hochschulen beurteilen will, muß schon die Gesamtsituation beurteilen und bewerten. Es ist einfach nicht redlich und auch den Gegebenheiten nicht besonders zuträglich, wenn ein besonderer Mangel

(Apostel (SPD))

- (A) beschrieben wird, wenn dieser Mangel gleichsam als Abbild der Wirklichkeit für die Gesamtheit aller Hochschulen beschworen wird. Das ist nicht sinnvoll und auch nicht redlich.

In den Zuschriften wird nur zu häufig die Notwendigkeit beschworen, die Geisteswissenschaften zu stützen und zu stärken. Das haben hier auch mehrere Vorredner heute schon gesagt. Gleichzeitig wird behauptet, daß die Ingenieurwissenschaften auf Kosten der Geisteswissenschaften ausgebaut würden. Um diesem Vorwurf, der auch von den Oppositionsparteien hier immer wieder vorgetragen wird, nachgehen zu können, muß man wohl ebenfalls die Fakten zur Grundlage machen und sich auch gefallen lassen, daß die Fakten bewertet werden.

Lassen Sie mich deshalb einige Fakten hinzufügen. Im Wintersemester 1987/88 hatten wir an den Universitäten und Gesamthochschulen sowie an der Technischen Hochschule Aachen zusammengenommen 16 428 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon bei der Medizin 4 392, so daß ohne Medizin eine Summe von 12 036, also rund 12 000 wissenschaftlichen Mitarbeitern zur Verfügung stand. Wie verteilen sich nun diese wissenschaftlichen Kräfte auf die Disziplinen, und welche Studienanfängerkapazitäten entstehen daraus?

- (B) In den Kulturwissenschaften finden wir 3 855, in den Gesellschaftswissenschaften 1 714, in den Naturwissenschaften 4 074 und in den Ingenieurwissenschaften 2 392. Daraus entstehen Studienanfängerkapazitäten außerhalb der Medizin in Höhe von 33 326 Studenten, wenn man die Betreuungsrelationen hinzuzieht, die ja mit dem Wissenschaftsrat vereinbart worden sind.

Diese Studienanfängerkapazitäten verteilen sich zu 13 600 auf die Kulturwissenschaften, das sind 40,9 % der gesamten Kapazität; die Gesellschaftswissenschaften haben 7 884, das sind 23,7 % der Kapazität; die Naturwissenschaften haben 7 740, das macht 23,2 %; und die Ingenieurwissenschaften haben 4 068 gleich 12,2 % der Studienanfängerkapazität außerhalb der Medizin.

Es ist also festzustellen: Die Studienanfängerkapazität in den Kultur- und Gesellschaftswissenschaften beträgt im Wintersemester 1987/88 64,6 % der gesamten Studienanfängerkapazitäten an den Gesamthochschulen, technischen Hochschulen und Universitäten, den sogenannten - zusammenfassender Begriff - wissenschaftlichen Hochschulen. 64,6 % der Anfängerkapazitäten! 23,2 % der Studienanfängerkapazitäten liegen bei den Naturwissenschaften und nur 12,2 % bei den Ingenieurwissenschaften!

(C) Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie verlangen ja so häufig ein Gesamtkonzept. In der "Bildungsplanung 2000", über die wir mehrfach gesprochen haben, ist beispielsweise eine Verteilung der Kapazitäten auf Kultur- und Gesellschaftswissenschaften zu 55 % und auf Natur- und Ingenieurwissenschaften zu 45 % beschrieben und vorgesehen. Aus der jetzigen Situation und der Zielplanung ergibt sich tatsächlich ein Hauptungleichgewicht zwischen den Kulturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften. Wir meinen, 55 % der Studienanfängerkapazität reserviert für die Kultur- und Gesellschaftswissenschaften wäre eine Größenordnung, die sachgerecht ist.

Wir sind weiter der Auffassung, daß tatsächlich in unserer heutigen Zeit, die immer neue Problemlösungen für technische Prozesse erfordert, die Studienanfängerkapazität für die Ingenieurwissenschaften mindestens auf 22 % angehoben werden müßte.

Es hat also ein Strukturwandel innerhalb der Hochschulen stattzufinden, der nicht auf die Zerstörung von Kultur- und Geisteswissenschaften, sondern auf eine sachgerechte Größe hinzielt. Die Hochschulen können sich daran beispielhaft beteiligen, indem sie vorleben, was sie in wissenschaftlichen Artikeln den Bergleuten und Stahlarbeitern empfehlen.

(D) Wie überall, meine Damen und Herren von der Opposition, kommt es auch im Bereich von Lehre und Forschung darauf an, wie denn die gewonnenen Erkenntnisse in Handeln umgesetzt werden. Sie alle sind bei der weiteren Verfolgung des Haushaltes 06 aufgefordert, den notwendigen Strukturwandel an den Hochschulen zu unterstützen und mitzuvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Ich darf nunmehr Herrn Abg. Arentz für die Fraktion der CDU aufrufen.

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des nicht anwesenden Ministerpräsidenten ist in allen Parlamenten der richtige Zeitpunkt, um über die Verantwortung des Regierungschefs in den politischen Schwerpunkten der Landespolitik, der Bundespolitik zu sprechen.

Herr Kollege Reul hat heute morgen dringende Fragen zur Schulpolitik gestellt. Der Herr Ministerpräsident hat Herrn Abg. Dr. Dammeyer antworten lassen. Herr Kollege Posdorf hat die brennenden Probleme der Hochschulen dargestellt. Der Herr Minister-

(Arentz (CDU))

- (A) präsident hat wiederum nicht selbst geantwortet;

(Henning (SPD): Warum soll er auch?)

er hat Frau Brunn antworten lassen, deren Name inzwischen zum Synonym für eine chaotische Hochschulpolitik geworden ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Kollege Schauerte hat nach der Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten bei der Umsetzung des Tarifvertrages im Hinblick auf den öffentlichen Dienst gefragt. Wieder hat Herr Rau nicht geantwortet. Nicht nur der Beamtenbund und die DAG, sondern auch die Gewerkschaft ÖTV ist zutiefst enttäuscht über den Umgang dieser Landesregierung mit ihren eigenen Arbeitnehmern und dem Tarifvertrag.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist schon außerordentlich selten und deswegen um so bemerkenswerter, wenn die ÖTV kurz hintereinander Presseerklärungen mit den Überschriften herausgibt: "Konflikt zwischen ÖTV und Düsseldorfer Sozialdemokraten",

"ÖTV und Sozialdemokraten auf Konfliktkurs", "Die für den öffentlichen Dienst führende Arbeitnehmerorganisation fühlt sich von den Düsseldorfer Genossen übers Ohr gehauen" - so wörtlich in einer Erklärung der ÖTV!

- (B) Wir stellen fest: Die Art und Weise, wie die Landesregierung den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst umgesetzt hat, ist unerträglich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das, was der Ministerpräsident hier getan hat, ist auch kein persönlicher Beitrag zu mehr Glaubwürdigkeit für die Politik. Die Sozialpolitik gehört mit in den Reigen der wichtigsten Politikbereiche. Dabei geht es uns sowohl um die Bilanz der bisherigen Sozialpolitik als auch um die Frage, wie die Landesregierung heute auf die zukünftigen Herausforderungen der Sozialpolitik antworten will.

Die Bilanz der Sozialpolitik der Regierung Rau ist glanzlos. In vielen Bereichen ist der Rotstift zum Erkennungsmerkmal sozialdemokratischer Sozialpolitik geworden. Rauhe Zeiten sind vor allem für Personengruppen eingetreten, die sich nicht wehren können. Zwar hat Herr Rau 1980 in seiner Regierungserklärung versprochen, die solidarische Gesellschaft zu schaffen; in Wirklichkeit aber hat er unsolidarisch gehandelt.

Herr Rau hat Politik auf dem Rücken der Behinderten betrieben. In der Regierungserklärung von 1980 hat er gesagt: Ich rufe alle Arbeitgeber auf, die behinderten Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Da sollte sich niemand freikaufen wollen. (C)

Tatsache ist: Seit 1980 hat das Land Nordrhein-Westfalen 20 Millionen DM an Strafe gezahlt, weil Herr Rau die Beschäftigtenquote an Schwerbehinderten nicht erfüllt.

(Dr. Pohl (CDU): Das gibt es doch nicht!)

- So ist es leider, Herr Kollege Dr. Pohl.

(Dr. Pohl (CDU): Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Diese Landesregierung zahlt lieber Straf-gelder, als Schwerbehinderte in Arbeit zu bringen.

(Frau Robels (CDU): Ein Skandal ist das!)

Herr Rau tut das Gegenteil vom dem, was er von privaten Arbeitgebern fordert.

(Dr. Pohl (CDU): Es ist ein Skandal!)

Wer soll Herrn Rau eigentlich noch glauben?

(Doppmeier (CDU): Herr Heinemann! - Minister Heinemann: Ich komme gleich, seien Sie doch ruhig! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten - Schultz (SPD): Zieht den Arentz zurück, dann spricht Heinemann! - Doppmeier (CDU): Bei solch einem Thema müßte der Ministerpräsident anwesend sein! - Frau Robels (CDU): Er ist wieder nicht da; er glänzt den ganzen Tag durch Abwesenheit! - Anhaltende Unruhe - Erneut Glocke des Präsidenten) (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich bitte die Zwischenrufe jetzt einzustellen; Herr Kollege Arentz hat das Wort.

Arentz (CDU): Herr Kollege Doppmeier, ich kann mir vorstellen, daß Herr Rau deswegen nicht gerne anwesend ist, weil es ihm peinlich ist, wenn wir seine Sozialpolitik einer näheren Betrachtung unterziehen.

(Beifall bei der CDU)

Denn Herr Rau hat gnadenlos Politik gemacht auf dem Rücken der alten Menschen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Arentz (CDU))

- (A) 1980 betrug der Haushaltsansatz für Altenhilfen im Haushalt des Landes 399 Millionen DM; davon wurden mehr als 260 Millionen DM ausgegeben. In diesem Jahr gibt es nur noch 175 Millionen DM. Diese massive Kürzung von Mitteln ist um so unverständlicher, als die Zahl der alten Menschen im gleichen Zeitraum in Nordrhein-Westfalen um 50 % angestiegen ist.

(Weiss (CDU): Hört, hört!)

Ist das etwa die Einlösung des Versprechens, Nordrhein-Westfalen werde unter Führung der SPD das soziale Gewissen der Nation sein?

Herr Rau hat Politik auf dem Rücken der Pflegenden gemacht. Der Notstand in der Altenpflege, die Probleme in der Krankenhauspflge schreien zum Himmel. Heute seit 15.00 Uhr findet in der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg eine große Protestkundgebung des Deutschen Berufsverbandes für Krankenpflege statt. Personalmangel, Akkordpflege, Arbeits-hetze, Sparmaßnahmen, Ausgebranntsein des Personals in Krankenhäusern und Altenheimen - das kennzeichnet die Situation in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung des Abg. Weiss (CDU))

- (B) Was hat denn diese Landesregierung getan, um dem größeren Bedarf an Altenpflegern, Krankenpflegern, Krankenschwestern gerecht zu werden? Wo hat sie sich denn dafür eingesetzt, die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für diejenigen Menschen zu verbessern, die unter Verzicht auf ein hohes Einkommen und unter hohem persönlichen Einsatz sich um kranke und pflegebedürftige Mitmenschen kümmern? Was hat denn Herr Rau getan, um den Familien zu helfen, die sich aufopferungsvoll um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern?

Andere Länder, wie Rheinland-Pfalz, wie Berlin, wie Bremen, haben längst ein Landespflegegeldgesetz, wonach es Unterstützung für die häusliche Pflege gibt. Was haben wir in Nordrhein-Westfalen? Wir haben nichts.

Wenn das alles, meine Damen und Herren, eine Politik des sozialen Gewissens ist - wie sie Herr Rau für sich in Anspruch nimmt -, dann ist "Gewissen" etwas sehr Unverantwortliches.

(Zustimmung bei der CDU)

Mindestens genauso bedrückend wie die Bilanz der Untätigkeit bisher ist auch das, was die Regierung im Hinblick auf die Probleme der Zukunft tut. Die Entwicklung, vor der wir

stehen, hat Herr Rau im Bevölkerungsbericht der Landesregierung wohl beschrieben. Da hat er gesagt, wie sich die Altersstruktur der Menschen in Nordrhein-Westfalen verändern wird. Diese Veränderungen sind so gravierend, daß wir vor einer völlig neuen sozialen Wirklichkeit in diesem Lande stehen. (C)

Heute beträgt die Zahl der über 60jährigen 20 % der Einwohner. In 30 Jahren wird fast jeder dritte Bürger unseres Landes über 60 Jahre alt sein. Die Zahl der Jungen geht in der gleichen Zeit dramatisch zurück. Allein bis zur Jahrtausendwende werden wir ein Drittel weniger junge Leute unter 18 Jahren haben als heute. Das sind dramatische Zahlen, auf die die Politik reagieren muß.

Herr Rau hat in seiner Regierungserklärung von 1985 gesagt - ich zitiere:

Noch mehr als bisher müssen wir über die Lebenslage alter Menschen nachdenken, sie stärker in die Gesellschaft einbeziehen und ihre Erfahrung für uns alle nutzen.

Was hat er denn getan, der Herr Rau, um das einzulösen, was er da gesagt hat? Warum dürfen beispielsweise alte Menschen in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene nicht so mitreden wie in anderen Bundesländern? In anderen Bundesländern gibt es einen Landes-seniorenbeirat. In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung den bisher nicht erlaubt. Hat die Landesregierung vielleicht Angst davor, daß sich alte Menschen in Nordrhein-Westfalen zu Wort melden? (D)

Warum gibt es in Nordrhein-Westfalen keine Info-Börsen, Wissensläden wie in Berlin, wo alte Menschen junge Menschen an ihrer Lebens-erfahrung und ihrem Wissen teilhaben lassen können. Alte Menschen sind nicht nur Betreuungsobjekte für die Politik. Wir müssen die Erfahrung und das Wissen, wir müssen das Humankapital auch der älteren Mitbürger stärker nutzen, als es bisher in unserem Lande geschieht.

Die zunehmende Zahl der Älteren zwingt uns natürlich auch, über verstärkte Hilfen für die Pflege nachzudenken. Immerhin brauchen 20 % der über 80jährigen Hilfe. Heute werden noch 90 % der Pflegebedürftigen in den Familien versorgt. Deshalb müssen wir alles dafür tun, um die Pflegekraft der Familien zu stärken.

Norbert Blüm hat mit der Strukturreform im Gesundheitswesen erstmals Hilfen für die häusliche Pflege eingeführt.

(Zuruf von der SPD: Ab zur Krankenversicherung!)

(Arentz (CDU))

- (A) Das ist ein bahnbrechender Schritt in die Zukunft.

Warum verweigert die SPD unseres Landes, warum verweigert Herr Rau nun ebenfalls Hilfen in diese Richtung? Warum weigert sich die SPD, den Sozialstationen mehr Mitarbeiter zu geben und neue Betten für die Kurzzeitpflege bereitzustellen?

Mit dieser Politik, meine Damen und Herren von der Regierung, enttäuschen Sie Menschen, die dringend auf Ihre Hilfe angewiesen sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Notwendig ist auch eine durchgreifende Verbesserung der Pflegesituation in unseren Altenpflegeheimen. Die Personalschlüssel stimmen schon lange nicht mehr. Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Altenpflegerinnen und Altenpfleger müssen dringend verbessert werden. Warum weigert sich die SPD, einem Antrag der CDU zuzustimmen, den jungen Menschen eine Ausbildungsbeihilfe zu zahlen, die heute den Beruf des Altenpflegers erlernen?

Sind Altenpfleger für Sie Menschen zweiter Klasse? Sind Altenpfleger in der Ausbildung weniger wert als andere Auszubildende? Das kann doch alles wohl nicht wahr sein, meine Damen und Herren!

- (B) Notwendig für die Zukunft ist es, unsere Sozialstationen zu stärken. Viele Menschen können bereits heute nur deshalb noch zu Hause bleiben, weil sie ambulante Hilfe durch Sozialstationen, durch "Essen auf Rädern", durch Zivildienstleistende erfahren.

Wie aber sieht die Zukunft aus, wenn die Zahl der Älteren immer größer wird, die Zahl der Einpersonenhaushalte immer weiter zunimmt, die Zahl der Zivildienstleistenden drastisch abnimmt, weil die Zahl der jungen Leute insgesamt so deutlich zurückgeht? Müssen wir uns nicht darauf einrichten?

Was halten Sie denn davon, meine Damen und Herren von der Regierung, daß bereits im Sommer 1988 Caritas-Sozialstationen etwa in der Stadt Duisburg den totalen Pflegenotstand ausrufen mußten? Da haben wir doch Überschriften und Meldungen gesehen: Patienten-Stopp für Sozialstation - Mitarbeiter am Ende Ihrer Kraft. Und das zu Beginn der Urlaubszeit 1988!

Ich frage wirklich: Stört es den Ministerpräsidenten überhaupt nicht, daß die Notrufe der Sozialstationen dramatisch zunehmen? Nordrhein-Westfalen war einmal führend bei

den Sozialstationen, in einer Zeit, als Friedhelm Farthmann noch Sozialminister war. Heute ist Nordrhein-Westfalen auch bei den Sozialstationen zum Schlußlicht unter den deutschen Bundesländern geworden. (C)

Herr Rau hält in diesem Hause und auch außerhalb viele schöne Reden. Es war der ehemalige Landwirtschaftsminister Diether Deneke, dem dazu der Satz eingefallen ist: "Schöne Worte fallen dem" - nämlich dem Ministerpräsidenten - "immer ein." Es geht aber heute nicht nur darum, in der Politik Betroffenheit und Mitgefühl zu zeigen. Notwendig ist vielmehr, die Zukunft durch kreative Lösungen zu gestalten. Wir brauchen einen Umbau unserer sozialen Einrichtungen, um auf die sich abzeichnenden Veränderungen der sozialen Wirklichkeit die richtige Antwort zu geben. Wir brauchen eine radikale Kurskorrektur beim - immer noch nicht anwesenden - Ministerpräsidenten, der vom Reden zum Handeln kommen muß.

Wenn der Ministerpräsident angesichts der von niemandem bestrittenen Veränderungen der Wirklichkeit bei den ausgetretenen, alten und abschüssigen Pfaden seiner Sozialpolitik bleibt, dann werden wir in der Altenpolitik Nordrhein-Westfalens dasselbe erleben, was wir im Ruhrgebiet unter der Verantwortung der SPD bereits mitgemacht haben. Als sich vor 20 Jahren die Strukturkrise bei Kohle und Stahl abzeichnete, hat die SPD in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet alle Veränderungen blockiert. Das Ergebnis ist: Die Probleme der Region sind heute riesengroß. Genauso wird es mit der zunehmenden Zahl der älteren Menschen in Nordrhein-Westfalen auch gehen. (D)

Die CDU hat bei den Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge vorgelegt, wie die Antworten des Landes aussehen sollten. Wir haben auch gesagt, wie dies finanziert werden könnte: dadurch, daß sich nämlich die Bundesregierung vor vier Wochen entschlossen hat, das Land um einen Betrag von 100 Millionen DM zu entlasten, weil die Ausbildung von Krankenschwestern in Zukunft weiter über die Krankenkassen abgerechnet werden kann und nicht vom Land getragen werden muß. Für die Ablehnung unserer Vorschläge für ein altenfreundliches Nordrhein-Westfalen können also auch nicht finanzielle Gründe ins Feld geführt werden. Nein, meine Damen und Herren, es ist die nackte Unbeweglichkeit und die fehlende Bereitschaft der Landesregierung und der SPD, gute Vorschläge anzunehmen, wenn sie von Leuten außerhalb der SPD kommen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Arentz (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, ich denke, entscheidend für den Politiker ist, daß er durch Betroffenheit und Mitgefühl zum Handeln kommt. Der Politiker, der nur von seiner Betroffenheit und seinem Mitgefühl redet wie Herr Rau, ist mit einem Arzt vergleichbar, der seinem Patienten zwar die Diagnose stellt, aber die Therapie verweigert.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Ein solcher Arzt - da stimmen Sie mir sicher zu - wäre fehl am Platz und würde gegen seinen Eid zum Helfen verstoßen. Beim Politiker, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ist das ganz genauso.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Kuhl für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland begegnet den Aussiedlern, die zu uns kommen, durchweg positiv. Die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ist allerdings zunehmend schlechter auf die Aussiedler zu sprechen. Dies wird leider auch dadurch belegt, daß es in diesem Lande inzwischen bereits Ausschreitungen - unter anderem in der Stadt Lage - gegeben hat.

- (B) Dazu geführt haben nicht zuletzt die Beschlüsse dieser Landesregierung, die zwar immer und überall von der Sozialverträglichkeit spricht, aber dort, wo es um das Handeln geht, wo es darum geht, den Worten die Taten folgen zu lassen, kläglich versagt.

Lassen Sie mich vorab einmal den Minister Rolf Krumsiek zitieren, der am 6. Oktober 1988 in einem Interview mit der "Neuen Westfälischen" gesagt hat - ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten -:

Man braucht das Landesaufnahmegesetz nicht zu ändern, weil man durch andere Maßnahmen die Ströme der Aussiedler zumindest dort beeinflussen kann, und zwar durch den zügigen Bau von Übergangswohnheimen auch außerhalb der Orte, die jetzt angelaufen werden. Außerdem kann man leerstehende Liegenschaften des Landes und des Bundes zur Unterbringung in Anspruch nehmen. Schließlich haben auch die Kreise eine Ausgleichsfunktion. Sie müssen möglicherweise von den Vorschriften des Ordnungsbehördengesetzes

Gebrauch machen und leerstehenden Wohnraum zur Unterbringung beanspruchen. (C)

Er sagt weiter:

Man muß auch überlegen, ob Städte mit einem starken Aussiedlerzuzug wie Bielefeld oder Espelkamp von der Aufnahme der Asylbewerber teilweise oder ganz freigestellt werden können.

Soweit das Zitat. Es wird auch bestätigt, daß er es so gesagt hat.

Nun ist ja heute die Stunde des Parlaments. Der Ministerpräsident ist nicht da, aber ich will ihn trotzdem fragen: Herr Ministerpräsident, warum handeln Sie nicht nach den Worten, die selbst Ihre Minister in der Öffentlichkeit verkünden? Sie gehen nach draußen und stellen es so dar, aber gehandelt wird danach nicht.

Ich darf nun in diesem Zusammenhang in Verbindung mit dem Zitat an Düsseldorf erinnern - Elisabethstraße, Friedrichstraße -, wo Möglichkeiten auch in landeseigenen Liegenschaften vorhanden wären, um Aussiedler unterzubringen.

Die Übergangsheime in den Städten unseres Landes sind überfüllt. Aussiedler wohnen heute in Fraktionsgeschäftszimmern, sie wohnen in Turnhallen, in Schiffen, in Containern, in Zelten und in anderen Not- und Behelfsunterkünften. Wir werden, wenn die bisher vorliegenden Zahlen und die auch noch prognostizierten Zahlen der verschiedensten Organisationen zutreffend sind - und ich glaube, daß diese Zahlen stimmen -, mit einem erheblichen Ansteigen der Zahl der Aussiedler rechnen müssen. Dies heißt, daß wir Unterbringungsmöglichkeiten menschenwürdig, aber auf der anderen Seite auch schnell schaffen müssen. Das heißt auch, Herr Minister Heinemann, daß Sie die Kosten nicht den Kommunen auferlegen können. Selbst das durchschnittliche Drittel, das Sie derzeit den Kommunen abverlangen, ist für die Kommunen untragbar.

Sie müssen für den Bau von Übergangsheimen jetzt und heute neue Übergangsheime als intelligente Bauvorhaben errichten, damit diese Übergangsheime nach ihrer Erstnutzung dann auch in auf Familiengröße zugeschnittene Wohnungen umgewandelt werden können. Lassen Sie dabei die Kreativität der Architekten mitarbeiten! Verzögern Sie aber nicht, Herr Minister Zöpel, auf der anderen Seite den Bau von Aussiedlerwohnungen, indem Sie bei einem Kontinent ab 30 zu för-

(D)

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) dernder Wohnungseinheiten einen städtebaulichen Wettbewerb verlangen.

(Minister Dr. Zöpel: Sie haben mich doch dazu aufgefordert.)

- Ich habe Sie gebeten, die Architekten in bestimmten Bereichen zu beteiligen. Das ist korrekt, und das habe ich gerade noch einmal ausgeführt,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

aber daß Sie grundsätzlich ab 30 zu fördernder Einheiten einen Wettbewerb aus-schreiben, dazu habe ich Sie nicht aufgefordert.

(Minister Dr. Zöpel: Das stimmt im übrigen nicht. Ab 60!)

- Nein, ab 30 in diesem Bereich. Im sozialen Wohnungsbau ab 50. Das steht in Ihrer eigenen Vorlage. Tut mir leid!

Die Hilferufe, die wir aus Bonn, aus Neuss, aus Dortmund, aus Oberhausen, aus Lage, aus Espelkamp, aus Bielefeld und aus vielen anderen Städten täglich zu hören bekommen, sprechen hier Bände. Mit jedem Monat, der verstreicht, wird die Situation der Aussiedler unerträglicher. Deshalb ist die Landesregierung aufgefordert zu handeln. Es ist falsch, meine Damen und Herren, nur immer nach der Bundesregierung zu rufen, wie das ja in jeder zweiten Presseerklärung der Landesregierung steht.

(B)

Falsch ist auch - und auch dadurch entstehen ja letztendlich die Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Aussiedlern, die in die Bundesrepublik und insbesondere nach Nordrhein-Westfalen einreisen - die Art und Weise, wie die Landesregierung sich dieses Problems annimmt, wie sie die gesamten Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus ausschließlich auf den Personenkreis richtet und andere Wohnung-suchenden in den Städten inzwischen hören müssen: Wohnungen gibt es nur für Aussiedler.

Herr Minister Zöpel, diese Spannungen zwischen den Aussiedlern und den einheimischen Sozialwohnberechtigten hätten Sie verhindern müssen, hätten Sie gar nicht erst entstehen lassen dürfen.

Inzwischen haben Sie auch bestätigt, daß Nordrhein-Westfalen entgegen den Erwartungen der Bundesregierung kein zusätzliches

- Geld für die Aussiedlerwohnungen aufbringen wird. (C)

(Schultz (SPD): Sie wollen doch den sozialen Wohnungsbau überhaupt abschaffen!)

- Ich weiß: Die 140 Millionen DM, die jetzt kommen, Herr Kollege Schultz! Nur, alles andere ist eben der Vorgriff auf das Wohnungsbauprogramm 1989; das werden Sie doch wohl nicht abstreiten.

Das ist letztlich auch der Beweis dafür, daß Sie das Geld der Bundesregierung als Mitnahmeeffekt einstecken, um das erklärte Ziel der Landesregierung bzw. das des Herrn Minister Dr. Zöpel zu erreichen, nämlich das Landeswohnungsvermögen aufzustocken; denn aus diesem Vermögen wird ja zum jetzigen Zeitpunkt bereits der Härteausgleich finanziert, und er ist wahrlich keine Investitionsausgabe, sondern lediglich ein Abschreibungs- und Verlustgeschäft.

(Schultz (SPD): Er hat es immer noch nicht begriffen.)

- Herr Kollege Schultz, Sie können dazu sagen, was Sie wollen. Nur, der Härteausgleich hätte aus dem Landeshaushalt und nicht aus dem Landeswohnungsvermögen bezahlt werden müssen. Das ist sicherlich amtlich. Ich bin auch ganz froh, daß ich zwar nicht mit Ihnen, aber mit vielen anderen in diesem Lande einer Meinung bin, und das beruhigt mich in dieser Frage in der Tat. (D)

(Schultz (SPD): Sie wollen doch nur den Härteausgleich abschaffen; sagen Sie es doch!)

- Natürlich, daraus mache ich gar keinen Hehl; das habe ich doch immer wieder erklärt. Wir haben auch noch einen Antrag in dieser Frage, den wir noch nicht diskutiert haben, den wir aber, so denke ich, im nächsten Jahr diskutieren werden. Wir haben Ihnen auch vorgeschlagen, in diesem Bereich, nämlich aus diesem Wohnungsbauvermögen, eine Milliarde DM für den Aussiedlerwohnungsbau herauszuholen - das hätte durch Kreditaufnahme möglich gemacht werden können - und dann den anderen sozialen Wohnungsbau für die übrigen, den wir dringend benötigen, aus dem Haushalt zu finanzieren, Herr Kollege Schultz.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Ich empfinde es als etwas unredlich, daß Minister Zöpel am 12. Oktober verkündet, daß 5 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen für Aussiedler bereitgestellt werden; und einige Tage später,

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) am 25. Oktober, verkündet Minister Heinemann den Bau von 9 000 neuen Wohnungen. Die Leute rechnen nach und ermitteln unter dem Strich als Ergebnis 14 000 Wohnungen. Das ist natürlich nicht richtig. Richtig ist nämlich, daß 5 000 Wohnungen aus dem Landeswohnungsbauvermögen gebaut werden - im Vorgriff auf 1989 -, und richtig ist auch, daß weitere 4 000 Wohnungen mit Hilfe der Gelder der Bundesregierung gefördert werden, wozu die Landesregierung dann 140 Millionen DM hinzugibt. Auch das ist korrekt. - Nur, die Aussagen, so, wie sie gemacht werden, sind eben nicht in Ordnung.

Heute haben wir - ich habe sie erst heute bekommen - erneut eine Darstellung von Minister Heinemann erhalten, die sich nicht wesentlich von dem unterscheidet, was Sie am 16. Oktober herausgegeben haben. Hier ist als Datum "November" genannt, allerdings ohne das Tagesdatum anzugeben. Das geben Sie nun laufend heraus, und jeder nimmt an, daß es etwas Neues sei. Nur, es ist eben nichts Neues.

Dann darf ich auch dieses sagen: Hätten Sie den Beschluß der Bundesregierung vom 31. August 1988, den die Bundesregierung am 12. Oktober ja wiederholt und bekräftigt hat und der Ihnen seit dem 21. September 1988 als Entwurf der Verwaltungsvereinbarung vorliegt, unterschrieben, dann wäre auch dieses Geld bereits in Nordrhein-Westfalen, und Sie hätten es ebenfalls bereits in den Bau von Wohnungen stecken können.

- (B) Ich halte auch für sehr unsinnig und sehr bürokratisch, Herr Minister Zöpel, die Art und Weise, in der Sie die ersten 5 000 Wohnungen verteilt haben. Ich habe soeben noch einmal nachgerechnet. Ich weiß nicht, wie viele Kommunen es sind, die eine oder zwei Wohnungen, manche auch vier und fünf Wohnungen, bekommen haben. Ein solches Verteilungsverfahren hilft weder den Aussiedlern noch hilft es unter dem Strich den Kommunen. Das hätte in die Brennpunkte hineingehört, weil dort im ersten Anlauf die großen Probleme entstanden sind.

Insofern bin ich ganz froh - das will ich deshalb an dieser Stelle auch sagen - über Ihre Zusicherung, daß die 4 000 Wohnungen, die jetzt gefördert werden, in der Tat schwerpunktmäßig verteilt werden sollen. Ich glaube, das könnte dann auch helfen.

Wir haben Ihnen in der Vergangenheit bereits eine Reihe von Vorschlägen gemacht - ich will sie deshalb an dieser Stelle nicht mehr alle aufzählen -, wie Sie schnell, unbürokratisch und problemlos diese Wohnungen sogar ohne

staatliche Mittel hätten schaffen können. Sie haben sich diesen unseren Vorschlägen bisher verweigert. Sie haben mir sogar in der letzten Ausschußsitzung, als ich nochmals die Frage nach dem Dachgeschoßausbau stellte, noch gesagt, Sie wären sich auch mit der Architektenkammer einig, daß Dachgeschoßausbau in Nordrhein-Westfalen auch für diese Zwecke nicht stattfinden wird.

Ich habe die Architektenkammer danach gefragt, und ich habe auch die Architektenverbände danach gefragt - nicht einer, Herr Minister, hat mir diese Aussage, die Sie dem Ausschuß gegenüber gemacht haben, bestätigt.

(Minister Dr. Zöpel: Das habe ich auch nicht gesagt!)

- Doch. Sie haben die Aussage von Herrn Professor Ganser

(Minister Dr. Zöpel: Sie reden schon wieder unwahr!)

in dieser Frage unterstützt.

Ich möchte Sie auch noch darum bitten, Ihren Runderlaß vom 7. Oktober 1988 zu ändern. Denn mit diesem Runderlaß lassen Sie die mittelbare Belegung in den Städten unseres Landes nicht zu; aber nur durch diese mittelbare Belegung kann es zu einer schnelleren Integration der Aussiedler und Zuwanderer in unserem Lande kommen. Die einseitige und von Ihnen favorisierte Belegungspraxis der Wohnungen führt dann auch zu der Ghettobildung, die wir eigentlich verhindern wollten.

Lassen Sie mich dann auf die Vorlage eingehen, die der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit Datum "im November 1988" herausgegeben hat und die uns heute zugegangen ist. Sie schreiben hier auch - und das ist richtig, Herr Minister - von den vielen Zuwanderern, die kommen werden. Sie sagen, die Entwicklung dürfe nicht überdramatisiert werden. Durch die Art und Weise der Förderung aber wird die Entwicklung in der Tat dramatisiert. Ich glaube nicht, daß man von einer neuen Wohnungsnot in diesem Lande sprechen kann. Es gibt allerdings einen erheblichen Wohnungsbedarf für eine Reihe von Gruppen in der Bevölkerung. Dazu zählen auch die Aussiedler.

Dann schreiben Sie und verkünden das ja auch wieder als der Weisheit letzter Schluß in Ihrer Vorlage: Im Rahmen der Soforthilfe für die Kommunen unseres Landes, die mehr als 50 Aussiedler aufgenommen haben, stellen wir 10 Millionen DM zur Verfügung.

(C)

(D)

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) Das sind, wenn man das einmal grobschlächtig überrechnet, bei rund 200 Kommunen für jede Kommune 50 000 DM.

Auch die Gelder, die Sie aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1989 - rund 115 Millionen DM - zur Verfügung stellen wollen, wären für die betroffenen Kommunen nur rund 250 000 DM. Damit könnten Sie nach Ihren eigenen Worten gerade einmal zweieinhalb Wohnungen fördern. Auch das muß man sicherlich sehen.

Im Grunde genommen geben Sie den Kommunen nur ein wenig von dem Geld zurück, das Sie ihnen seit Jahren genommen haben, nämlich auch mit der Senkung des Verbundsatzes von 28,5 % auf 23 %.

Lassen Sie mich zusammenfassend und abschließend sagen: Das Wichtigste in der ganzen Frage sind die Übergangsheime. Die müssen Sie den Kommunen zur Verfügung stellen und nicht nur mit einer Zuschussung von 40 bis 80 %, sondern die muß das Land zu 100 % bezahlen.

Wir brauchen die Sprachkurse. Dafür ist das Land zuständig.

Wir brauchen vor allen Dingen eines, nämlich auch einmal die Aufklärung über das, Herr Minister, was Sie immer über die Kriegsfolgelasten reden. Auch dazu haben wir ein Gutachten beantragt. Das ist leider bis heute noch nicht vorgelegt. Ich bin nicht der Auffassung, daß das Aussiedlerproblem ein Kriegsfolgelastenproblem ist; denn es kommen viele Familien aus der sechsten Generation, und die haben mit diesem Krieg nichts zu tun.

(B)

Wir haben aber für alle diese Menschen möglichst schnell vernünftige Bedingungen zu schaffen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Heinemann das Wort.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde zu einigen Fragen Stellung nehmen; aber zu den letzten Worten, Herr Kollege, die Sie gebraucht haben, zuerst ein paar Bemerkungen. Ich weiß nicht, woher Sie Ihr Wissen nehmen zu behaupten, daß die Menschen, die heute aus den polnischen Gebieten - vielleicht hören Sie zu, dann kann ich Ihnen ein bißchen Informationen geben, wobei ich nicht sicher

bin, daß Sie überhaupt Informationen haben wollen - ,

(C)

(Zuruf des Abg. Schultz-Tornau (F.D.P.))

die aus Rumänien, aus Siebenbürgen und aus dem Banat kommen, Menschen, die aus der UdSSR kommen, heute nicht infolge der Kriegswirren und der Kriegsfolgen zu uns kommen. Ich will Ihnen hier an einem Beispiel nur klarmachen, wie viele Menschen nach 1945 wenig Glück gehabt haben und vier Jahrzehnte darum gekämpft haben, in die Bundesrepublik zu kommen. Ich will es an einem Einzelbeispiel klarmachen; da gibt es Tausende, da gibt es zig Tausende. Ich hatte vor einigen Wochen ein Gespräch in Bielefeld vor der Fernsehkamera - ich glaube, "Forum" heißt die Sendung -, bei der auch Aussiedler zugegen waren, wo eine Frau

(Kuhl (F.D.P.): Ich habe das Gespräch gesehen!)

- ja, dann dürften Sie, wenn Sie das gesehen und wirklich verfolgt haben, nicht solche Behauptungen hier aufstellen -, die seit 1943 auf der Flucht war - eine Ukraine-Deutsche -, mit dem Treck bis Berlin gekommen ist. In Berlin ist die Rote Armee über diesen Treck hinweggerollt, hat den ganzen Treck nach Sibirien verschleppt. Diese Frau hat dann, nachdem es ein bißchen besser wurde, Kasachstan als ihre neue Heimat gewählt und seit über zehn Jahren versucht, hierherzukommen. Das sind Tausende von Menschen, die seit 1945, wenn sie nach vielen tausend Kilometern Flucht 150 km weiter westlich gekommen wären, vier Jahrzehnte ihres Lebens hätten in Freiheit leben können.

(D)

(Schultz-Tornau (F.D.P.): Das bestreitet hier doch niemand!)

Ja, was ist das denn für eine Folge? Ist das ein Vergnügen dieser Menschen? Das sind Kriegsfolgelasten. Für Kriegsfolgelasten hat nach dem Grundgesetz der Bund einzig und allein aufzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich bei Ihnen, daß Sie mir jetzt bestätigen, daß Ihr Kollege hier etwas Falsches behauptet hat. Diese Meinung ist nicht nur die Meinung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, sondern die Meinung aller elf Landesregierungen in der Bundesrepublik Deutschland. Alle elf Ministerpräsidenten fordern immer wieder den Bund auf, hier seinen Verpflichtungen nachzukommen, und der Bund drückt sich. Der

(Minister Heinemann)

- (A) Bund läßt die Länder und die Gemeinden im Regen stehen und ist nicht bereit, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

(Doppmeier (CDU): Das ist unerhört, Herr Minister, was Sie da sagen!)

- Ja, Sie waren doch gar nicht dabei, Herr Doppmeier, in der Arbeitsministerkonferenz, wo diese Worte von allen elf Ländern bestätigt wurden! Die elf Länder sind der Auffassung, daß es allein Aufgabe der Bundesregierung ist. Sie haben sich aber bereit erklärt, sich dennoch mit bis zu einem Drittel daran zu beteiligen.

(Arentz (CDU): Dann können wir die Landesregierung ja gleich abschaffen!)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen läßt die Menschen nicht wie die Bundesregierung im Regen stehen und im Winter draußen, sondern sie hat ein Programm für 1989 mit mehr als 600 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, daß Ihnen das weh tut. Nur, Sie versuchen doch - wie Ihr Kollege Arentz -, Entlastungen zugunsten von Bonn auf die Landesregierung zu übertragen. Es ist der Bundesarbeitsminister, der in der achten Novelle und in anderen Fragen und bei der Gesundheitsreform die Bedingungen der Menschen in unserem Lande wesentlich verschlechtert.

(B)

(Zustimmung bei der SPD - Dreyer (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialbereich im Lande Nordrhein-Westfalen ist in den letzten drei Jahren um rund 30 % gestiegen.

(Zurufe von der CDU)

- Aber entschuldigen Sie, ich weiß doch, daß Ihnen das weh tut; deshalb sage ich es dennoch immer wieder! - Er hat mit rund 15 % eine Steigerung erfahren, die bei der Finanzlage der Länder einen Vergleich mit allen anderen Bundesländern sicherlich aushält.

Herr Arentz hat sich auf Herrn Reul heute morgen bezogen, der auch alles durcheinandergeworfen hat. Von den Lehrern kam er zu den Landschaftsverbänden und hat mich dann auch noch beschimpft, daß ich die Beträge sehr schnell von 8 auf 10 Millio-

nen DM erhöht habe. Vielleicht war er nicht daran interessiert. Hier ging es darum, daß der Landschaftsverband Rheinland in seiner Art versucht hat, der Landesregierung klarzumachen, er werde die Stundenzahl für die Therapeuten reduzieren. Ich habe gesagt: Diese Menschen lasse ich nicht im Regen stehen. - Ich habe sehr schnell gehandelt und eine Erhöhung von 8 Millionen DM auf 10 Millionen DM vorgenommen.

(C)

(Schauerte (CDU): Das war doch viel zuwenig!)

- Natürlich, es ist alles zuwenig im sozialen Bereich. Ich möchte Sie bitten, das Ihrer Bundesregierung zu sagen.

(Zustimmung bei der SPD)

Statt 44 Milliarden DM umzuverteilen, hätte man auf eine unsoziale Steuerreform verzichten sollen! Damit hätte man im sozialen Bereich, aber auch im investiven Bereich sehr viel tun können.

(Erneut Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Rau-Tarif!)

Ich kenne die Zahlen auswendig.

Herr Arentz hat die ÖTV zitiert. Ich weiß, daß es da Meinungsverschiedenheiten gibt, die in vielen Gesprächen auch ausgetragen werden. Mir wäre nur lieb, wenn Sie bei allen sozialen Kahlschlägen in Bonn auf die Aussage der ÖTV auch so viel Rücksicht nehmen würden, wie Sie es hier heute in Ihrer Art getan haben.

(D)

(Arentz (CDU): Das war der schwächste Versuch, von der eigenen Verantwortung abzulenken, den ich je gehört habe!)

Herr Arentz kritisiert dann die Schwerbehindertenquote. Dann wollen wir doch einmal zu vergleichen beginnen, Herr Dreyer.

(Schauerte (CDU): Jetzt geht das Vergleichen wieder los! - Arentz (CDU): Das ist ja lächerlich!)

- Ich erkläre es Ihnen, Herr Schauerte; Sie begreifen es nur nicht.

In Baden-Württemberg liegt die Erfüllungsquote bei 3,66 %, in Bayern bei 3,96 %,

(Henning (SPD): Pfui!)

in Hessen bei 4,1 %, in Niedersachsen bei 4,09 %, in Rheinland-Pfalz bei 5,53 %, in Nordrhein-Westfalen bei 5,5 %, im Saarland

(Minister Heinemann)

- (A) bei 6,34 % und in Schleswig-Holstein bei 4,15 %.

(Dreyer (CDU): Und beim Bund?)

In allen Ressorts außer Kultus und Polizei ist die Quote übererfüllt, in meinem Bereich mit 12,2 % im Ministerium und mit 17 % in den nachgeordneten Dienststellen.

(Schmidt (SPD): Sogar Top-Zahlen!)

Sie wissen genausogut wie ich, daß die Erfüllungsquote heruntergeht, wenn die Kriegsjahrgänge ausscheiden und wenig Personal eingestellt wird, wie es auch in allen anderen Bundesländern der Fall ist.

(Dreyer (CDU): Sie fordern doch eine Erhöhung der Quote! Wie paßt das denn zusammen?)

Wenn Sie mir mit dem Bund kommen, dann muß ich sagen, daß man dort, wenn ich in allen Bundesländern die Polizei mitrechne, den Grenzschutz und die Berufssoldaten, zumindest den zuletzt genannten Bereich, hinzurechnen muß, was nicht geschieht.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Arentz?

(Minister Heinemann: Ja!)

- (B) - Bitte schön, Herr Arentz!

Arentz (CDU): Herr Minister Heinemann, würden Sie mir zustimmen, daß man bei der Behandlung des Etats des Ministerpräsidenten andere Maßstäbe anlegen muß, wenn dieser Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung von 1980, an die privaten Arbeitgeber gerichtet, ausdrücklich gesagt hat, er erwarte, daß sich niemand von der Beschäftigungspflicht freikaufe? Wer so etwa sagt, der darf es selber nachher nicht tun; das ist die Sache.

(Beifall bei der CDU)

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Arentz, er tut es auch nicht. Wenn Sie den Ländervergleich anschauen, werden Sie feststellen, daß das Land Nordrhein-Westfalen an der Spitze liegt und daß diese Schwierigkeiten in allen anderen Ländern ebenfalls auftreten, weil eben, auch aus Gründen der Haushaltssituation, nicht mehr genügend Personal eingestellt werden kann.

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

Zur Altenpflege! Ich war auf der ersten Protestkundgebung, habe mit den Leuten gesprochen und ihnen offen meine Meinung dazu gesagt. Seit Jahren fordern wir vom Bund eine Heimpersonal-Mindestausstattungs-Verordnung, damit in allen Bundesländern endlich einmal eine einheitliche Bewertung des Verhältnisses zwischen notwendigem Pflegepersonal und in den Heimen gepflegten Menschen möglich wird.

(Schmidt (SPD): Davor drückt sich der Bund!)

Seit 1968 bestehen die heute nicht mehr angemessenen Zahlen.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU) - Dreyer (CDU): Ändern Sie erst einmal die Quote für die Sozialstationen!)

- Nun hören Sie doch zu! - Früher konnten sich 70 % der Betroffenen selbst helfen, 30 % nicht. Heute ist es umgekehrt. Die Arbeitszeit hat sich verkürzt und einiges andere mehr.

Ich darf Ihnen sagen, diese Heimpersonal-Mindestausstattungs-Verordnung ist notwendig, um auch hier auf die Träger dieser Maßnahmen in der Form Einfluß zu nehmen, daß sie bereit sind, die Pflegesätze zu zahlen. Aber Sie werden es sich jetzt wieder leicht machen und sagen: "Das kann und soll alles das Land machen", um hinterher zu sagen: "Ihr könnt mit dem Geld nicht umgehen". Wer damit nicht umgehen kann, das hat der Herr Stoltenberg bewiesen, nämlich er!

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!
- Zustimmung bei der SPD)

Verehrter Herr Kollege, wir haben doch als erstes Land das Schulgeld abgeschafft. Ich bin darüber sehr froh. Sie sind ja als Trittbrettfahrer im letzten Moment wieder auf den Zug gesprungen. Ich bin auch der Auffassung, daß das Pflegepersonal - also die Menschen, die dort hingehen - eine Ausbildungsvergütung bekommen soll. Das muß aber ebenso wie beim Krankenpflegepersonal geschehen, nämlich über den Pflegesatz und nicht über das Land Nordrhein-Westfalen.

(Schmidt (SPD): Herr Arentz will das aus dem Haushalt machen!)

- Herr Arentz will das aus dem Haushalt machen. Es ist Aufgabe, das über den Pflegesatz zu finanzieren. Und wenn Sie das hier als eine besondere Leistung der Bundesregierung herausstellen - die 100 Millionen -, dann sage ich Ihnen, das wäre der Betrag

(C)

(D)

(Minister Heinemann)

- (A) gewesen, den wir hätten ausgeben müssen, wenn wir den theoretischen Teil der Ausbildung des Krankenpflegepersonals hätten übernehmen müssen. Die Bundesregierung hat sich hart gewehrt. Auf meinen Druck hin hat der Kollege Schnipkoweit in der Arbeitsministerkonferenz den Auftrag bekommen, eine Bundesratsinitiative zu machen. Die Länder waren sich darüber im klaren, daß das nicht aus den Haushalten der Länder genommen wird.

(Arentz (CDU): Das hat die Bundesregierung beeindruckt!)

- Natürlich, weil Blüm darum kämpfen mußte, daß er die Zustimmung der Länder in der nächsten Woche im Bundesrat bekommt! Aber, Herr Arentz, Sie haben das noch nicht miterlebt. Ich weiß doch, wie die Arbeitsminister denken und hinterher unter Druck gesetzt werden, damit sie zustimmen. Das haben wir doch öfter erlebt. Das haben wir bei der achten Novelle erlebt, und hier bei der neunten Novelle geschieht es jetzt auch.

Diese 100 Millionen - die Rechtslage ist nicht eingetreten - verfallen im Haushalt. Ich hätte es ja auch wie Niedersachsen machen können, das einen Leertitel und nicht die Beträge im Haushalt eingesetzt hat. Wir haben den Betrag vorsorglich eingesetzt.

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

- (B) Hier kommen dann derartige Forderungen, die sich sicherlich selbst in der Diskussion wie auch in der Bewertung richten.

(Arentz (CDU): Das war sehr interessant!)

Herr Kollege Kuhl, ich habe Ihnen gesagt, wir haben einen Betrag von 615 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Es ist bis heute noch kein Antrag der Kommunen zur Bezuschussung von Übergangsheimen abgelehnt worden. Im Gegensatz zur Bundesregierung - um es zu wiederholen - geben wir den Gemeinden Hilfestellung, die der Bund, obwohl er dazu verpflichtet ist, den Ländern verwehrt. Ich sage das in aller Deutlichkeit noch einmal.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Hier werden natürlich auch die Situationen der Gemeinden berücksichtigt. Ich weiß, daß es in einigen Gemeinden besondere Schwierigkeiten gibt. Jetzt kommen Sie her und fordern, Übergangsheime in den Gemeinden auf die grüne Wiese zu bauen, in denen diese Not noch nicht vorhanden ist.

Ich muß ihnen sagen, ich habe da ein paar Bedenken. Sie wissen, daß das Deutsche sind, die selbst entscheiden können, wo sie hingehen. Wir bemühen uns ja, sie zu beraten, wo sie bessere Wohnraumbedingungen vorfinden. Das geschieht ständig in Unna-Massen, wo man ihnen sagt, wie schlecht es in einigen Städten bestellt ist und wo besser. Das hat bei den wenigsten gefruchtet. Wir haben Kommunen, in denen es heute noch keine Schwierigkeiten macht, Menschen aufzunehmen. Ich habe die Regierungspräsidenten angewiesen, sie sollten mit den Kreisdirektoren regionale Konferenzen durchführen, um zu versuchen, auch in der Freiwilligkeit einige Kommunen in die Aufnahme-position hineinzubringen.

(Schmidt (SPD): Der Erlaß war gut!)

Es ist sehr schwierig, das hinzubekommen. Nur, wenn ich jetzt Übergangsheime auf die grüne Wiese baue - -

(Kuhl (F.D.P.): Das habe ich nicht gesagt!)

- Sie haben gesagt, ich solle Übergangsheime dort bauen, wo die Gemeinden noch nicht in Not seien, damit dort welche hingingen.

(Kuhl (F.D.P.): Das war ein Zitat Ihres Ministerkollegen Krumsiek!)

- Ja, gut, dann baue ich sie am Stadtrand. Das ist ja dasselbe. Wenn ich dann dort Übergangsheime baue und die Leute dort nicht hingehen, dann werden Sie mir mit Recht vorwerfen, ich ginge leichtfertig mit öffentlichen Mitteln um.

(Schmidt (SPD): Dafür haben wir jetzt einen Erlaß!)

Wenn ich dann den Kommunen nicht mehr helfen kann, die in der Notlage sind, dann halte ich solche - ich sage meine Meinung und handele dementsprechend - Vorstellungen für nicht realisierbar, weil wir sonst nachher irgendwo leerstehende Übergangsheime haben und die Menschen woanders einfach nicht untergebracht werden.

Ich wollte meinen Redebeitrag beenden, aber wenn Sie, Herr Dreyer, eine Frage stellen und der Präsident dies zuläßt, bin ich gerne bereit, sie zu beantworten.

(Zuruf von der F.D.P.: Der Präsident ist eine Dame!)

(C)

(D)

- (A) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, Sie gestatten die Zwischenfrage von Herrn Abg. Dreyer?

(Minister Heinemann: Ja.)

Dreyer (CDU): Herr Minister, halten Sie es nicht für vernünftig, daß überlastete Gemeinden gemeinsam mit Nachbargemeinden Übergangsheime, wie es im Gesetz zugelassen ist, errichten, um auf diese Weise zunächst einmal für den Anfang eine solche Entlastung zu schaffen? Vielleicht sind die Menschen dann doch bereit, in der Nachbargemeinde zu leben.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Dreyer, das ist doch etwas anderes als das, was hier gefordert wurde. Wenn sich die Gemeinden untereinander verständigen und die Gemeinden, die sich in einer besonderen Problemlage befinden, von Problemen entlastet werden, indem andere Gemeinde einbezogen werden, dann wäre ich der letzte, der dabei nicht mitmache. Ich werde das sehr unbürokratisch - so, wie wir diese Dinge nach Möglichkeit immer schnell und unbürokratisch erledigen - betreiben, damit zum einen die Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen und zum anderen nicht einige Gemeinden in unserem Lande die Hauptlast zu tragen haben - mit den Folgen, die daraus entstehen in bezug auf die Einstellung zu den Aussiedlern.

- (B) In einem sollten wir uns bei allem Streit einig sein, nämlich darüber, daß es sich um Deutsche handelt, die nach Deutschland kommen,

(Allgemeiner Beifall)

daß wir uns für diese Menschen gemeinsam, gleich wo wir stehen, einsetzen und daß wir eine solche Haltung, wie sie aus einigen Bereichen sichtbar wird, nicht zulassen, sondern uns gemeinsam gegen derartige Versuche zur Wehr setzen.

(Schauerte (CDU): Sagen Sie das Herrn Lafontaine!)

- Aber Herr Schauerte! Ich spreche mit Herrn Lafontaine über all diese Fragen. Nur wissen Sie: Ich habe die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen, auch in meiner Partei, und ich vertrete meine Meinung. Ich habe mich auch zurückgehalten, Ihre Art zu kritisieren, die sich sicherlich noch sehr unangenehm von der Art des Oskar Lafontaine absetzt.

(Beifall bei der SPD)

- Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist Herr Abg. Doppmeier für die Fraktion der CDU. (C)

Doppmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hemmer, ich habe durchaus verstanden, daß das eine nicht ernstgemeinte Bemerkung von Ihnen war.

Ich bin Minister Heinemann sehr dankbar für die letzte Bemerkung, nämlich daß es sich bei den Aussiedlern um Deutsche handelt, die hier alle Rechte genießen, die wir hier seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland Gott sei Dank genießen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich wäre sehr froh, wenn sich auch der Ministerpräsident - schließlich beraten wir noch seinen Einzelplan 02 - einmal sehr deutlich zu dieser Frage äußern würde, denn es steht nach wie vor das Wort "Deutschtümerei" des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD im Raum.

(Schauerte (CDU): Oskar!)

Herr Ministerpräsident Lafontaine ist gleichzeitig der Ministerpräsident eines Bundeslandes. Und es stünde dem Ministerpräsidenten des größten Bundeslandes sehr gut an, wenn er diese Aussage von Ministerpräsident Lafontaine eindeutig zurückweisen würde. Dies ist ein hoffentlich singulärer Vorgang, aber es ist gleichzeitig ein sehr unerträglicher Vorgang. (D)

(Zustimmung des Abg. Schauerte (CDU))

Wir wissen alle: In der Frage der Eingliederung der Aussiedler tragen die demokratischen Parteien eine sehr große Verantwortung. Es geht nicht darum, einen parteipolitischen Vorteil zu suchen. Wir alle kennen gewisse Akzeptanzprobleme. Also: Hier ist nicht Populismus gefragt, sondern hier ist Hilfe erforderlich.

(Schmidt (SPD): Sehr richtig!)

Die Aussiedler, unsere deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sind insbesondere auf die Solidarität derer angewiesen, die seit eh und je hier leben.

(Schmidt (SPD): In der Tat!)

(Doppmeier (CDU))

- (A) Ich bitte Ministerpräsident Rau, der leider heute bei der Beratung seines Einzelplans mehr durch Abwesenheit glänzt - -

(Minister Matthiesen: Seines Einzelplanes? Wir gehen hier durch alle Einzelpläne! - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU) - Zuruf von der SPD - Dr. Pohl (CDU): Sie sind doch gar nicht angesprochen!)

- Es ist ein bißchen ungewöhnlich, daß sich die Minister ständig von der Regierungsbank mit Zwischenrufen hervorzutun versuchen.

(Henning (SPD): Aber Sie bewähren sich als tibetanische Gebetsmühle!)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Doppmeier, Sie haben das Wort. - Wir haben diese Schwerpunktthemen im Ältestenrat verabredet, und danach verfahren wir. - Sie haben das Wort.

Doppmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich hätte es begrüßt, wenn der Ministerpräsident wenigstens in der überwiegenden Zeit dabei gewesen wäre. Wir hatten ja zeitweise die Situation, daß nicht einmal sein Stellvertreter im Saal war. Aber ich möchte das nur noch einmal kurz anmerken; dann soll es genug sein.

Ministerpräsident Rau hat in seiner Regierungserklärung am 10. Juni 1985 erklärt:

- (B) Unser Maßstab ist die solidarische Gesellschaft als das Bündnis derer, die Solidarität brauchen, mit denen, die Solidarität wollen.

Meine Damen und Herren, wir wissen, in der Aussiedlerproblematik ist zur Zeit das gravierendste Problem die Unterbringung der Menschen. Sie müssen ein Dach über dem Kopf haben. Ich komme zurück auf die Maßnahme der Landesregierung, nämlich 5 000 Wohnungen für Aussiedler durch Umschichtung zu bauen. "Durch Umschichtung" bedeutet, nicht einen Beitrag zur Solidarität zu leisten, sondern einen Beitrag dazu zu leisten, Neid und Mißgunst zu säen; denn wenn man durch Umschichtung 5 000 Wohnungen für Aussiedler baut, dann können andere, die schon lange auf Fördermittel warten, diese nicht bekommen. Ich appelliere von dieser Stelle an den Ministerpräsidenten dieses Landes, schnell Fördermittel für den Bau von 5 000 zusätzlichen Wohnungen zur Verfügung zu stellen, damit hier das erreicht werden kann, was er in seiner Regierungserklärung gesagt hat, nämlich, daß "das Bündnis derer, die Solidarität brauchen, mit

denen, die Solidarität wollen", auch zustande kommen kann. (C)

(Zuruf von der SPD: Wo soll denn das Geld herkommen?)

Ich komme dann zu den weiteren 4 000 Wohnungen. Herr Kollege Arentz und Herr Kollege Kuhl wiesen schon auf diesen Widerspruch hin, daß einerseits der Städtebauminister von 5 000 Wohnungen spricht, der Gesundheitsminister aber von 9 000 Wohnungen.

(Minister Heinemann: Das ist doch Quatsch!)

- Herr Minister Heinemann, jetzt wird es - ich möchte fast sagen - makaber. Wir haben ja zu Recht den ersten Schritt als eine Mogelpackung bezeichnet, Herr Minister Zöpel, weil Sie den Eindruck erweckten, etwas für Aussiedler zu tun, ohne anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern etwas vorenthalten. Sie haben aber genau das getan: durch Umschichtung anderen etwas vorenthalten.

Bei den 4 000 Wohnungen aus dem Bundesländer-Programm wird es noch kritischer. Sie wollen diese 4 000 Wohnungen wie folgt finanzieren: 280 Millionen DM aus Bundesmitteln und 140 Millionen DM aus Landesmitteln.

(Henning (SPD): Na, und?)

- Na, und! sagen Sie. Damit wollen Sie deutlich machen, daß Sie sich auf den Standpunkt stellen, daß der Bund zwei Drittel und das Land ein Drittel tragen müßten. (D)

(Henning (SPD): Nein, ganz; das steht in der Verfassung!)

Der Bund sagt aber, daß mindestens die Hälfte der Mittel die Länder zur Verfügung stellen müßten.

(Henning (SPD): Wie kommt er denn dazu? Verfassungsverstoß verlangt er! - Zuruf des Abg. Wilmbusse (SPD))

Das ist aber nicht einmal das einzige Problem; Herr Wilmbusse, Sie können doch sehr gut rechnen. Die Crux hierbei ist, daß das Land offensichtlich 280 Millionen DM an Bundeszuschuß nehmen will, um dann 420 Millionen DM in Form von Krediten an die Antragsteller weiterzugeben. Was bedeutet das? - Das Land gibt keine müde Mark in dieses Bundesländer-Programm, wenn es bei dieser Finanzierung bleibt. Es ist, mit anderen Worten, mehr als nur ein übler Roßtäuscher-

(Doppmeier (CDU))

- (A) trick. Denn, ich zitiere den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Herrn Waffenschmidt, der auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf gesagt hat:

Die Zuschußmittel des Bundes können bei Bewilligung durch die Länder auch in verbilligte Darlehensmittel umgewandelt werden, wodurch sich das Förderungsvolumen pro Wohnungseinheit erhöht. Z. B. ergeben 50 000 DM Zuschuß 75 000 DM verbilligte Darlehen.

Genau das ist hier der Punkt. 280 Millionen DM Zuschuß ergeben 420 Millionen DM Darlehen! Ich muß Ihnen klipp und klar und sehr deutlich sagen: Die Landesregierung, der Ministerpräsident sollten sich schämen, dies als einen Landesbeitrag zu bezeichnen.

(Beifall bei der CDU - Henning (SPD): Das sagt Herr Doppmeier; der spricht von "schämen"!)

Ich will auf dieses Papier des Ministers Heinemann nicht näher eingehen. Im übrigen, es sind 17 Seiten. Er hätte das auf drei bis vier Seiten niederschreiben können, Herr Kollege.

Und wenn man dann sieht, wie widersprüchlich die Landesregierung ist! Hier wird beispielsweise hervorgehoben, daß in der Landesstelle in Unna-Massen durch den Ausbau von Dachgeschossen weitere 180 Plätze geschaffen werden können und der Städtebauminister bei vorliegenden Anträgen sagt: "Nein, Dachgeschosse möchte ich nicht haben. Das ist eine zu hohe Verdichtung."

- (B) (Widerspruch bei der SPD - Schmidt (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Er macht seine Zuschußgewährung davon abhängig, ob Prof. Ganser damit einverstanden ist oder nicht. Meine Damen und Herren, solch eine Widersprüchlichkeit ist doch wohl nicht gerade der richtige Umgang mit dem Parlament.

(Schmidt (SPD): Aber das stimmt doch überhaupt nicht! - Henning (SPD): Kennen Sie den Erlaß nicht?)

Ein weiterer Punkt: Minister Heinemann streicht als besonderen Erfolg heraus, daß 100 Lehrer jetzt eingestellt werden. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: 100 Lehrer sind bei weitem nicht genug. Die Klassen quellen im wahrsten Sinne des Wortes über. Da muß mehr getan werden, Herr Minister!

(Schauerte (CDU): 6 000 Aussiedlerkinder!)

- (C) Wenn ich dann Ihre Vorlage weiter zur Hand nehme - es ist doch nicht schön, wenn man das sieht -: "Es sind die ersten Maßnahmen eingeleitet"! Seite 3 oben!

(Dorn (F.D.P.): Sie wollten doch über die Vorlage nicht reden!)

Dazu heißt es dann:

Das Land hat der Einrichtung einer Nebenstelle des Bundesbeauftragten in der Landesstelle Unna-Massen zugestimmt.

Das ist eine Maßnahme des Landes: die Zustimmung!

(Schauerte (CDU): Großartig!)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, so können wir doch dieses Problem nicht bewältigen! An anderen Stellen gibt es nur Ankündigungen. Da heißt es: "wird vorgesehen", "soll verbessert werden", "soll bessere Information als bisher gegeben werden", "wird erörtert", usw.

(Schmidt (SPD): Ja, man kann doch nicht Schnellschüsse machen bei so einem Thema!)

Die Landesregierung ist erst am Beginn ihrer Arbeiten zur Eingliederung der Aussiedler. Hier muß noch sehr, sehr viel getan werden.

(Schmidt (SPD): Das hat niemand bestritten.)

(D)

Ich möchte Sie, Herr Minister - Ihr Chef, der Ministerpräsident, ist ja nicht da -, sehr herzlich bitten: Setzen Sie Ihre Mitarbeiter jetzt ans Werk und geben Sie Ihnen mit auf den Weg, mit sehr viel Fantasie aus vorhandenen Gebäuden mit entsprechenden Fördermitteln in kurzer Zeit möglichst viele Wohnungen zu schaffen. Nicht nur beim Emscherpark ist viel Fantasie gefordert. Hier geht es darum, daß Menschen ein Dach über dem Kopf bekommen, und deshalb ist hier vor allem sehr viel Fantasie gefordert, damit schnell geholfen werden kann.

Ich will zum Schluß ein paar Bemerkungen zur Bund-Länder-Vereinbarung machen. Die Kritik richtet sich jetzt nicht nur an die Adresse des Landes Nordrhein-Westfalen und an den Ministerpräsidenten, sondern ich schließe hier ausdrücklich die übrigen Ministerpräsidenten ein. Ich finde, es ist kein guter Vorgang, daß die Ministerpräsidenten ein paarmal beim Kanzler zusammenkommen und dann das Feilschen losgeht: ein Drittel oder 50 % Beteiligung, Kriegsfolgelasten ja

(Doppmeier (CDU))

- (A) oder nein. Man sollte einmal den gesamten Artikel 120 Grundgesetz lesen; da kommt man zu ganz bemerkenswerten Erkenntnissen. Ich will aus Gründen der Zeit nicht darauf eingehen. Ich hätte es besser gefunden, die Ministerpräsidenten hätten erst einmal unterschrieben, damit das Geld sofort umgesetzt worden wäre aus Gründen der schnellen Hilfe, und hätten danach noch weitere Forderungen an den Bund gestellt.

(Schmidt (SPD): Die Bonner sind außen vor, das fehlte auch noch!)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abg. Doppmeier, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Doppmeier (CDU): Sofort! Ich will eben noch einen Gedanken zu Ende bringen. - Ich will noch schnell einen Punkt hinzufügen, Herr Ministerpräsident: Ich bin mit Ihnen und Ihren Ministerpräsidentenkollegen der Meinung, der Bund muß auch für das Jahr 1990 mehr Fördermittel für den Wohnungsbau bereitstellen als 375 Millionen DM. Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir für 1990 statt 375 Millionen DM vom Bund 750 Millionen DM bekommen. Dann werden wir sehen: Auch hier macht der Kanzler diese Angelegenheit weiter zu seiner Chefsache.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abg. Doppmeier, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Heinemann?

(Doppmeier (CDU): Ja, bitte sehr!)

(B)

- Bitte schön!

Heinemann (Dortmund) (SPD): Herr Kollege Doppmeier, darf ich Ihre Kritik an den Formulierungen auf Seite 3, in der Sie kein Verständnis dafür aufbringen, daß das Land der Nebenstelle zugestimmt hat, so verstehen, daß Sie der Auffassung sind, wir hätten nicht zustimmen sollen, d. h. wir hätten dem Bund nicht gestatten sollen, in Unna-Massen diese Stelle einzurichten, und uns so hätten verhalten sollen - wie ich das vor wenigen Tagen gelesen habe - wie Baden-Württemberg, welches ein solches Begehren in der Nähe von Rastatt abgelehnt hat?

(Schmidt (SPD): Interessant!)

Soll ich Ihre Äußerung, die Sie vorhin getan haben, so verstehen, daß ich dem Bund hätte sagen sollen: Nein, das machen wir nicht?

(Schmidt (SPD): Jetzt bin ich gespannt, was er sagt!)

Doppmeier (CDU): Herr Kollege Heinemann, ich wollte Ihnen die Peinlichkeit ersparen, deshalb habe ich nicht weiter zitiert. Aber Sie laden mich mit Ihrer Frage dazu ein. Sie haben mich mißverstanden; Sie kennen ja auch Ihren Text. Jetzt will ich einmal auf Seite 2 unten beginnen. In Ziffer 4 heißt es:

Das Land hat bereits seit Jahresbeginn eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um diesen Problemen

- Eingliederung der Aussiedler -

zu begegnen und das vorhandene Eingliederungsnetz den neuen Erfordernissen anzupassen.

(Zustimmung der Abgeordneten Heinemann (Dortmund) und Schmidt (SPD))

Und jetzt darf ich etwas aus dem Zusammenhang zitieren:

- a) So hat das Land der Errichtung einer Nebenstelle des Bundesbeauftragten zur Durchführung des Registrierverfahrens in der Landesstelle Unna-Massen zugestimmt.

(Henning (SPD): Danach hat er Sie gefragt. Sie haben das kritisiert?)

- Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. - Daß Sie das überhaupt in einem Papier erwähnen, das verstehe ich nicht. Darum geht es!

(D)

Im übrigen, Herr Minister Heinemann, das, was Sie als "ergriffene Maßnahmen" bezeichnen, sind überwiegend Absichtserklärungen. Ich habe eben die entsprechenden Zitatstellen gebracht. So, Herr Minister Heinemann, werden wir dieses Problem nicht lösen können.

Ich will das mit den 5 000 Wohnungen und den 4 000 Wohnungen - diese Trickkiste, Herr Ministerpräsident - noch einmal kurz in Erinnerung rufen: Da geben Sie an, 4 000 Wohnungen fördern zu wollen, und Sie nehmen die Bundesmittel als Zuschuß und geben das als verbilligte Darlehen aus, damit das Land keine müde Mark dazutun kann. Das ist kein Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Politik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie sich doch nicht bieten lassen. Sagen Sie Ihrem Städtebauminister, daß noch etwas draufgelegt werden muß.

(Doppmeier (CDU))

- (A) Eine letzte Bemerkung zu dem Kapitel Unterbringung in Wohnungen! Jetzt rächt sich in Nordrhein-Westfalen, Herr Ministerpräsident, daß Sie in Ihrer Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 zum Kapitel Wohnen gesagt haben - ich darf das einmal mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin, zitieren -:

Das Gesamtkonzept der Landesregierung zum sozialen Wohnungsbau hat die Schwerpunkte Bereitstellung preiswerter Altbauten, Schutz des Bestandes von Sozialwohnungen, und es wird Umweltkriterien einbeziehen.

Das war nach der Landtagswahl 1985.

Vor der Landtagswahl 1985 hatten Sie noch gesagt:

Wir wollen 1986 und 1987 jeweils
21 120 Wohnungen fördern, 1988
20 270 Wohnungen.

Tatsächlich haben Sie in diesen Jahren gefördert: 1986 14 170 Wohnungen, 1987 16 244 Wohnungen und 1988 13 875 Wohnungen.

Diese Verkürzung der Fördermittel, die mit einer Verringerung der Wohnungsneubauten einhergeht, ist ein weiterer Beitrag zu der Wohnungsverknappung gewesen, die wir jetzt vorfinden. Sie ist von Ihnen ja bewußt so betrieben worden. Deshalb fordern wir Sie, Herr Ministerpräsident, auf - damit die Eingliederung der Aussiedler auch tatsächlich erfolgen kann -, jetzt die Ärmel aufzukrempeln und wesentlich mehr zu tun, den Versuch zu machen, das, was in den letzten drei Jahren versäumt worden ist, nachzuholen.

(B)

Meine Damen und Herren! Das ist unsere Aufgabe hier in Nordrhein-Westfalen, der können wir uns nicht entziehen. Wer es gut meint mit den Menschen ist aufgefordert, hier schnell zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Zöpel das Wort.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Anmerkungen zu den Beiträgen insbesondere der Kollegen Kuhl und Doppmeier in drei Abschnitte gliedern. Erstens: Unerfreuliches; zweitens: Problematisches; drittens: Erfreuliches.

Unerfreulich ist, daß es in den vielfältigen Debatten zum Wohnungsbau für Aussiedler schier zwecklos ist, die Sachverhalte aufzuklären. Gebetsmühenhaft werden die Unwahrheiten wiederholt. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist auch sinnlos, dem Fachausschuß noch Vorlagen zuzuschicken, denn das mildeste Urteil über die Aufnahme von Vorlagen durch die Mitglieder ist: Sie lesen sie nicht. Das schlimmere: Sie lesen sie und verbreiten weiter Unwahres. Deshalb nehme ich im Interesse der Betroffenen den ersten Fall an.

Da sagt Herr Kollege Kuhl, der seine Kritik an der Abwesenheit anderer jetzt dadurch unterstreicht, daß er selber nicht da ist, daß Kommunen nur ein oder zwei oder drei Wohnungen zugewiesen bekommen hätten. Dabei könnte er der Vorlage über die Verteilung der Mittel entnehmen, daß die Minimalzahl sechs ist. Dabei haben wir uns gedacht, sechs ist die Wohnungszahl, die eine geeignete Menge darstellt, um ausreichend Mietwohnungsbau zu betreiben.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg?

(Minister Dr. Zöpel: Jederzeit!)

Dautzenberg (CDU): Herr Minister, wären Sie denn auch bereit, die grundsätzliche Problematik zu klären, über die ja Briefe vorliegen, Schriftverkehr vorliegt, daß manche Aussiedler nicht in die Quote einbezogen werden, weil sie eben über die Fernregistrierung gegangen sind und nicht über Unna-Massen? Das ist ja auch ein grundsätzliches Problem, das geklärt werden muß. Das würde auch die Ausgangslage für den Wohnungsbau in Kommunen verbessern, wo sie bisher noch keine Antwort zu gegeben haben. (D)

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Kollege Dautzenberg! Auch dazu will ich gerne Stellung nehmen. Die Frage danach war eine der konstruktiven Fragen Ihres Kollegen Doppmeier im Ausschuß. Diesen konstruktiven Beitrag hat er hier leider nicht wiederholt - das ist schade.

Aber ich will Ihnen die Antwort darauf geben: Die Verteilung erfolgte nach einer bundeseinheitlich zwischen allen Ländern abgeglichenen Statistik. Das ist so. Deshalb muß sie nicht richtig sein. Nicht alles, was von der Bundesregierung kommt, ist richtig.

(Henning (SPD): Sehr wahr! - Zustimmung bei der SPD)

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) Aber es erfolgte nach einer solchen Statistik. Ich habe nun zugesagt, daß wir das überprüfen. Wo wir stichhaltige und landeseinheitliche Kriterien finden, die Verteilung problemgerechter und sachgerechter zu machen, werden wir das tun. Die Summe der verteilbaren Wohnungen erhöht sich dadurch allerdings nicht, so daß, falls einige Gemeinden mehr bekommen, andere weniger bekommen. - Soweit zur Beantwortung dieser Zwischenfrage.

Ich komme dann auf andere Fälle zurück.

Frau Vizepräsident Friebe: Von Herrn Abg. Doppmeier wird eine weitere Zwischenfrage gewünscht. Gestatten Sie diese?

(Minister Dr. Zöpel: Ja, gern.)

- Bitte schön, Herr Doppmeier!

Doppmeier (CDU): Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß meine Recherchen nach unserer letzten Ausschusssitzung beim Bundesbauminister ergeben haben, daß es einen solchen bundesweiten Vergleich nicht gibt?

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie das hier sagen. Ich werde es überprüfen.

- (B) Lassen Sie mich zu weiteren Fällen kommen! Ein bißchen peinlich ist es, Herr Kollege Doppmeier, wenn Sie hier sagen, ich hätte behauptet, in Nordrhein-Westfalen würden 5 000 Wohnungen gefördert, und Herr Kollege Heinemann hätte die Zahl von 9 000 Wohnungen genannt. Es ist unstreitig richtig, daß ich bis zu dem Zeitpunkt, wo man Klarheit über das Volumen des Bund-Länder-Programms haben konnte, gesagt habe, es würden 5 000 Wohnungen gefördert; denn das war, bevor Klarheit da war. Nachdem feststand, daß aus dem Bund-Länder-Programm 4 000 Wohnungen gefördert werden können, kommen Herr Kollege Heinemann und ich gemeinsam zu der - arithmetisch nicht besonders schwer nachzuvollziehenden - Feststellung, daß es zusammen 9 000 Wohnungen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das ist alles, was sich hier ereignet hat.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg? (C)

(Minister Dr. Zöpel: Immer, wenn ich einen Punkt abgehandelt habe, tue ich das gern. Ja.)

- Bitte schön, Herr Abg. Dautzenberg!

Dautzenberg (CDU): Herr Minister, darf ich noch einmal auf meine Frage von vorhin zurückkommen, die Sie noch nicht vollständig beantwortet haben? Ich habe nämlich danach gefragt, ob Sie bereit sind, auch diejenigen mit einzubeziehen, die bisher in Ihren Quotenregistrierungen nicht berücksichtigt werden, obwohl der Bund darauf hingewiesen hat, daß eine solche Aufteilung nicht erfolgen darf: die, die über Unna-Massen gemeldet sind, und die, die über Fernregistrierung gelaufen sind. Hier erwarte ich doch eine befriedigende Antwort, die Sie bisher nicht gegeben haben. Und wenn Sie sagen, das Problem verteile sich wiederum gleich, dann könnten Sie im Grunde doch die Zahlen nennen, die dann diese Gleichverteilung zur Folge haben.

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Kollege Dautzenberg, damit wir uns bei diesem seriös zu diskutierenden Problem jetzt nicht auseinanderdividieren: Ich habe eben geantwortet: Wir nehmen alle Hinweise, daß unsere Verteilungskriterien nicht zutreffend sind, auf und versuchen, neue zu finden, die wieder landeseinheitlich Sinn machen. Das habe ich eben gesagt. Dazu gehören auch die von Ihnen eben genannten, aber vielleicht auch andere. (D)

Ich wiederhole das gern: Das Ergebnis wird feststehen, sobald die 4 000 Wohnungen, die demnächst verteilt werden, zur Verteilung an die Gemeinden anstehen. Ich werde Sie vorher über das Ergebnis informieren. Ich habe nur hinzugefügt: Jede Veränderung des Schlüssels - nach wie sachlichen Kriterien auch immer - muß dazu führen, daß Gemeinden auch belastet werden, und die Proteste, weil man gern mehr haben möchte, als man bekommt, werden dadurch vermutlich nicht verstummen. - Aber sonst: Ich bedanke mich noch einmal für den Hinweis, der gegeben wurde.

Ein weiterer Punkt: Dachgeschosse! Sowohl in der Ausschusssitzung als auch durch nachfolgenden Erlaß habe ich klargestellt, daß Dachgeschosse natürlich förderungsfähig sind, für Aussiedler und für andere Zwecke des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, allerdings nur, wenn keine städtebaulichen Pro-

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) bleme entstehen. Und hier werde ich leidenschaftlich. Ich muß ganz offen sagen: Wenn keine zureichende Relation zwischen Wohnungen und Parkraum besteht, aber mehr noch, wenn wir wieder zu städtebaulichen Verdichtungen kommen, die nach dem Urteil aller Fachleute dazu führen, daß soziale Schwierigkeiten entstehen, wäre das fatal. Die Aussiedler bringen möglicherweise - das wird hier vielfach angedeutet - Schwierigkeiten bei der Integration mit sich. Wenn wir dann das wieder rückgängig machen, was wir in den 80er Jahren gelernt haben, daß nämlich ein gewisses Maß an städtebaulicher Verdichtung nicht überschritten werden darf, wenn wir das zurücknehmen, weil Aussiedler kommen, dann perpetuieren wir die sozialen Probleme, die wir hier befürchten. Und von daher: An 0,8 Geschosßflächenzahl rührt, solange ich Minister bin, keiner. Denn das, was darüber ist, führt zu sozialen Problemen, die nachher durch Sanierungsmaßnahmen, Leerstände oder Abriß wieder geheilt werden müssen, und das will ich nicht.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Minister Dr. Zöpel: Ja, der Punkt war wieder erledigt.)

- Bitte schön!

- (B) Doppmeier (CDU): Herr Minister, stimmen Sie mit mir darin überein, daß Ihr Haus solche Anträge, die nach dem geltenden Bebauungsplan genehmigt worden sind, mit der Begründung ablehnt, daß beispielsweise eine zu hohe Verdichtung usw. da sei und daß Sie sagen: Ich gebe die Fördermittel nur, wenn - meinerwegen - statt viergeschossiger Bebauung das Vorhaben in eine zweigeschossige Bebauung umgewandelt wird, daß Sie also - mit anderen Worten - trotz des rechtskräftigen Bebauungsplans ein solches Vorhaben nicht akzeptieren?

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Kollege Doppmeier, seit mehreren Jahren ist in den Wohnungsbauförderungsbestimmungen festgelegt, was die städtebaulichen Kriterien sind, die erfüllt sein müssen, damit wir Sozialwohnungen fördern. Sie stehen lange fest und werden jetzt im Augenblick vielleicht virulent, weil man im Zusammenhang mit den Aussiedlern wieder über städtebauliche Probleme und auch soziale Implikationen von Städtebau nachdenkt. Das finde ich gut. Aber die Richtlinien sind Jahre alt. Die Entscheidung z. B., daß nicht mehr als vier Geschosse im öffentlich geförderten Wohnungsbau gefördert werden dürfen, hat

mein Vorgänger, Herr Kollege Hirsch, 1978 richtig gefällt. Dafür werde ich eisern eintreten, daß an dieser Erkenntnis weiter festgehalten wird. Weitere städtebauliche Kriterien haben wir eingeführt. Daran lassen wir nicht rütteln. Das Land hat die Verantwortung für die Mittel, die es bereitstellt, und muß deshalb auch die Städtebaupolitik, die es selber verkündet, in Richtlinien festlegen und dann kontrollieren. Das hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun. Deshalb machen wir das so. (C)

Es kann durchaus sein, daß es da den Bebauungsplan einer Gemeinde gibt, die glaubt, anders bauen zu können. Die Gemeinde kann jeden Investor nehmen, der kommt. Wir können letztlich eine Stadt nicht daran hindern, Entwicklungen zu bringen, die demnächst wieder Sanierungsfälle sind. Aber solange das Geld des Landes hier hineinfließt, wird das Land die Erkenntnisse umsetzen, die es gewonnen und seit langem in seinen Richtlinien festgelegt hat, die den Ausschüssen bekannt sind. Insoweit kann es solche Einzelfälle geben.

Der nächste Punkt, den ich sehr gerne erwähnen würde, ist die Gettobildung, von der immer gesprochen wird. Ich halte schon die Vokabel für problematisch. Überwiegend werden Wohnungseinheiten, zusammenhängende Wohnungen in der Zahl von 30, meistens weniger, gefördert.

(Zuruf von der CDU: 80 %!)

Wenn 30 Menschen aus Rumänien, aus der Sowjetunion, aus Westpolen dort zusammenwohnen, würde ich diesen Begriff um Himmels willen vermeiden. Man redet ihn ja auch geradezu herbei, wenn man ihn aus polemischer Absicht ständig benutzt. Ich habe die herzliche Bitte, das doch im Interesse der Menschen, die zu uns kommen, zu unterlassen. (D)

Für mich ist eine Sache wichtig: daß möglichst viele dieser jetzt vom Bund und vom Land geförderten Wohnungen den Aussiedlern zugute kommen. Wir wollen vermeiden, daß man zu schnell Auswege sucht, die sowieso stattfinden würden. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, daß die Kommunen in freierwilligen Sozialwohnungen Aussiedler unterbringen - egal, ob neue gefördert würden oder nicht; das müssen sie sowieso tun. Deshalb ist der Hinweis, daß, wenn in eine bestehende Wohnung Aussiedler einziehen, man deshalb in die Neubauten keine mehr einzuweisen braucht, zumindest problematisch. Aber daß wir zu praktikablen Lösungen kommen müssen, habe ich viermal

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) vorgetragen, und daß wir uns bis zum Jahresende berichten lassen, wie die Gemeinden sich das vorstellen, habe ich ebenfalls angekündigt. Wir wollen gemeinsam mit den Gemeinden Lösungen finden. Das trage ich auch zum soundsovielten Male vor. Ich könnte das alles fortsetzen.

Ich komme jetzt nur noch auf die Frage der Finanzierung unter Beteiligung des Landes und des Bundes zu sprechen. Stereotyp reden Sie von Mogelpackung. Dabei kann ich mir nur einen Vorwurf machen, nur einen einzigen Vorwurf, nämlich daß ich, weil ich die Öffentlichkeit nicht gerne irreführe, manchmal überehrlich bin. Ich habe von Anfang an gesagt, die Mittel für die 5 000 Wohnungen werden aus dem Landeswohnungsbaupermögen genommen. Etwas anderes habe ich nie gesagt. Dabei habe ich nicht hinzugefügt, daß das für das Programmjahr 1989 bedeutet, daß das Landeswohnungsbaupermögen Kredite in einer Höhe aufnimmt, die 3 000 Wohnungen mehr zu bauen ermöglichen als im Jahre 1988, und zwar weil es langfristig wieder zu Lasten des Wohnungsbaupermögens ginge, denn ein Vermögen, das nicht mehr wirkt, das nicht auf Verzinsung angelegt ist, sondern auf zinslose Vorauszahlung, wird natürlich ausgezehrt, wenn man auf dieses Vermögen Kredite aufnimmt. Das ist Ihnen ja auch bekannt. Deshalb habe ich gesagt: Das geht alles zu Lasten des Wohnungsbaupermögens. Aber lediglich im Vergleich der Förderjahre 1988 und 1989 werden durch Kreditaufnahme bei der WFA 3 000 Wohnungen mehr gefördert als im Jahre 1988. Das ist das Faktum, das Ihnen spätestens seit der Ausschußsitzung hinreichend bekannt ist.

(B)

(Schultz (SPD): Das will der nicht begreifen!)

Ihr ständiger Hinweis, daß Anträge bisher schon in der Bundesrepublik lebender Deutscher auf Wohnungsbau nun nicht mehr zum Zuge kommen, wird ja dadurch nicht richtiger, daß Sie ihn immer wiederholen, sondern richtig bleibt, daß im Förderjahr 1989 alle Anträge, die 1988 auf Eigenheime eingegangen sind, bedient werden, und in 1990 werden wiederum diejenigen Anträge alle bedient werden, die bis zum 30.06.1989 eingegangen sind. Also, es wird ja gar keinem etwas genommen.

Lassen Sie mich, weil mir das ernst ist, etwas hinzufügen! Man könnte dieses alles ja als die üblichen parlamentarischen Auseinandersetzungen begreifen, die vor begrenzter Zuhörerschaft keinen nennenswerten Schaden anrichten und die damit in ihrer Bedeutung relativ irrelevant sind. Nur glaube ich, wider

die Faktenlage hier ständig zu behaupten, es würde derzeit ständig in der Bundesrepublik lebenden Deutschen etwas weggenommen, das ist ein Argument, das ja diese negative Stimmung, die Sie befürchten, gegenüber den Menschen, die aus Osteuropa kommen, erst schürt. (C)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Deshalb, so muß ich sagen, bin ich hier in Sorge, wenn zum vierten oder fünften Male stets wiederlegte Argumente von Ihnen ständig neu vorgetragen werden. Ansonsten könnte einem wirklich gleichgültig sein, was Sie hier gebetsmühlenhaft und unwahrheitsgemäß ständig wiederholen. - Darin liegt doch das Problem, vor dem wir bei diesen Debatten stehen.

Eine letzte Bemerkung zu dem ersten Fall ist die Frage: Wie sieht die Finanzierung des Bund-Länder-Programms aus?

Also: Die Verwaltungsvereinbarung sieht zwei Dinge, die Sie kritisieren, ausdrücklich als rechtmäßig vor:

1. Die Leistungen der Länder aus dem Landeswohnungsbaupermögen werden auf den Landesanteil angerechnet.
2. Wie die Länder die Mittel verwenden, ist ihnen überlassen.

Von diesen Möglichkeiten machen wir Gebrauch, und wir wählen diejenige Form, die wir für die eingespielteste und für die wirtschaftlichste halten. Die eingespielteste anzuwenden bedeutet, die Rechtsform des öffentlich geförderten Wohnungsbaues zu gebrauchen, und die wirtschaftlichste zu nutzen meint, die Darlehensförderung zu wählen, weil die Mittel generell zurückfließen, wenn die Periode, die zur Finanzierung öffentlich geförderter Wohnungen rechtlich vorgeschrieben ist, ausgelaufen ist, aber auch früher, wenn ein möglicher Investor eine öffentlich geförderte Wohnung nicht mehr haben will. Wirtschaftlicher geht es nicht, und das Geld bleibt dauerhaft den Zwecken des Wohnungsbaues erhalten und ist nicht als einmaliger Zuschuß herausgegeben, gleichgültig, was der Investor später treibt. Das ist die wirtschaftlichste und die wohnungsbaupolitisch effektivste Form, die man wählen konnte. (D)

Wir haben dann 140 Millionen DM Haushaltsmittel genommen und sie zusätzlich bereitgestellt. Damit bin bei Punkt 2, bei dem die Probleme bei dieser unserer Debatte liegen.

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) Mir macht es für die politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik generell Sorgen, wie - das sage ich jetzt unvorsichtig - in allen Parteien, Forderungen nach zusätzlichen staatlichen Leistungen ständig aufgestellt werden, wie Bund und Länder gegenseitig Einfälle bekommen, was nun jeder andere bezahlen oder mitbezahlen soll, und die völlig außer acht lassen, wie denn die Einnahmeseite des Gesamtstaates aussieht.

Die heutige Debatte, soweit ich Sie verfolgen konnte, hat doch dazu geführt, daß Sie begrüßt haben, daß die Landesregierung sich gezwungen sieht, zusätzliches Geld für bestimmte Kohlelasten auszugeben. Diese Debatte hat bei Ihnen dazu geführt, daß Sie zusätzliche Leistungen für Studenten und Hochschulen haben wollen. Diese Debatte führte weiter dazu, daß Sie zusätzliches Geld des Landes für den Aussiedlerwohnungsbau haben wollen. Der Beitrag des Kollegen Arentz war eine Forderungsorgie im Blick auf das, was alles in der Sozialpolitik zusätzlich getan werden müsse.

(Lachen bei der CDU)

- Ja, das war es schon. Die sozialdemokratischen Sozialpolitiker wirken, wenn man Kollegen Arentz hört, in Ihren zusätzlichen Forderungen zurückhaltend.

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

- (B) Jeder einzelne dieser Gedanken ist ja durchaus diskutabel. Nur, daß die Summe all dessen bei dem derzeitigen Steueraufkommen des Gesamtstaates nicht erbracht werden kann, wissen Sie ja selber. Ich weiß nicht, was diese politische Kultur soll, daß man unablässig über Forderungen redet und nichts davon sagt, wie sie bedient werden können.

(Schmidt (SPD): Richtig!)

Ich füge, den Wohnungsbaubereich ein wenig überschreitend, eines hinzu: Ich bekomme zunehmend Verständnis für die Studenten, die vor den Hochschulen demonstrieren, und zwar aus einem Grund: Wie sollen sie sich in einer Republik zurechtfinden, die nach außen darstellt, wie reich sie ist, die sich im politischen Bereich dadurch darstellt, daß ständig Forderungen von sich als seriös erachtenden politischen Kräften auf allen möglichen Ebenen erhoben werden und die dann feststellen müssen - gleichgültig, ob es in Frankfurt, in Düsseldorf, in Hannover oder in Berlin ist; darauf kommt es doch gar nicht an -, daß für die Verbesserung der Lage der Hochschulen, der sozialen Lage der

Studenten, dann kein Geld vorhanden ist. - Ich habe den Bereich des Wohnungsbaues überschritten, weil hier genau das gleiche Problem vorliegt.

Wir haben 140 Millionen DM zusätzlich genommen. Aber schauen wir uns das konkrete Verhältnis des Bundes zu Nordrhein-Westfalen an! Größenordnungsmäßig wird doch das, was an zusätzlichen Strukturhilfen noch nicht da ist - es ist auch noch nicht abschließend geregelt, aber ich hoffe, es kommt -, im Grunde genommen bereits wieder durch das aufgezehrt, was der Bund in der Summe von Kohlepolitik und Aussiedlerpolitik vom Land verlangt. Das ist doch die Wirklichkeit, die sich abspielt. Da wird viel öffentliches Theater gemacht, und in der Summe kommt dabei nichts herum.

(Büssow (SPD): Sehr richtig!)

Wenn man das alles mehrere Jahre erlebt, kann man nur eines sagen: Der Freistaat Bayern - wir feiern ja jetzt den 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland - hatte wohl mit dem Hauptgrund, warum er seine Zustimmung zum Grundgesetz verweigert hat, recht, daß nämlich das Grundgesetz wirklich einen effizienten Mangel zu Lasten des Föderalismus hat: daß es keine Einnahmehoheit der Länder vorsieht.

(Büssow (SPD): So ist es!)

Diese Debatten werden ohne Einnahmehoheit der Länder abwegig. Da ist - bitte mißverstehen Sie mich nicht - kein billiger Angriff auf die Bundesregierung in ihrer jetzigen parteipolitischen Zusammensetzung; darum geht es mir nicht.

(Dr. Pohl (CDU): Das wäre bei einer anderen Regierung genauso!)

- Das sage ich doch gerade, Herr Kollege Pohl: Natürlich muß ein Land, das ständig mit immer neuen Forderungen nach weiteren Leistungen konfrontiert wird, der Bundesregierung sagen: Zur Zeit ist der Bund für die Einnahmeseite der Länder verantwortlich. Daran führt kein Weg vorbei, und davor können wir uns nicht drücken.

Das war der problematische Teil meines Beitrags. Nun komme ich zu der erfreulichen Seite: Ich bin einigermaßen zufrieden damit, wie wir bei den Möglichkeiten, die wir haben und über die ich geredet habe, mit der Umsetzung des Wohnungsbauprogramms für Aussiedler vorankommen. Wir liegen gut ein Jahr vor dem sonstigen Abwicklungsfortschritt von Wohnungsbauprogrammen. Für mich ist es

(C)

(D)

(Minister Dr. Zöpel)

- (A) überraschend, mit welchem Tempo Wohnungsbau-
gesellschaften und Kommunen, die wirklich
etwas tun wollen, vorankommen.

Ich hatte angenommen, daß die ersten Woh-
nungen im Spätherbst des nächsten Jahres
bezugsfähig werden. Ich bin glaubhaft über-
zeugt worden, daß dies im Mai der Fall sein
kann, daß man zur Grundsteinlegung geladen
wird und daß, wenn ich aus Termenschwierig-
keiten später dorthin käme, man bereits am
Erdgeschoß baue. Ich finde das toll; das alles
ist gelaufen.

Sie haben gesagt, wir sollten Phantasie ha-
ben. Meine Damen und Herren, nehmen Sie es
mir nicht übel: Wir haben schon darüber
nachgedacht, was man in Gebäuden aller
Art - angefangen bei alten Fabriken, über
Kirchen bis hin zu Wassertürmen - einbauen
kann. Als das noch als völlig abwegige Politik
bezeichnet wurde, da haben wir schon
darüber nachgedacht, wie man das weiterent-
wickeln kann.

(Beifall bei der SPD)

Insofern bin ich zuversichtlich, daß wir
gleich Anfang des kommenden Jahres die
nächsten 4 000 Wohnungen werden verteilen
können, und zwar nach überprüften Kriterien
mit etwas Schwerpunktbildung und unter
Berücksichtigung der Mitteilung, ob es zur
Vermeidung von für die Wohnungsbauunterneh-
men unwirtschaftlichen Gruppierungen von
Aussiedlern kommt - so würde ich das gern
formulieren.

(B)

Ich würde gern mit der Bitte schließen:
Vielleicht könnten wir uns doch - nicht wegen
des Verhältnisses "Regierung - Opposition";
das muß wohl so sein, wie es ist, obwohl man
sich über die Rationalität mancher Debatten
immer mehr Gedanken macht - einigen, um
nicht in der Bevölkerung weiter die Gefahr
entstehen zu lassen, etwas gegen die
deutschstämmigen Menschen zu haben, die zur
Zeit aus Osteuropa zu uns kommen, und um
die Sachen, die abgehakt sind, doch einmal
abgehakt sein zu lassen und darüber zu
streiten, wie die nächsten Schritte richtig
gemacht werden. Das ist dann konstruktiv.

(Büssow (SPD): Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn
Abg. Tschoeltsch für die F.D.P.-Fraktion das
Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine
Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn
meiner Ausführungen auf eine Bemerkung des
Kollegen Kniola eingehen. Herr Kniola hat

vorhin der F.D.P. vorgeworfen, wir würden
zwar eine Reihe von Erhöhungsanträgen
stellen, aber keine Deckungsvorschläge
unterbreiten.

(C)

Ich darf Herrn Kollegen Kniola sagen, daß
wir in den Fachausschüssen insgesamt Er-
höhungsanträge in einer Summe von
116,4 Millionen DM gestellt und Kürzungs-
anträge in einer Höhe von 172,47 Millionen DM
vorgelegt haben, so daß wir insgesamt,
hätten Sie unseren Anträgen zugestimmt, die
Kreditaufnahme reduziert hätten. Das ist die
Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn Sie allerdings in den Fachausschüssen
alle unsere Anträge, die Erhöhungsanträge
und die Kürzungsvorschläge, vom Tisch
fegen, dann können Sie nicht erwarten, daß
wir alle Anträge hier erneut stellen.

Ich komme zum Thema Strukturpolitik und
auch zu Fragen, die die Staatskanzlei be-
treffen. - Meine Damen und Herren, alle
sprechen vom Strukturwandel: die Landesre-
gierung, alle drei Fraktionen in diesem
Hause, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber.
Da muß man sich fragen, ob alle Beteiligten
auch die gleichen und gleichlautenden Vor-
stellungen haben. Ich kann hier für die
F.D.P.-Fraktion erklären: Strukturwandel
kann aus unserer Sicht nur dann zum Erfolg
führen, wenn sich alle Beteiligten frei
entfalten können. Unsere Bürger, unsere
Unternehmen, unsere Gemeinden und Städte
müssen für ihre Entscheidungen mehr Frei-
räume bekommen. Es ist Aufgabe der Landes-
politik, die vorhandenen Freiräume zu sichern
und neue zu schaffen.

(D)

Herr Ministerpräsident, Sie regieren nunmehr
in NRW acht Jahre mit absoluter Mehrheit. In
dieser Zeit haben Sie auch kein einziges
Gesetz zustande gebracht, das Bürgern,
Unternehmern und Kommunen mehr Entschei-
dungsmöglichkeiten vor Ort einräumt. Ganz im
Gegenteil. Jüngstes Beispiel Ihrer Ideologie
ist die vorgesehene Novellierung des Lan-
desplanungsgesetzes und des Landesentwick-
lungsprogrammes. Die Denkstrukturen der
SPD werden zur Norm erhoben, alles wird in
Düsseldorf bis ins letzte Detail vorgegeben.
Mit dieser Verfahrensweise, Herr Minister-
präsident, töten Sie jegliche Initiative vor
Ort. Unter der sozialdemokratischen Dunst-
glocke ist ein dynamischer Strukturwandel
nicht vorstellbar.

Meine Damen und Herren, wir verhehlen
nicht, daß wir in jüngster Zeit auch einige
positive Ansätze in der Landespolitik er-

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) kennen können. Doch dies ist nie aus freien Stücken entstanden. Die Landesregierung handelt immer erst dann, wenn die Opposition die Pflöcke eingeschlagen hat

(Lachen bei der SPD)

und die Landesregierung einfach nicht mehr an unseren Initiativen vorbeikommt.

(Zurufe von der SPD: Ach du lieber Gott! Ach du dickes Ei!)

Ich darf als Beweis, wie die wirkliche Situation eingeschätzt wird, einmal auf das Strukturgutachten der "fünf Weisen" verweisen. Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich:

Die im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet überdurchschnittlichen Arbeitsplatzverluste beschränken sich im Ruhrgebiet keineswegs auf den Montansektor. Mit Ausnahme des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes wiesen alle Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes zwischen 1981 und 1986 im Ruhrgebiet überdurchschnittliche Arbeitsverluste auf.

An anderer Stelle, und das ist vielleicht noch entscheidender, heißt es:

Von nicht gering einzuschätzender Bedeutung ist der Einfluß, den der dominierende Montansektor auf das allgemeine Wirtschaftsklima und auf das Denken der Menschen im Ruhrgebiet ausgeübt hat. Notwendige Anpassungen an veränderte Marktbedingungen wurden beim Stahl und mehr noch bei der Kohle durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und Kartellierung verzögert. Dies ging auf Kosten anderer Wirtschaftszweige. Und es war auch der Entfaltung unternehmerischer Initiative und beruflicher Flexibilität im Ruhrgebiet nicht gerade zuträglich.

- (B) Meine Damen und Herren, wir behandeln im Augenblick auch den Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten, und damit ist, wie wir ja heute morgen bereits festgestellt und erörtert haben, der gesamte Bereich der Politik zur Diskussion gestellt. Wir können das nicht verstehen, Herr Ministerpräsident, wie Sie bisher auf demonstrierende Studenten reagieren. Tausende von Studenten fühlen sich im Stich gelassen - das ist die Situation -, und zwar deshalb, weil Sie und Ihre Wissenschaftsministerin Hochschulpolitik ausschließlich im Sinne einer Rotstiftiktatur verstehen. Sie begreifen nicht, Herr Ministerpräsident, daß Sie damit die Zukunft unserer Jugend, die Zukunft unseres Landes

- aufs Spiel setzen. Auch dies ist eine Sache des Strukturwandels. (C)

Schule und Kultur - ein weiteres Thema unserer heutigen Debatte! Uns erreichen täglich Schreiben der Schulträger, der Schulkonferenzen und der Schulpflegschaften. Weit über 300 000 Stunden Unterrichtsausfall kennzeichnen die wirkliche Lage an unseren Schulen - Unterrichtsausfall beispielsweise in den Fächern Mathematik, Physik und Chemie, um nur einige Bereiche zu nennen. Dieser Unterrichtsausfall bedeutet jedoch, daß wir in wesentlichen Fächern, die wir für die Modernisierung unseres Landes brauchen, keinen ausreichenden Unterricht anbieten können. Herr Ministerpräsident, ich mache Sie für diese Situation ganz persönlich verantwortlich.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir drängen Sie seit Jahren auf Abhilfe; geschehen ist jedoch leider nichts.

(Eichhorn (SPD): Du bist ja erst ein paar Jahre hier drin!)

Um einen weiteren Politikbereich anzusprechen: Wie sieht es denn um die innere Sicherheit in unserem Lande aus? Tatsache ist, daß Tausende von Polizisten auf die Straße gehen müssen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Wir sehen die Sicherheit der Bürger in diesem Lande ernsthaft gefährdet. (D)

- Herr Ministerpräsident, Sie unterhalten sich so angeregt mit Ihrem Nachbarn. Es mag sein, daß Sie die ganze Diskussion hier im Landtag nicht berührt, daß Sie das kaltläßt. Ihre Mehrheit ist ja noch gesichert. -

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ich höre jeden Satz! - Henning (SPD): Vielleicht geht es den beiden auch um den Strukturwandel! Eklig so etwas, dieses Anmosern!)

Nur: Wir können nicht verstehen, daß Sie auf demonstrierende Eltern, auf demonstrierende Schüler, auf demonstrierende Studenten, auf demonstrierende Professoren oder auf demonstrierende Polizisten keine Antwort haben. Wir werden Sie nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Wir haben in der heutigen Debatte eine Vielzahl von Fragen zu diesen Problemkreisen gestellt. Leider fehlt die Antwort des Ministerpräsidenten. Wir verkennen nicht die

(Tschöeltsch (F.D.P.))

- (A) schwierige Finanzsituation des Landes. Um so wichtiger wäre es aber, daß in einer solch schwierigen Situation Entscheidungen aufgrund sorgfältiger Analysen getroffen würden, Entscheidungen – dies füge ich hinzu –, die auch schmerzhaft sein können. Doch dazu, Herr Ministerpräsident, sind Sie nicht bereit. Sie lassen das Schiff treiben, in der Hoffnung, es werde schon irgendwie gutgehen, und Sie meinen, irgendwie würden Sie den nächsten Wahltermin schon überstehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen sprechen, müssen wir auch über die Anpassungsprobleme des Steinkohlenbergbaus sprechen. Da wir dies im Gegensatz zu der ursprünglichen Reihenfolge heute morgen bereits ausführlich getan haben, will ich es mir jetzt ersparen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie im Bereich der Energiepolitik auch kaum Aktivitäten entfaltet haben, so sind Sie, wenn es um den Ausbau der Staatskanzlei geht, viel, viel rühriger. Dabei geht es Ihnen nicht um die Lösung von Problemen im Lande. Nein, es geht Ihnen um Machterhalt, um Machtzuwachs und um die Publikumsgunst. Die Lösung von landespolitischen Problemen ist nachrangig. Dies wird allein schon dadurch deutlich, daß Sie den Öffentlichkeitsetat um weitere 628 000 DM erhöhen wollen.

- (B) Herr Ministerpräsident, Sie befinden sich hier auf einer Gratwanderung. Aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über Öffentlichkeitsarbeit vor Wahlen zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten:

Als Anzeichen für eine Grenzüberschreitung zur unzulässigen Wahlwerbung kommt weiterhin ein Anwachsen der Öffentlichkeitsarbeit in Wahlkampfnähe in Betracht, das sowohl in der größeren Zahl von Einzelmaßnahmen ohne akuten Anlaß wie in deren Ausmaß und dem gesteigerten Einsatz öffentlicher Mittel für derartige Maßnahmen zum Ausdruck kommen kann.

Und weiter heißt es:

Aus der Verpflichtung, sich jeder parteiergreifenden Einwirkung auf die Wahl zu enthalten, folgt schließlich für die Vorwahlzeit das Gebot äußerster Zurückhaltung und das Verbot jeglicher mit Öffentlichkeitsmitteln betriebener Öffentlichkeitsarbeit in Form von sogenannten Arbeitsleistungs- und Erfolgsberichten.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

(C) Im nächsten Jahr, Herr Ministerpräsident, haben wir Europawahlen und Kommunalwahlen. Wir werden dies alles sehr sorgfältig prüfen.

Ich kann Ihnen meine persönliche Meinung zu diesem Bereich sagen: Ich glaube, daß Ihr Verhalten nicht konform geht mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das ich eben zitiert habe.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Daß Sie die Probleme des Landes nicht primär im Auge haben, Herr Ministerpräsident, wird auch deutlich, wenn Sie als Chef der Staatskanzlei einen Journalisten berufen. Daß da also andere Maßstäbe von Ihnen angesetzt werden, wird doch mehr als deutlich.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Herr Ministerpräsident, ich möchte ein anderes Thema aufgreifen – Quotenregelung für Frauen im öffentlichen Dienst. Bevor Sie Gesetze ändern oder Gesetze einbringen, hätten Sie als verantwortlicher Politiker in Ihrem eigenen Bereich handeln können. Ich frage Sie: Warum gibt es unter den Regierungspräsidenten keine Frau? Ich frage Sie: Warum gibt es in Ihrem Kabinett nur eine Frau? Warum gibt es unter den Staatssekretären nur eine Frau?

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU
– Ministerpräsident Dr. Rau: Zwei!)

(D) Ich frage Sie: Warum gehen Sie her und setzen an der Basis Maßstäbe für andere und sind nicht bereit, diese Maßstäbe, die Sie anderen vorgeben wollen, selbst erst einmal als Meßlatte anzusetzen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Warum diese Differenz? Ich bin gespannt, ob Sie das heute hier noch erklären. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, ohne Änderung von Gesetzen ein Vorbild zu geben. Da Sie dies nicht gemacht haben, wirkt das Ganze sehr zweifelhaft, wobei ich mich sowieso frage, wie Sie dieses Gesetz praktizieren wollen. Wenn ich nur einmal ein Beispiel herausgreife: Wollen Sie, da an vielen Schulen überwiegend Lehrerinnen tätig sind, dann beispielsweise nur Männer einstellen, um in dem Bereich zu einem Ausgleich zu kommen? Oder wollen Sie beispielsweise bei der Gewerbeaufsicht, wo ja zur Zeit nahezu ausschließlich Männer in den Bereichen Physik und Chemie tätig sind, jetzt grundsätzlich nur noch Frauen einstellen?

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, was nutzen Hunderte von Forschungs-

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) vorhaben zur Rolle der Frau, was nutzen Sonntagsreden zum Thema offene Gesellschaft, zum Parteienstaat, zur Aktivierung gesellschaftlichen Wohlstands?

Herr Ministerpräsident, gefragt ist Kreativität und Intelligenz. Beides kann sich ohne Parteiendruck und ohne Quote entwickeln.

Zum Abschluß sage ich Ihnen: Kreativität, Intelligenz und Engagement sind gefragt. Unser Land ist reich an diesen Tugenden. Unsere Bürger haben diese Tugenden, meine Damen und Herren von der SPD. Geben Sie Ihnen die Freiräume, dann wird auch der Strukturwandel vorankommen! Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Herrn Abg. Westermann.

Westermann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich sagen: Die Oppositionsparteien haben heute der Wirtschaftspolitik unseres Landes ein großes Kompliment gemacht.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- (B) Sie haben uns heute ein großes Kompliment in der Wirtschaftspolitik gemacht, denn der Ältestenrat hatte ja vereinbart, daß dieses Thema höchste Priorität haben sollte. Sie haben durch die von Ihnen vorgegebene Debattenfolge diese Priorität verändert. Wir schließen daraus, daß Ihnen allmählich im Bereich der Wirtschaftspolitik die Munition ausgeht und daß die Fakten so gut sind, daß Sie dazu nichts mehr zu sagen haben, denn sonst hätten Sie nicht verursacht, daß dieses Thema hier heute abend als allerletztes bearbeitet wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn man sich Ihre Argumente anhört - auch Herr Tschoeltsch ist kaum auf den Bereich eingegangen --

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das war alles Wirtschaftspolitik!)

- Ja sicher: Die Frauenquote beim Ministerpräsidenten und im Kabinett, das ist alles Wirtschaftspolitik! Ich freue mich, daß Sie hier dokumentieren, was Sie unter Wirtschaftspolitik verstehen. Sie haben aber sicher Verständnis dafür, daß sich das nicht mit unseren Vorstellungen deckt.

(C) Ihre Argumente heute basieren wieder auf dem gleichen Vorwurfsschema: Bürokratie und eben alte Gutachten. Lassen Sie mich dazu sagen: Durch Wiederholen werden beide Argumentationslinien eigentlich nicht besser.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das ist richtig!)

Bürokratie: Dazu haben wir schon etwas ausgeführt. Es wäre in diesem Zusammenhang auch einmal interessant nachzulesen, was Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu diesem Komplex sagen.

Wenn in diesem Landtag immer wieder alte Gutachten zitiert werden

(Tschoeltsch (F.D.P.) hält das Strukturgutachten für das Jahr 1988/89 in die Höhe: Ist das alt?)

- Sie waren selber so korrekt hinzuzufügen, daß das Gutachten des Sachverständigenrates die Entwicklung der Jahre 1981 bis 1986 berücksichtigt -, dann wissen Sie, daß 1981 bis 1986 insgesamt eine schwierige Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik gegeben war, daß sich aber in unserem Lande seit 1986 Entscheidendes verändert hat. Wir fordern Sie von beiden Oppositionsparteien auf, diese Veränderung in unserem Lande endlich zur Kenntnis zu nehmen.

(Schauerte (CDU): Seit 1983; in NRW etwas später!)

(D) Für meine Fraktion möchte ich heute feststellen: Wir sind auf dem Weg der ökonomischen und ökologischen Erneuerung unseres Landes ein ganzes Stück weitergekommen. Ich würde mich nur freuen, wenn Sie das auch allmählich bemerkten.

Der Umstrukturierungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. Wir wissen um die Risiken, aber wir Sozialdemokraten sind der Auffassung und haben den Optimismus, daß wir den Strukturwandel mit Hilfe der Unternehmen, der Arbeitnehmer und der Politiker bewältigen werden. Viele Faktoren sprechen dafür, daß das möglich sein wird. Es sind schon einige genannt worden. Ich führe noch einmal exemplarisch die relativ günstige Wachstumsrate, bei der wir erstmalig im ersten Halbjahr 1988 über dem Bundesdurchschnitt gelegen haben, und die veränderten Arbeitslosenzahlen im November an. Im November liegen wir erstmalig abweichend vom Bundestrend. Wir verzeichnen sinkende Arbeitslosenzahlen - wenn auch nur geringfügig -, während umgekehrt im Bundestrend saisonal bedingt die Arbeitslosigkeit wieder

(Westermann (SPD))

- (A) gestiegen ist. Ich glaube, das ist sicherlich auch mit ein Argument für Sie zu sagen: Wirtschaft ist nicht mehr ganz so dringlich. Auf diesem Gebiet haben wir nicht mehr die Möglichkeit zu polemisieren und draufzuhauen. Und dann verschweigen wir das einfach. - Es ist schon wichtig, das zu sagen.

Es tut sich etwas in unserem Lande, ganz deutlich dokumentiert - und das als dritter Indikator - in der Herbstbefragung der Industrie- und Handelskammern, bei der es um die Meinung der Industrie- und Handelskammern zur Konjunkturlage und um die Erforschung der Stimmung in der Wirtschaft ging.

Wir stellen fest, daß sich auch in diesem Bereich das Bild maßgeblich gewendet hat und daß die Konjunktur auch im Ruhrgebiet - dies hat uns immer Sorgen gemacht und zur Verschlechterung des Landesdurchschnitts beigetragen - kräftig angezogen ist, daß die Kammern kräftigen Rückenwind, eine verstärkte Binnennachfrage, aber auch eine dynamische Exportentwicklung registrieren. Wenn ich einmal zitieren darf: "Den größten Sprung nach vorn hat die Industrie gemacht, woran alle Sektoren, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, beteiligt waren." Auch der Handel partizipiert. Das Dienstleistungsgewerbe gibt wieder die beste Bewertung. Das zeigt, daß das, was sich hier in bezug auf das Wirtschaftsbild verbessert hat, eine breite Basis hat. Deshalb ist es auch blanke Unsinn - Herr Dr. Linssen hat das in der letzten Strukturdebatte hier vorgetragen - zu behaupten, daß die wirtschaftliche Verbesserung sich eigentlich nur darauf zurückführen ließe, daß es im Stahlbereich boomte. Die Entwicklung ist breit, sie ist solide; sie gibt uns auch Anlaß zu Hoffnungen, genau so wie auch die Erwartungen und Hoffnungen der Industrie sich entscheidend verbessert haben. 90 % der Unternehmen im Ruhrgebiet bezeichnen gegenwärtig ihre wirtschaftliche Lage als gut oder als befriedigend. Ganz wichtig und entscheidend ist, daß sie auch in die Zukunft enormes Vertrauen setzen. Die Entwicklung im Handwerk ist ähnlich gestaltet.

(B)

Das heißt also, die, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, haben eine ganz andere Einstellung als die, die die Oppositionsparteien hier im Parlament immer zum Tragen bringt.

Meine Damen und Herren, wir haben genug Stärken in unserem Land. Die Entwicklung im Ruhrgebiet zeigt, daß auch hier wieder die Zeichen auf Zukunft stehen. Die Umwelttechnologien und Umweltindustrien, die ja

auch zukunftssträchtige Bereiche sind, haben eine starke Stellung. Wir haben mit 600 überregional bedeutsamen Betrieben eine Konzentration an Umweltproduktion. Über 100 000 Arbeitnehmer sind bereits in diesem Bereich beschäftigt. Produktionsschwerpunkte wie Luftreinhaltung, Abwassertechnik, Abfall- und Recyclingtechnik, Energieeinsparung und -rückgewinnung werden von den Unternehmen als Möglichkeiten für Umsätze und Gewinne erkannt. Das große Potential von 100 Milliarden DM im Umweltbereich hat sich als interessantes Betätigungsfeld gezeigt. Das bestätigt unsere These, die auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen ist, daß man unser Land ökonomisch und ökologisch erneuern kann und daß man durch Umweltschutz nicht Arbeitsplätze abbaut, sondern zusätzliche Beschäftigung schaffen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes sind gut. Nordrhein-Westfalen wird als Standort nicht nur durch unsere Unternehmen gut beurteilt, sondern auch ausländische Investoren drängen nach Nordrhein-Westfalen. Interessant ist im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt, daß verstärkt Unternehmen, die nicht zur EG gehören und deshalb demnächst nur noch unter erschwerten Bedingungen in unser Land exportieren können, in unserem Lande investieren wollen, um damit ihre Produktion und ihren Absatz zu sichern. Der Besuch der norwegischen Ministerpräsidentin dokumentiert ein solches Interesse. Aus schwedischen Unternehmen ist es uns bekannt. Ich hatte vor einigen Tagen ein Gespräch mit dem rumänischen Botschafter. Auch dort besteht großes Interesse, in unserem Lande zu investieren und zu produzieren. Ich glaube, daß wir diesem Felde der Akquisition von Investitionen ausländischer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen auch weiter großes Augenmerk schenken sollten.

(D)

Vielleicht noch eine Anmerkung zur Zukunftsinitiative; die Zeit ist leider knapp, wenn man von 20 auf sieben Minuten reduzieren muß. Wir meinen, daß diese "Zukunftsinitiative Montanregionen", die ja allseits im Lande gelobt wird, mit dazu beigetragen hat, daß wir durch neuen Konsens vor Ort ein Stück verbesserter Wirtschaftsstimmung in unserem Land haben. Wenn in den letzten Tagen an der Abwicklung der Finanzierung herumgemäkelt und mit Begriffen wie Hokuspokus argumentiert worden ist, dann kann ich nur sagen, daß das nicht sehr seriös ist, was da passiert. Diese "Zukunftsinitiative Montanregionen" stößt in allen

(Westermann (SPD))

- (A) Regionen auf große Zustimmung bei den Betroffenen. Sie können uns ausschimpfen und uns diffamieren; aber diffamieren Sie bitte nicht die vor Ort, die aktiv in einer solchen Zukunftsinitiative mitarbeiten und etwas zur Entwicklung ihrer Region tun.

(Beifall bei der SPD)

Ganz entscheidend ist übrigens nicht das, was an Geld zur Verfügung gestellt wird. Wenn wir unseren Haushalt mit 63 Milliarden DM sehen, wovon 2 Milliarden DM ZIM-Investitionen sind, dann weiß jeder, daß die Wirkungen beschränkt sind. Der entscheidende Vorteil ist jedoch, daß es uns mit dieser Zukunftsinitiative gelungen ist, vor Ort wieder den Willensbildungsprozeß zwischen allen am Wirtschaftsleben Beteiligten voranzubringen. Deswegen läßt sich das, was wir hier an neuer Diskussion, an neuem Konsens und am Zusammenbringen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten geleistet haben, überhaupt nicht in Geld ausdrücken. Der Wert dessen geht weit über das hinaus, was wir mit den 2 Milliarden DM zur Verfügung stellen.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Das war doch unsere Idee!)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Ich hätte gerne noch, wenn wir eine ausführlichere Debatte gehabt hätten, etwas zu den Rahmenbedingungen der Bundeswirtschafts- und -finanzpolitik gesagt. Ich kann nur noch abschließend das Urteil des Sachverständigenrates zitieren, der sich veranlaßt sah, anzumahnen, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung mittel- und langfristig hinter den Erfordernissen von Wachstum, Investition und Beschäftigung zurückbleibt.

(B)

Wenn die Verpflichtungen echt wahrgenommen würden, die die Bundesregierung für die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat, dann, glaube ich, könnte die Situation in unserem Lande noch ein bißchen besser aussehen. Aber wir stellen ja leider im Gegenteil sogar fest, daß uns immer wieder neue Steine in den Weg geworfen werden. Wenn ich an die Kohledebatte heute morgen, an die finanziellen Zusatzlasten denke, oder wenn ich daran denke, was durch Kürzungen im Arbeitsförderungsgesetz und Reduktion bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wieder auf unser Land zukommt,

(Zustimmung der Frau Abg. Speth (SPD))

dann stellen wir doch fest: Hier ist keine Behilflichkeit des Bundes für die Entwicklung in unserem Lande ersichtlich, (C)

(Erneut Zustimmung der Frau Abg. Speth (SPD))

sondern wir werden behindert, und man legt uns zusätzliche Bremsklötze in den Weg. Es ist eigentlich schlimm, was da passiert.

Lassen Sie mich abschließend sagen - weil meine Zeit abgelaufen ist -: Trotz mangelnder Bundesfinanz- und -wirtschaftspolitik stimmen uns die Signale aus der NRW-Wirtschaft hoffnungsvoll. Der Prozeß der strukturellen Veränderung, der ökologischen und ökonomischen Erneuerung unserer Wirtschaft ist ein gutes Stück vorangekommen. Wir wollen diesen Prozeß durch Verbesserung unserer Infrastruktur und durch investitions- und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen weiter fördern.

Wir fordern auch die Oppositionsparteien auf, die Aufbruchstimmung in unserem Lande positiv zu begleiten und nicht durch klein-kariertes, egoistisches Handeln und Reden zu behindern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Pohl das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Herbst dieses Jahres haben wir in Nordrhein-Westfalen zwei spezielle und, wie ich meine, denkwürdige Ereignisse erlebt. Über eines wurde viel geredet und geschrieben, das andere wurde der Vergessenheit anheimgegeben, obwohl es der öffentlichen Feststellung und Erörterung bedurft hätte. (D)

Das erste Ereignis, Herr Ministerpräsident, war: zehn Jahre Regierung Rau. Das zweite Ereignis: Das Land Nordrhein-Westfalen hat im September die Verschuldungsgrenze von 100 Milliarden DM überschritten.

Das erste Ereignis hat uns heute Veranlassung gegeben, eine Bilanz der Regierung Rau auf den wichtigsten Politikfeldern während der Debatte zum Einzelplan 02 zu ziehen.

Das zweite Ereignis, Herr Ministerpräsident, erweist, daß in Nordrhein-Westfalen ein von der SPD durch Öffentlichkeitsarbeit geschönter Anspruch der Landessicht und die reale Wirklichkeit mißlungener Landespolitik

(Dr. Pohl (CDU))

(A) - siehe Schuldenberg - weit auseinanderklaffen. Ein Forderungskatalog der Kurskorrektur ist geboten.

Noch zu ein paar Stichworten!

Erstens: Finanzen. Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie es sicherlich verdrängen wollen: Während Ihrer Regierungszeit von 1978 bis heute hat sich die Gesamtverschuldung des Landes von damals 28 Milliarden DM bis heute, 1988, auf mehr als 100 Milliarden DM verdreifacht. Die Zinsausgaben haben sich von 1,58 Milliarden DM auf über 6 Milliarden DM praktisch vervierfacht. Wir zahlen heute mehr an Zinsen aus diesem Landeshaushalt, als Ausgaben für Dinge getätigt werden, die Sie als Regierungsziel bezeichnet haben, nämlich für Ökologie und für die ökonomische Erneuerung unseres Landes.

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen schon vor zwei Jahren gesagt, daß Sie vom "Taucher Johannes" und "Bruder Johannes" zum "Schulden-Johannes" geworden sind. Ich kann an dieser Aussage, auch wenn Sie sich damals geärgert haben, auch durch die weitere Entwicklung nichts abstreichen.

Alle Ihre Finanzminister haben Konsolidierung versprochen: Halstenberg 1975 bei 16 Milliarden, Posser 1979 bei 30 Milliarden; und dann stellt sich Herr Schleißer, den ich übrigens heute den ganzen Tag bei der Finanzdebatte vermisste, hierhin und sagt: "Wir werden den erfolgreichen Kurs der Konsolidierung fortsetzen." Dies ist unverföhren und verspricht für die Zukunft weiteren Mißerfolg.

Heute, Herr Ministerpräsident, haben Sie bei der Kohledebatte gesagt: 16,4 Milliarden DM hat uns die Kohle gekostet. Einverstanden! Finanzausgleich: noch einmal 4 Milliarden DM - sind 20 Milliarden DM. Aber 80 Milliarden von 100 Milliarden DM, das ist Verschulden der SPD-Landesregierung, und das ist zuhauf Ihr Verschulden, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nun zur Steuerreform des Bundes! Wir hören das ja immer wieder. Da wird also etwas ganz Tolles ausbrechen, ist uns gesagt worden. Zitate habe ich hier zuhauf. "Das gilt für alle Länder, auch für Nordrhein-Westfalen, daß sie durch die schwächer werdenden konjunkturellen Entwicklungen als Folge zahlreicher Steuerentlastungen der Bundesregierung ruinöse Steuerausfälle zu verkraften haben" - sagte Herr Schleißer am 23. September 1987. Im April 1988 sagte er: "Für eine

positive Entwicklung der Binnennachfrage und damit für eine Stärkung der Massenkaufkraft kommt dabei nichts heraus, und es kann auch nichts dabei herauskommen. Gleichzeitig werden die Finanzierungsdefizite in den öffentlichen Haushalten massiv verstärkt werden."

Herr Ministerpräsident, Sie haben auch vor den verschiedensten Gremien - ich kann Ihnen das alles nachher geben - entsprechende Aussagen getätigt, die Sie sicherlich gegen sich gelten lassen, ohne daß ich sie im einzelnen jetzt noch vortrage. Dasselbe gilt für Innenminister Schnoor.

Wahre Horrorgemälde wurden vorgestellt. Von Einsparungen auf allen Gebieten und in allen Bereichen war die Rede. Gerade die schwächsten Gruppen im Lande, die Jungen und die Alten, die Familien mit mehreren Kindern wurden durch dieses An-die-Wand-Malen von Leistungskürzungen in Angst und Schrecken versetzt.

Jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch: Im ersten Halbjahr stiegen die Steuereinnahmen um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr.

(Tschöeltsch (F.D.P.): Sehr gut!)

Bei den Gemeinden war der Zuwachs mit 7,3 % noch stärker. In Mark und Pfennig ausgedrückt: Gemeinden plus 2 Milliarden DM, Land plus 1,8 Milliarden DM, Vorjahr plus 2,5 Milliarden DM.

Wir von der CDU stellen nunmehr einmal mit Nachdruck vor der Öffentlichkeit und vor Ihnen, Herr Ministerpräsident, fest: Diese positive Entwicklung ist eine Folge gerade der Steuerreform, die von Ihnen und auch vom DGB so heftig beföhdet wurde.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Drastische Steuersenkungen haben die wirtschaftliche Dynamik gefördert, haben zu hohen Beschäftigtenzahlen und damit auch zu höheren Steuereinnahmen geführt. So war es von der Bundesregierung gedacht, so ist es auch gekommen, und so wird es weitergehen. Der Arbeitskreis Steuerschätzungen dazu: 1989 plus 1,8 Milliarden DM, 1990 plus 200 Millionen DM, 1991 plus 1,8 Milliarden DM.

Haben Sie nun, meine Damen und Herren, gehört, daß diese Unken, diese Unglücksraben von gestern nun ihre falschen Vorhersagen irgendwo korrigieren würden, daß sie sie widerrufen würden? Sie haben die Bürger in Angst und Schrecken versetzt und hätten es doch besser wissen müssen. Jetzt sagen

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Sie: Die Konjunktur war eben gut. Und auch das sagt man ganz leise, damit es nur nicht so laut tönt, nämlich weshalb die Konjunktur besser läuft: eben wegen der von Ihnen so verteuerten Steuerreform.

(Lachen bei der SPD)

Das sagt man eben nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hat nicht der frühere Chefredakteur Heitzler von der "Kölnischen Rundschau" recht, wenn er als Fazit formuliert: "Hier bleibt nur der Blick zurück in Zorn und in Trauer."?

Zur Umsetzung des Tarifvertrags hat Herr Kollege Schauerte schon etwas gesagt.

(Trinius (SPD): Ich auch!)

Die ÖTV fühlt sich übers Ohr gehauen. Der Hauptvorstand des DBB spricht von Unredlichkeit und protestiert. 8 300 Stellen brauchten wir, 500 Millionen DM würden sie kosten; die Wirklichkeit sieht anders aus: 955 Stellen werden in diesem Landeshaushalt gestrichen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

- (B) Wir von der CDU stellen fest: Der Finanzminister handelt unseriös, wenn er 2 000 neue Stellen verkündet, und Sie, Herr Ministerpräsident, handeln unseriös, wenn Sie die Umsetzung mit entsprechenden Stellen verkünden, tatsächlich aber die Zahl der Mitarbeiter des Landes um 955 verringert wird. Wir betrachten dies als einen Fall der bewußten Irreführung der Öffentlichkeit.

Herr Ministerpräsident, diese Unredlichkeit vollzieht sich vor dem Hintergrund erneuter Stellenvermehrungen in der Staatskanzlei, also in Ihrem unmittelbaren Verantwortungsbereich. Das Motto lautet: Bei jeder Wahl, an der Herr Rau beteiligt ist, mehr Personal in die Staatskanzlei. Haushalt 1984 zur Landtagswahl 1985: plus 15 Planstellen an Beamten und Angestellten des höheren Dienstes; Haushalt 1986 - zu Ihrer Kanzlerkandidatur -: plus 16 Planstellen an Beamte und Angestellte. Jetzt Haushalt 1989 - wieder rechtzeitig vor der Landtagswahl 1990: plus 10 Beamte und Angestellte. Herr Ministerpräsident handelt getreu nach dem Motto: "Wer an der Quelle sitzt und sich nicht bedient, ist es selbst schuld." oder wie man bei uns in Köln sagt - und da weiß er ja jetzt etwas von durch die Sedisvakanz in Köln -: "Wer am Weihwasserkessel sitzt und sich nicht segnet, der ist ja auch selbst schuld."

Herr Ministerpräsident! Ein solches Verhalten ist auf dem Hintergrund der Finanzmisere des Landes entschieden zu verurteilen. Aber auf dem Hintergrund der verbal versprochenen aber tatsächlich nicht erfolgten Umsetzung des Tarifvertrages ist es meines Erachtens doppelt zu brandmarken. Aber offensichtlich ist zur Machterhaltung jedes solches Mittel recht. Die personellen Mittel hat er sich geschaffen.

Hören Sie einmal zu, meine Damen und Herren! 1966, zum Ende der Regierungszeit Meyers: 24 Beamte und Angestellte des höheren Dienstes in der Staatskanzlei; 1978: 53 Beamte des höheren Dienstes und 12 Angestellte vergleichbar höherer Dienst - also 65. Das war zum Zeitpunkt Ihrer Regierungsübernahme. 1989 - wenn Sie die Stellen nun bewilligen -: 87 Beamte des höheren Dienstes und 18 Angestellte vergleichbar höherer Dienst - also 105.

Meine Damen und Herrn! Das ist in der Tat eine wundersame Personalvermehrung - ich darf jetzt auch einmal eine Anleihe an die Bibel machen, Herr Ministerpräsident. Davon stehen zur persönlichen Verfügung: Herr Meyers 1966 sechs; 1978 - Abtritt Kühn, Herr Rau kommt -: 11; 1989 - wenn es alles so kommt, wie es hier beabsichtigt ist -: 22 Stellen für Rau persönlich!

Herr Ministerpräsident! Ihre Potenz zur Öffentlichkeitsarbeit, Ihre Potenz zur Selbstdarstellung wächst in der Tat gigantisch wie die Schulden dieses Landes.

(Trinius (SPD): Man braucht nur noch ein Blick in das Jahr 2000 zu werfen!)

Herr Ministerpräsident Rau! Unser gemeinsamer Freund Pürsten hat immer gesagt: Wenn nichts im Laden drin ist, muß man das Schaufenster herausputzen, damit es wenigstens nach etwas aussieht - und das tun Sie in der Tat, Herr Ministerpräsident!

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Auf die Berufung des Herrn Clement haben wir ja schon hingewiesen - der Kollege Tschoeltsch hat es getan. Wenn in der "Welt am Sonntag" gefragt wird, ob Clement im neuen Amt zuerst die Aufgabe hat, die Politik und das Management der Landesregierung effizienter zu gestalten, dann muß das verneint werden. Richtig ist die Frage, ob sein erster Auftrag nicht vielmehr ist, effektvoller für die Presseschauen des Landes zu arbeiten. Und das wird er ja wohl können.

Herr Ministerpräsident! Während dieser Debatte wird mir ein weiteres "Tollstück" aus

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Bonn herübergespielt. Es geht um das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1988. 1984 im Rahmen der Haushaltsstrukturberatungen ging es u. a. um die Eingangsbesoldung. Sie wurde gegenüber erbittertem Widerstand der SPD abgesenkt. Jetzt soll sie vom Bund angehoben werden. Wissen Sie, was jetzt passiert? Innen- und Finanzausschuß des Bundesrates haben mit den Stimmen der SPD-regierten Länder zu diesem Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangt. Ziel ist die Streichung der Vorschriften über die Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident! Ich stelle fest: Die Landesschulden wurden von 28 auf 100 Milliarden DM verdreifacht, die Bonner Steuerreform wurde von Ihnen verteuert - statt Mindereinnahmen sprudeln jetzt die Steuermehreinnahmen -, die Umsetzung des Tarifvertrages versprochen - aber nicht gehalten -, das Versorgungsanpassungsgesetz 1984 bekämpft - es wird heute wieder bekämpft, und zwar genau unter gegenteiligen Vorzeichen -, dafür wird das Personal in der Staatskanzlei von 1978 bis 1988 noch einmal verdoppelt.

Herr Ministerpräsident! Wenn Sie das alles verantworten können - ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen -: Ihr Grad von Glaubwürdigkeit ist - als ich mir diese Rede am Samstag anhand der Fakten zusammenstellte - für mich - das muß ich Ihnen ganz persönlich sagen - vor dem Hintergrund dieser Fakten gesunken.

(B)

Herr Ministerpräsident, zur Struktur- und Wirtschaftspolitik! Herr Kollege Westermann! Wo ist er denn, der Herr Westermann? Ich meine jetzt nicht den Sachenrechtler, sondern den Kollegen Westermann. Ich meine auch nicht die Sportlerin Westermann; denn die ist ja in ihrem Sport weiter als der Kollege Westermann mit seinen heutigen Sachaussagen.

Während die Landesschulden und die Zinsausgaben ins Unverantwortliche gestiegen sind, hat sich die Investitionsquote praktisch halbiert: von 22,4 % in 1980 auf 12,8 % 1988. Während Sie selbst, Herr Ministerpräsident, nicht müde werden, von der Bundesregierung zusätzliche Investitionen und Konjunkturprogramme zu fordern, halbiert sich in Ihrer Regierungszeit die Investitionsquote. Schlimmer noch: Für die nächsten Jahre ist laut "MifriFi" ein weiteres Absinken auf 11,6 % vorprogrammiert. Dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird sogar noch mit der unsinnigen Behauptung begründet - ich zitiere aus der Finanzpla-

nung, Seite 17 -, diese Größenordnung sei im Hinblick auf die zunehmende Bedarfssättigung in vielen Bereichen zu vertreten.

(C)

Die Wechselwirkung, Herr Ministerpräsident, zwischen sinkender Investitionsquote und Wachstumsdefizit ist von Ihnen nicht erkannt worden. Wir hätten heute in Nordrhein-Westfalen, Herr Westermann und Herr Rau, 480 000 Arbeitsplätze mehr, wenn nur das bundesdurchschnittliche Wachstum erreicht worden wäre. Für diese Fehlentwicklung, Herr Ministerpräsident, tragen Sie die Verantwortung. Trotz der in Ihrer Regierungszeit dramatisch angestiegenen Verschuldung sind die Investitionen nicht verstärkt worden, ist das Wachstumsdefizit nicht abgebaut worden und sind zusätzliche Arbeitsplätze nicht geschaffen worden.

(Zurufe von der SPD)

Und warnende Stimmen des Herrn Posser - ich halte Ihnen das immer wieder vor; denn - wie heißt es? - Wiederholung ist die Mutter des Studiums; vielleicht wird es einmal begriffen; ich halte es immer wieder vor: warnende Stimmen des Herrn Posser 1981, warnende Stimmen des Herrn Posser 1985 - werden nicht beachtet.

Energiepolitik, Herr Kollege Büssow! Hier wird viel Sand in Kumpel Antons Augen gestreut. Kein Geringerer als Herr von Bennigsen-Foerder hat vorige Woche beim Abschied von Herrn Dr. Erasmus in Gegenwart von Ihnen, Herr Jochimsen, die Wiederherstellung des Konsenses zwischen Kohle und Kernenergie gefordert. Doch nicht, weil wir Kernenergie lieben oder verrückte Verfechter der Kernenergie sind, sondern weil wir wissen, daß aus ökonomischen und ökologischen Gründen - also Stichwort: Mischpreis; Stichwort: Ozonschicht - hier eine Notwendigkeit gegeben ist! Und mit Recht stellt Herr Dieter Thierbach in seinem Kommentar vom 9. November in der "Welt" unter der Überschrift "Globale Atemnot" fest, daß der Einsatz von Kernkraft neben der Kohle und dem Öl notwendig ist. Er führt aus - ich zitiere wörtlich, Herr Präsident -:

(D)

Da sind allerdings auch die politischen Geschäftemacher, die mit der Atomangst hausieren gehen und nicht einsehen - richtiger: nicht zugeben wollen -, daß Kohle und Öl auf Dauer ebenso ersetzt werden muß wie Kernenergie, und zwar so lange, wie es keine Zukunftsenergiequellen gibt. Das aber sind auch ausgerechnet jene Leute, die sich als Anwälte der Umwelt ausgeben.

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Sehen Sie, Herr Ministerpräsident und lieber Herr Kollege Büssow: Das ist doch die Frage, die von Ihnen beantwortet werden muß.

Und Herr Kollege Farthmann: Wenn Sie in zwei Debatten hier gesagt haben, wir wollten Sie zum Umfallen oder zum Bußgang nach Canossa - oder weiß der liebe Gott wohin; nach Canossa ist ja einmal einer gegangen - zwingen: Darum geht es doch gar nicht. Es geht doch darum, daß wir endlich wieder einmal zur gemeinsamen Wahrheit der Notwendigkeiten finden, und diese müssen wir auch in der Energiepolitik wiederfinden; sonst führt uns das weiterhin in die Sackgasse. Und wir können das nicht nur mit Selektion tun, hier nur die Kohle betrachten und alles andere im Energiemarkt außer acht lassen.

Ein weiteres Stichwort, Herr Ministerpräsident: Kommunale Selbstverwaltung und Landesplanung! "Kommunale Selbstverwaltung wird ihre besondere Bedeutung für die Politik der Landesregierung behalten" haben Sie in der Regierungserklärung gesagt. Aber Tatsache ist - und da beißt die Maus keinen Faden ab -: Niemals zuvor sind die Städte und Gemeinden so zur Ader gelassen worden, wie von Ihnen im Gemeindefinanzierungsgesetz: Absenkung der Verbundquote von 28,5 % auf 23 %, Kopfpauschale weggefallen, KFZ-Pauschale gestrichen, Grunderwerbsteuer gestrichen und nun für 1989 Nullrunde. Und dann die gemeindegefährlichen Bestrebungen im Bereich der Landesplanung, auf die Herr Kollege Tschoeltsch schon hingewiesen hat! Mit dem raumordnerischen Leitbild, Herr Minister Matthiesen - darauf haben ja auch die Zuschriften hingewiesen: Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammern -, das, wie es in der Begründung heißt, neben der Darstellung räumlicher Nutzung auch der Aufstellung von Entscheidungskriterien dienen soll, wird der planerische Zentralismus zu Lasten der kommunalen Selbstverwaltung, zu Lasten der kommunalen Planungshoheit gestärkt.

Herr Ministerpräsident, Kurskorrektur ist notwendig in der Haushaltspolitik. Eine neue Haushaltsstruktur muß her.

Und die Entbürokratisierung - auch wenn Sie es nicht hören wollen, Herr Kollege Büssow - muß verstärkt werden. Die Bürger-Kommission allein bringt es nicht. Es war ein guter Anfang, aber wir müssen verstärkt fort-schreiten.

Herr Ministerpräsident, die Privatisierung muß auch angegangen werden. Auch wenn es dort Widerstände gibt. Aber sie läßt sich sicherlich so austarieren, daß sie vernünftig ist.

- Und in der Energiepolitik muß der Konsens wiedergefunden werden. (C)

In der Wissenschaftspolitik, Frau Brunn, muß die Personalplanung 2 000 für die Hochschulen unseres Landes vom Tisch, und die Notzuschlagsmittel für unsere Hochschulen müssen kräftig, und zwar nicht nur um die 38 Millionen DM, die Sie vorgesehen haben, sondern um 50 Millionen DM erhöht werden. Und das stetig, voraussehbar, für die nächsten 3 bis 4 Jahre. Sonst können Sie es nicht schaffen. Die Einstellung von Professoren auf Zeit sollten Sie auch endlich einmal prüfen.

Herr Ministerpräsident, wie es mit dem Schulfrieden aussieht, hat Ihnen ja der Kollege Reul heute morgen aufgezeigt. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen - das ist auch so ein Punkt, wenn man das hier zusammenschreibt -: Daß Sie sich auf diesem Feld nicht in Ihrer Fraktion durchgesetzt haben, daß Sie dann nicht zugunsten der Eltern, zugunsten der kleinen Schulen vor Ort, auf die Barrikaden gegangen sind, daß Sie nicht gesagt haben, ich will lieber kleinere Schulen vor Ort als keine Schulen vor Ort - Herr Ministerpräsident, das muß Sie doch eigentlich in Ihrer Auffassung von Erziehung, von Pädagogik, aber auch von gesellschaftlichen Faktoren der Schule zutiefst berühren. Oder läßt Sie das eigentlich so kalt, wie Sie das da von Ihrer Fraktion akzeptiert haben?

- Was der Kollege Arentz zur Sozialpolitik gesagt hat: Sie sollten die Vorschläge der Opposition in diesem Haushalt für ein altenfreundliches und sozialfreundliches Nordrhein-Westfalen aufgreifen, und Sie sollten durch bessere und verstetigte Gemeindefinanzierung die kommunale Selbstverwaltung stärken, und Sie sollten das Landesplanungsrecht lockern, statt es noch weiter zu verschärfen! (D)

Und Sie sollten die Konfrontation mit der Bundesregierung beenden. Das Leister-Papier ist stillschweigend vom Tisch gezogen worden. Ihre Regierungserklärung hierzu war ein Sammelsurium, ein Bündel von Unverbindlichkeiten. Konfrontation mit dem Bund, Herr Ministerpräsident, bringt im Bereich des kooperativen Förderalismus nichts und schadet nur den Ländern, die es versuchen. Sie sollten es nicht aus ideologischen und parteipolitischen Gründen tun.

Bleibt abschließend die Fragestellung: Was tun Sie, was ist von Ihnen zu erwarten?

(Büssow (SPD): Der wird Kardinal.)

Der Mißerfolg Ihrer Politik in den letzten 10 Jahren ist in den genannten Bereichen

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) - Schule, Soziales, Energiepolitik - deutlich gemacht worden. Notwendige Kurskorrekturen müssen getätigt werden, sind aber von Ihnen nicht zu erwarten. Warum wird Ihr Mißerfolg, warum wird Ihre mangelnde Führungskraft nicht deutlich genug?

(Henning (SPD): Weil er eben so gut ist, wird sie nicht deutlich genug.)

Dies deshalb, Herr Ministerpräsident, weil Sie sich nicht der Sache stellen, weil Sie ständig ausweichen, wie heute während der ganzen Debatte, an der Sie teilweise nicht teilgenommen und in die Sie zu keiner Stunde bis zur Stunde eingegriffen haben, sondern in der Sie Ihre Minister haben reden lassen, ohne selbst zu Ihrer Gesamtverantwortung zu stehen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Pohl, der Ministerpräsident wird gleich nach Ihnen sprechen.

- (B) Dr. Pohl (CDU): Jawohl. Ich bedanke mich sehr. Ich bin auf seine Darlegungen gespannt, denn ich bin zutiefst überzeugt, Herr Ministerpräsident: Auf Dauer kann die Öffentlichkeit so nicht getäuscht werden. Jede noch so gekonnte Traumtänzeri, die den Ansprüchen der Wirklichkeit gerecht zu werden vorgibt, scheitert eines gewissen Tages an dieser Wirklichkeit. Der Tag ist gewiß. Es ist ungewiß, wann er kommt. Jeder Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht. Ihr Bruch, Herr Ministerpräsident, ist durch Ihr Handeln, durch ihr Nichthandeln, vorprogrammiert. Der Bruch Ihrer Strahlkraft kommt mit Sicherheit. Im übrigen bin ich der Meinung, daß im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen und zum Wohle dieses Landes Ihre Regierungstätigkeit beendet werden muß.

Und wir von der Union werden alles tun, um Ihnen in den kommenden anderthalb Jahren Beine zu machen. Wenn die Rentenreform in Bonn beendet sein wird - die Gesundheitsreform ist ja beendet -, dann werden wir das zusammen mit unserem Landesvorsitzenden tun, Herr Büssow. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wir werden Ihnen Beine machen; so schnell werden Sie gar nicht laufen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P. - Lebhaftes Zurufe und Lachen bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Das Wort hat nunmehr Herr Ministerpräsident Rau.

(Dorn (F.D.P.): Ich habe noch eine Minute für die F.D.P.-Fraktion!)

- Ja, Sie sind notiert. Wenn Sie zuvor sprechen wollen, dann gern. Es hat also zunächst Herr Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Namen meiner Fraktion nur zu einem Punkt Stellung nehmen.

Herr Kollege Schauerte hat hier vorhin die Frage des Konkordats angesprochen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, daß die Bestimmungen des Konkordats eindeutig eingehalten werden und daß Sie für unser Land im Sinne des Konkordats die Interessen der Menschen in unserem Lande vertreten.

Es geht nicht nur darum, Herr Kollege Schauerte, daß der alte Satz "Roma locuta, causa finita" ein Satz ist, den wir nicht akzeptieren können, sondern hier gilt es, die Bestimmungen des Konkordats eindeutig einzuhalten. Für uns gilt der Satz "pacta sunt servanda", wenn wir schon bei der lateinischen Sprache sind. Diese Verträge sind von beiden Seiten ohne Wenn und Aber einzuhalten. Das erwarten wir von dem Ministerpräsidenten dieses Landes für die Menschen in diesem Lande.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Nunmehr hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Dr. Rau das Wort.

Dr. Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe, soweit das möglich war, der Debatte mit Interesse zugehört. Ich konnte in der Tat nicht immer dabei sein, weil eine Reihe von Gesprächen unaufschiebbar war. Aber ich denke, zu einigen Punkten sollte ich noch Stellung nehmen, weil Sie ja unter der Behandlung des Einzelplans 02 auch eine Reihe von Sachfragen anderer Ressorts angesprochen haben.

Da tut es mir leid, Herr Kollege Pohl, daß Ihr munterer Aufgalopp zum Wahlkampf hier ja offenbar in vertraulicher Sitzung stattfindet: Es ist keine Presse mehr anwesend. Die erfahren also gar nicht, daß nun 16 Monate Wahlkampf folgen, in denen Sie uns Beine machen wollen.

(Heiterkeit)

Im übrigen, wie heißt das - nun nicht aus der Bibel -:

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) Will der Herr Pohl ein Tänzlein wagen, so soll er es sagen; ich spiel ihm auf.

(Lebhafte Zurufe und Heiterkeit)

- Sie werden sich wundern, Herr Kollege Pohl, und da es ja vertraulich ist, will ich es Ihnen sagen: Eine heute vorgelegte Meinungsumfrage sieht die Alternative zwischen dem Landesvorsitzenden, den Sie vorhin zitiert haben, und dem Landesvorsitzenden der SPD als erwünschten Ministerpräsidenten im Verhältnis von 66 : 29. Ich wünsche langen Atem, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Aber das war nicht der Grund dafür, daß ich mich zu Wort gemeldet habe.

(Dr. Pohl (CDU): Kühn/Meyers!)

- Ja sicher: Kühn/Meyers war ähnlich; darum ist Herr Kühn auch Ministerpräsident geworden.

(Meuffels (CDU): Das Verhältnis war umgekehrt! - Hardt (CDU): Da war Herr Kühn weg! - Weitere Zurufe)

- Dann müssen Sie erst acht Jahre haben; ich habe schon zehn.

Ich wollte zum Konkordat gern zwei Bemerkungen machen, weil es heute in die Debatte eingeführt worden ist.

(B)

Ich habe mit keinem Satz und mit keinem Wort öffentlich von Pfarrerbesoldung und Pfarrerdotations gesprochen. Ich habe auch nicht die Absicht, das zu tun; das ist nämlich gar nicht das Thema.

Das Thema ist, ob das Konkordat in seinem Text und in seinem Geist eingehalten wird.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Darauf bestehe ich, darauf habe ich nämlich einen Eid geleistet, als ich auf die Verfassung geschworen habe.

Das Konkordat verpflichtet beide Seiten zu freundschaftlichen Gesprächen, wenn es Auslegungsdifferenzen gibt. Diese Gespräche werden geführt. Sie hätten eher geführt werden müssen; jetzt werden sie geführt, und dabei werden sich beide Seiten um eine Einigung bemühen. Aber ich füge hinzu: Dies kann nur auf der Basis des Konkordats und nicht am Konkordat vorbei stattfinden. Wenn etwas am Konkordat vorbei geschähe, kämen andere Dinge ins Rutschen, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Deshalb warne ich davor, eine solche Entwicklung eintreten zu lassen; denn dann würden in Zukunft Staatskirchenverträge noch schwerer werden, als sie es in den letzten zwei Jahrzehnten geworden sind. (C)

Nun will ich eine zweite Bemerkung dazu machen: Herr Tschoeltsch hat mich darauf angesprochen, und Herr Rohde hat das heute morgen im Zusammenhang mit der Kohledebatte getan - die Assoziation war mir nicht ganz deutlich, aber immerhin haben Sie es getan -

(Henning (SPD): Schwarz!)

- ja, vielleicht aus farblichen Gründen.

Sie haben meine Antwort auf eine Kleine Anfrage reklamiert. Ich habe den Text Ihrer Erklärung noch nicht lesen können. Aber ich sage Ihnen: Das war auch nicht in Ordnung. Ich habe die Anfrage bekommen, als die Frist schon überschritten war. Sie paßte mir nicht; aber ich habe gedacht: Nun schick sie ab, die Dinge sind sowieso überholt. Wir hätten sie noch einmal genauer ansehen müssen. Ich gebe zu: Diese Antwort war nicht in Ordnung; so etwas soll nicht wieder vorkommen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

So viel jetzt zum Konkordat.

Nun zu ein paar anderen Dingen! Ich kann nun nicht alles, was heute hier dargestellt worden ist, zum Gegenstand der Erörterung machen. Ich habe mir auch nicht alle Worte aufgeschrieben, mit denen Sie von der CDU und F.D.P. meine Politik qualifiziert haben. Die Worte, die ich aufgeschrieben habe und die nur ein ganz kleiner Anteil sind, die nähren in mir den Verdacht: Sie mögen meine Politik wohl nicht. (D)

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Das finde ich schlecht; denn die Politik, die wir betreiben, ist richtig.

(Doppmeier (CDU): Herr Büssow, nicht lachen!)

Und die wird von den Bürgern im Lande so gewollt und so gestützt und in eineinhalb Jahren noch einmal verstärkt.

(Beifall bei der SPD)

Das werden Sie erleben.

(Doppmeier (CDU): Klatschen ist erlaubt!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Nun haben Sie eine Fülle von Begriffen gebracht: Einmal haben Sie gesagt, das sei ja alles "unredlich"; einmal haben Sie auch gesagt: "unverfroren", dann: "unglaubwürdig", "sachunkundig". Frau Thoben war sogar der Meinung, ich wagte mich einem bestimmten Thema nicht zu nähern, weil es mit Sachfragen zu tun habe.

(Nagel (CDU): Das sehen Sie sehr gut!)

- Herr Nagel, da sagen Sie: sehr gut! Aber Sie sind ja nicht hier, um Frau Thoben ein Zeugnis auszustellen, sondern um zu begreifen, was im Lande geschieht. Und das ist ein Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Nur, nachdem Sie das alles so abqualifiziert haben,

(Doppmeier (CDU): In Westfalen sagt man: Der redet Dönekes!)

haben Sie mir zwei Vorwürfe gemacht. Erstens: Ich täte gar nichts. Zweitens: Wir täten immer das, was Sie gesagt haben - nur zu spät. Das ist ein Widerspruch in sich.

(Oh-Rufe bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Sie können die Politik meiner Landesregierung erkennen

(Paus (CDU): Ein wesentlicher Beitrag!)

(B)

an dem sich verstärkenden Wandel im Lande, an den sich verändernden und verbessernden Wirtschaftszahlen im Lande

(Zurufe von der CDU)

- auf die Bundesregierung komme ich gleich noch -,

(Paus (CDU): Die ist für Rückgang zuständig, Sie sind für Fortschritt zuständig!)

leider noch nicht an einem signifikanten Sinken der Arbeitslosenzahlen, weil offenbar die Strecke sehr lang ist, bis aus diesem wirtschaftlichen Wandel

(Dr. Farthmann (SPD): Aber immerhin besser als im Bund!)

so viele neue Arbeitsplätze entstanden sind - aber immerhin sind es 200 000, das sind relativ mehr als im Bund. (C)

(Schauerte (CDU): Aber nein! Im Bund sind es 800 000!)

- Aber ja!

(Henning (SPD): Der Schlaumeier!)

Wenn Sie diese Politik bekämpfen, dann ist das Ihr gutes Recht.

Aber ich werde diese Politik weiter im Lande darstellen, auch vor dem Landtag darstellen, selbst auf die Gefahr hin, daß Frau Kollegin Thoben je Zeitungsartikel einen Satz nimmt, ihn mit einem anderen Satz aus einer anderen Rede zu einem anderen Thema verklammert und dann ein Potpourri vorträgt - das mag in Ortsvereinsnachrichten der CDU glaubwürdig klingen, aber die Bürger wissen: Das stimmt nicht, was da zusammengeschnitten wird.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt der Herr Pohl, und man sah ja, wie Sie sich aufregten.

(Dr. Pohl (CDU): Das wurde auch immer schlimmer, je länger ich mich mit Ihnen beschäftigt habe!)

Ich habe gedacht, der hat ein Blutdruckmittel genommen! (D)

(Doppmeier (CDU): Brauchen Sie so etwas gelegentlich?)

Präsident Denzer: Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Thoben?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja!)

Frau Thoben (CDU): Herr Ministerpräsident! Wären Sie denn bereit, jetzt die Widersprüche, die ich wenigstens aus Ihren unterschiedlichen Einlassungen herausgelesen habe, hier so klarzustellen, daß wir wissen, was Sie meinen?

Dr. Rau, Ministerpräsident: Ja, ich will Ihnen gerne meine gesamten Manuskripte geben; dann werden Sie feststellen, daß es keine Widersprüche gibt.

(Beifall bei der SPD)

Also: Herr Pohl hat sich dann hier schrecklich aufgeregt über die Vergrößerung der Staatskanzlei.

(Zuruf von der CDU: Zu Recht!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Er hat dann nicht nur die neugeschaffenen Stellen, sondern die durch Verlagerung von Kompetenzen hinzugetretenen Stellen gleich mitgerechnet. Und dann kommt er auf Zahlen, die aus seiner Sicht erschreckend sind. Herr Kollege Pohl, die real existierende Bundesregierung hat, seit sie im Amt ist, seit dem 1. Oktober 1982, die Zahl der Minister und Staatssekretäre um 25 % erhöht. Das ist die größte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Republik seit ihrem Bestehen!

(Beifall bei der SPD)

Und da kommen Sie, nur weil ich aus Gründen, die ich im Hauptausschuß dargelegt habe, sechs Stellen zusätzlich und eine für die Parlamentarische Staatssekretärin in diesem Haushaltsjahr brauche - alles jeweils begründet -, und machen hier eine Weltuntergangsstimmung, als sei ich nichts anderes als jemand, der sich vollsaugt mit Personal, um damit Wahlkämpfe zu betreiben.

(Demonstrative Zustimmung bei der CDU)

Das ist ein falsches Bild. Und dieses Bild wird nicht dadurch richtiger, daß Sie es jedes Jahr vortragen.

Präsident Denzer: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja.)

- (B) - Bitte sehr!

Dr. Pohl (CDU): Herr Ministerpräsident! Da Sie auf die vorgeblichen 25 % der Bundesregierung seit 1982 abgehoben haben: Sind Sie denn bereit, wenigstens zuzugeben, daß die Personalvermehrung in Ihrer Staatskanzlei von 1978 bis 1989 100 % beträgt?

Dr. Rau, Ministerpräsident: Nein, das bin ich nicht bereit zuzugeben,

(Lachen bei der CDU)

aber ich bin gerne bereit, das mit Ihnen im einzelnen noch einmal durchzurechnen. Dann müssen Sie die Kompetenzverlagerungen und die anderen Zuständigkeitsschnitte hinzunehmen.

(Zurufe von der CDU: Ach so!)

Und dann können wir darüber gerne im Ausschuß noch einmal reden oder auch im Plenum - wie immer Sie wollen.

- (C) Nur: Die 25 %, die ich genannt habe, stimmen und sind nachweisbar, Ihre nicht.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich dachte, jetzt wollten Sie mir auch zuhören.

Sie werfen uns dann vor, daß wir die Öffentlichkeitsarbeitsmittel erhöhen, und sagen, das täten wir immer in Wahljahren. Herr Kollege Pohl, wir haben die Öffentlichkeitsmittel in der Staatskanzlei seit 1982 nicht erhöht. Seit 1982! Damit sind wir das einzige Bundesland, vom Bund ganz zu schweigen

(Zurufe von der CDU)

- die Zahlen habe ich nicht hier; die können wir aber nachliefern -, das sich eine solche Disziplin auferlegt hat, obwohl die Sachkosten seit 1982 um mehr als 40 % gestiegen sind.

(Zuruf des Abg. Weiss (CDU))

Ich füge hinzu, Herr Pohl: Das Bundespresseamt hat seine Mittel von 1984 bis 1989

(Weiss (CDU): Und Bayern?)

von 44,5 auf 62,9 Millionen DM erhöht.

(Weiss (CDU): Und Bayern?)

- Bayern: 1984 2,87 Millionen DM, 1988 3,68 Millionen DM.

(Weiss (CDU): Und Baden-Württemberg?)

(D) - Die Zahlen aus Baden-Württemberg habe ich nicht da. Aber Baden-Württemberg ist natürlich ein interessantes Land, weil es das einzige Land ist, in dem ein Ministerpräsident mit ständigem Kampf gegen die Bundesregierung eine Wahl gewonnen hat, obwohl er der gleichen Partei angehört wie der, der die Bundesregierung führt.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Pohl?

(Ministerpräsident Dr. Rau: Ja sicher!)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Ministerpräsident, abgesehen davon, daß ich die Öffentlich-

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) keitsmittel in meiner Rede überhaupt nicht angesprochen habe:

(Ministerpräsident Dr. Rau: Dann war es Herr Tschoeltsch!)

Sind Sie denn bereit, in Ihre Betrachtung auch einzubeziehen, daß Sie in diesem Jahr die Öffentlichkeitsmittel um 500 000 DM bei Ihnen und daß Sie bei den übrigen Ministerien die Öffentlichkeitsmittel ebenfalls erhöhen, und sind Sie auch bereit, dem Hohen Hause darzutun, daß die Gutachtermittel all die Jahre hindurch trotz der wundersamen Vermehrung des Personals immer wieder erhöht worden sind und ebenfalls zu Ihrer Selbstdarstellung in der Staatskanzlei gedient haben?

(Zustimmung bei der CDU)

Dr. Rau, Ministerpräsident: Nein, ich bin nicht bereit, das zuzugestehen.

(Heiterkeit bei der SPD - Hardt (CDU): Aber das sind doch Realitäten!)

Herr Kollege Pohl, Gutachtermittel werden nicht gegeben, um die Selbstdarstellung der Landesregierung zu verstärken, sondern weil wir Sachverstand von außen zusätzlich brauchen. Das gilt im übrigen für alle.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der CDU - Doppmeier (CDU): Zusätzlich?)

(B)

- Sie haben hoffentlich das Wort "zusätzlich" gehört. Nachdem Herr Kollege Tschoeltsch, wenn ich es richtig verstanden habe, heute schon Intelligenz und Kreativität zu Tugenden erklärt hat, sind wir da auf einem guten Weg.

(Zuruf des Abg. Weiss (CDU))

- Ich weiß nicht; vielleicht wollen Sie auch noch zu dem Empfang, zu dem ich gleich gehen muß.

(Zuruf des Abg. Tschoeltsch (F.D.P.))

- Ja, ja! Das ist der Empfang für die Olympioniken und die Teilnehmer an der Behindertenolympiade.

(Dr. Rohde (F.D.P.): Dahin würden wir alle gern gehen!)

Ich wollte gern noch ein paar Bemerkungen machen. Wir haben ja noch eine dritte Lesung; dann wird auch noch das eine oder andere besprochen.

Herr Kollege Pohl, Sie haben eben hier mit allen Anzeichen des Entsetzens dargestellt, daß wir den Vermittlungsausschuß anrufen wollen, weil wir die Eingangsbesoldung nicht wieder anheben wollen. Man sah Ihnen ja richtig an, wie Sie den "Gott sei bei uns" hier durch den Raum führten. Sie sind auch wirklich in Sorge.

(C)

(Doppmeier (CDU): Er war auch entsetzt! - Dr. Pohl (CDU): Ich bin in Sorge über die Eingangsgehälter des höheren und gehobenen Dienstes!)

- Dazu gebe ich Ihnen einen Tip, Herr Kollege. Wir sind ja nur fünf: Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Saarland und Nordrhein-Westfalen. Wir haben keine Mehrheit.

(Minister Heinemann: Das ändert sich bald!)

Aber Niedersachsen stimmt mit, und dann haben wir eine Mehrheit. Sie müssen also mit Herrn Albrecht telefonieren.

(Dr. Pohl (CDU): Aber Sie haben 1984 die Absenkung bekämpft! Sie haben eine Wiedergutmachungsnot! - Lachen bei der SPD - Henning (SPD): Was?)

- Ja und? - Hier ist nach meiner Überzeugung kein Anlaß, sich aufzuregen. Wir sind der Meinung, bei der Personalnot, bei der Schwierigkeit, auch nur einen Teil des Tarifabschlusses in zusätzliche Stellen umzusetzen - -

(D)

(Frau Thoben (CDU): Das hätten Sie früher sagen sollen!)

- Wieso? Das habe ich sofort gesagt.

(Frau Thoben (CDU): Im ersten Beschluß der Landesregierung!)

- Frau Kollegin Thoben, das steht im ersten Beschluß der Landesregierung. Das müssen Sie nur genau nachlesen. Darin sind alle drei Punkte enthalten. Es steht "im Rahmen des Möglichen" darin. Und es steht ausdrücklich darin, daß so etwas teilweise geschieht, weil eine volle Übertragung in neue Stellen bei der Finanzlage des Landes, die Herr Kollege Pohl hier ja auch dramatisch geschildert hat, überhaupt nicht denkbar ist.

Sie haben das so gemacht: Sie haben uns 20 Milliarden gutgeschrieben.

(Dr. Pohl (CDU): Ja!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Dann haben Sie gesagt: "Aber die anderen 80. Sie stellen damit alle anderen Gebietskörperschaften auf Null, wenn Sie die 80 Milliarden der SPD vorwerfen. Aber ich sage Ihnen: Hätten wir die Sonderlasten für Kohle und Stahl nicht, wären wir das am geringsten verschuldete Land der Bundesrepublik. Das ist der Sachverhalt. Den kennen Sie ganz genau.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Ich habe nicht die Absicht, mich heute hier über die verschiedenen Stufen und Phasen der Steuerreform auszulassen, ganz unabhängig davon, daß ich sie sozialpolitisch für unerträglich halte. Ich füge hinzu: Ich halte sie mit den fünf Weisen konjunkturpolitisch und auch wegen der Schrittfolge - Steuer-senkung, Steuererhöhung, Steuersenkung - für falsch. Ich schließe mich hier den fünf Weisen an.

(Schauerte (CDU): Die Weisen wollten das vorziehen!)

Ich glaube, daß wir eine Finanzreform brauchen - -

(Schauerte (CDU): Herr Heinemann war ganz gegen Vorziehen, aber die fünf Weisen waren doch dafür!)

- Ja, bin ich doch auch. Das wissen Sie doch, Herr Schauerte.

(B)

(Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Schauerte, vielleicht können Sie es nicht verstehen.

(Minister Heinemann: Nein, kann er nicht! - Zustimmung bei der SPD)

Herr Schauerte, wenn Sie es wirklich nicht verstehen können, wird Ihnen das doch nicht persönlich übelgenommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich glaube, daß eine Steuerpolitik ohne eine Finanzreform, die sich den Aufgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Europäischer Gemeinschaft zuwendet und die Finanzportionen neu verteilt, keine Chance hat.

(Zuruf von der CDU: Das war der "Rau-Tarif"!)

- Der "Rau-Tarif" war gut, ja sicher.

(Doppmeier (CDU): Aber Sie halten nicht länger daran fest!)

- Aber der "Rau-Tarif", meine Damen und Herren, bezog sich auf das Volumen. (C)

(Zuruf von der CDU: Ein Glück, daß er nicht gekommen ist! - Weitere Zurufe von der CDU)

Der "Rau-Tarif" bezog sich auf das Volumen der zur Zeit des Bundestagswahlkampfes schon beschlossenen und im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Steuerermäßigung. Die wollte ich anders gestalten, als sie im Bundesgesetzblatt veröffentlicht war, und zwar nur in dem Volumen.

Ich habe in der Pressekonferenz am 25.10.1986 in Offenburg dazu gesagt: Es geht nur um diese Steuerreform. Eine zusätzliche Steuerermäßigung darf es nach unserer Überzeugung nicht geben.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Nun wollte ich Ihnen gern noch sagen, daß nach meiner Überzeugung die Situation des Landes Nordrhein-Westfalen ganz deutlich macht, daß wir eine solche Finanzstrukturreform brauchen. Lassen Sie es mich an einem Beispiel deutlich machen: Der Bund hat uns am 24. Februar - und es sind ja einige von uns dabei gewesen - eine Zusage gemacht: 400 Millionen plus 100 Millionen von der EG. Erst hieß es: 100 Millionen pro Jahr. Dann wurde es auf fünf Jahre gestreckt - fünfmal 80 Millionen. Dann wurden wir gebeten, für das erste Jahr vorzufinanzieren; es ist ja noch keine Mark angekommen. Aber es ist in Ordnung so, denn es war ja so zwischen Leister und Schäuble abgestimmt. Das kritisiere ich nicht. Nur, das war am 24. Februar. In der vergangenen Woche, am 1. Dezember, verlangte der Bund von uns eine Sonderleistung von 1,1 Milliarden, meine Damen und Herren, nur für zwei Spezifika beim Verstromungsgesetz.

Und auf die Frage an Herrn Stoltenberg, wie wir das denn finanzieren sollten, sagte er: Sie bekommen ja im nächsten Jahr so viel Steuern mehr.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das ist ja lachhaft!)

Herr Kollege Pohl, Sie rechnen mir 100 Milliarden Schulden vor und ernennen mich zum "Schuldenjohannes". (D)

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Sehen Sie, das bestreiten Sie auch nicht.

(Dr. Pohl (CDU): Das war nicht das erste Mal!)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) - Das war nicht das erste Mal. Aber Sünde wird doch durch Addition nicht geringer, Herr Kollege Pohl!

(Heiterkeit bei der SPD)

Nun stellen Sie sich einmal vor, wir hätten auch noch Ihre Anträge angenommen! Na hören Sie mal, ich könnte mich ja nicht mehr sehen lassen vor Schulden,

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der SPD: So ist es!)

weil Sie doch ständig noch etwas drauflegen, und zwar nicht nur heute; auch in den zehn Jahren, in denen Sie mir Rechenschaft abverlangen, sind doch Ihre Ausgabenwünsche immer höher gewesen als unsere Haushaltsausweitung Jahr für Jahr.

(Schauerte (CDU): Das ist unwahr. - Weitere Zurufe von der CDU)

Und die Streichungsvorschläge, die Sie unterbreitet haben, haben den Anschein der Ernsthaftigkeit nie zu erringen versucht.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Sprich nie falsch Zeugnis gegen Deinen Nächsten!)

- Da haben Sie recht. Das steht in Moses 2,20 und stimmt - stimmt für uns beide. Und wenn Sie mir, Herr Kollege Pohl, mit dem Zuruf, eingehend auf eines der zehn Gebote, das Stichwort geben, dann will ich hinzufügen - jenseits aller Parteipolitik und jenseits aller Formulierungen, die heute hier für einzelne Personen gebraucht worden sind -: Ich mache das jetzt hier seit 30 Jahren mit, aber daß man die Gesichter anderer zum Gegenstand politischer Polemik macht, wie das heute hier ein Kollege getan hat,

(Henning (SPD) Widerlich! - Sehr wahr bei der SPD)

daß man nicht mehr das Argument des anderen zu treffen versucht, sondern ihn als Person, daß man hier in Redebeiträgen darüber spricht, ob jemand "bläß" ist oder nicht,

(Zuruf von der CDU: Oder in die rechte Ecke gehört!)

ob er "nervös" ist oder nicht, dem kann ich nicht folgen! Herr Kollege Schauerte, Sie haben heute einen Beweis dafür geliefert, daß die Frage, was noch geht, von Ihnen und der

großen, großen Mehrheit des Hauses sehr unterschiedlich beantwortet wird. (C)

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Ich habe inzwischen kein dickes Fell bekommen. Ich gelte immer noch als jemand, der auch empfindlich reagieren kann. Das will ich mir in der noch vor mir liegenden Zeit abgewöhnen.

(Henning (SPD): Um Gottes willen, nein!
- Frau Robels (CDU): Die Zeit könnte zu kurz sein!)

Aber ob ich es ganz schaffe, weiß ich nicht. Ich sage nur: Vor dem Wettbewerb der Politiken, der Entwürfe, auch dem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Personen mit unterschiedlichen Begabungen, Temperamenten, Lebenserfahrungen und Lebensplanungen, vor dem habe ich keine Sorge - weder im nächsten Jahr noch im übernächsten. Und im übrigen ist dabei die Frage, wer gewinnt, auch immer die zweite Frage. Die erste Frage ist, ob man vor sich selber bestehen kann. Ich habe auch schon einmal eine Niederlage erlebt, und die ist mir nicht in den Kleidern hängengeblieben. Aber ich habe vor mir bestehen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht anschließend jemandem einen Brief schreiben müssen, weil ich ihn persönlich herabgesetzt habe. Und dabei werde ich bleiben! (D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir als dem, der hier der Dienstälteste ist, jenseits der Auseinandersetzung um den Haushalt des Ministerpräsidenten das erlauben, dann würde ich mir wünschen, daß wir in diesem Hause wieder zu einem Stil zurückkehrten, der es möglich macht, daß solche Briefe nicht geschrieben zu werden brauchen. Ich hatte in den letzten Stunden und heute gelegentlich Sorge darum. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das, nicht nur als Angehöriger meiner Fraktion, sondern in der sicheren Überzeugung, daß es in allen Fraktionen Männer und Frauen gibt, die diese Hoffnung und die Sorgen in dieser Beziehung haben, an den Schluß meiner kurzen Intervention setze.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren, damit haben wir die Beratungen zum Einzelplan 02 abgeschlossen.

(Präsident Denzer)

- (A) Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht der Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3870, Stichwort: "Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung", Kapitel 02 010.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02, Ministerpräsident und Staatskanzlei. Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/3802 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 02 in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe nunmehr den

Einzelplan 05 - Kultusminister auf, ferner die dazu vorliegenden Änderungsanträge: den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/3872 betr. Einstellungskorridor für 1 500 neue Lehrer, den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3873 betr. Anhebung der Stellenreserve im Schuldienst und den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3874 betr. Neueinstellung von 100 Sonderschullehrern.

- (B) Ich eröffne die Beratung. Wegen der Strukturierung der Beratung beginnen wir mit dem Bereich Sport. Ich erteile Herrn Abg. van Schewick von der Fraktion der CDU das Wort.

van Schewick (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sportplan der Landesregierung, vor einigen Jahren mit vielen Vorschußlorbeeren bedacht, ist mittlerweile zu einem Stück Makulatur verkommen. Von Innovation ist nichts mehr zu spüren.

Fangen wir mit dem Leistungssport an! Die Landesregierung macht es sich zu einfach, wenn sie bei der Finanzierung des Leistungssports immer wieder auf Kompetenzfragen herumreitet. Emil Beck in Tauberbischofsheim wäre sicherlich ein unbekannter kleiner Trainer geblieben, hätte er immer nach Kompetenzen gefragt. Es geht nicht um Kompetenzen, meine Damen und Herren, sondern darum, wie wir die Rahmenbedingungen schaffen können, damit unsere Sportlerinnen und Sportler aus Nordrhein-Westfalen mit anderen in der Welt mithalten können.

Ein Reizwort dazu sind die Olympiastützpunkte, von denen wir hier im Lande vier

eingerrichtet haben. In Nordrhein-Westfalen tun sich Landesregierung und Landessportbund damit schwer. Tatsache ist, daß, wenn nicht der Bund ab 1987 unbürokratisch Mittel bereitgestellt hätte, Olympiastützpunkte immer noch nur auf dem Papier stünden. (C)

Auch die Behauptung der Landesregierung anlässlich der Sportreferentenkonferenz in Berlin, die Bundesregierung unterscheide bei der Bewilligung finanzieller Zuwendungen an die Olympiastützpunkte nach A- und B-Ländern, ist völlig abwegig.

Präsident Denzer: Herr Kollege, ich möchte Sie kurz unterbrechen, um Ihnen etwas mehr Ruhe zu verschaffen.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihr Gehör. Es ist sicherlich Verständnis dafür vorhanden, daß man den Plenarsaal gelegentlich verlassen muß. Aber dann bitte ich doch um ein wenig Rücksichtnahme, damit die Verhandlungen hier fortgeführt werden können. Herr van Schewick, Sie haben weiterhin das Wort.

van Schewick (CDU): Ich erwähnte, daß es abwegig ist, zwischen A- und B-Ländern bei der Finanzierung zu unterscheiden. Die Bundesregierung, Herr Minister, läßt sich ausschließlich von sportfachlichen Notwendigkeiten leiten.

(Minister Schwier: Das wollen wir hoffen!)

In den B-Ländern Baden-Württemberg und Niedersachsen haben sich die Landessportbünde und die Länder sehr stark in den Olympiastützpunkten engagiert. Hingegen fehlt leider bisher dieses starke Engagement in einigen A-Ländern, sieht man einmal von der verhältnismäßig hohen finanziellen Unterstützung des Saarlandes für den neugegründeten Olympiastützpunkt ab. (D)

Bei den meisten Olympiastützpunkten liegt die Beteiligung des Bundesministers des Innern an den Gesamtkosten des Wirtschaftsplans zwischen 20 und 60 %. Sie liegt beim Olympiastützpunkt Ruhr-Ost für den Bund überproportional bei rund 80 %; in Warendorf steuert der Bund rund 65 % hinzu. Im Vergleich dazu liegen die Landesanteile in Köln/Leverkusen bei 8 % und in Ruhr-Ost bei ganzen 6 %.

Es muß hier die Frage gestellt werden, wenn sich andere Länder an der Finanzierung der A-, B- und C-Kader in ihren Olympiastützpunkten beteiligen, warum das Land